



Zum Stellenwert des Themas DDR-Geschichte in den Lehrplänen der deutschen Bundesländer

Eine Expertise im Auftrag der
Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

von DR. ULRICH ARNSWALD
Deutsches Institut
für Internationale
Pädagogische Forschung

Berlin, März 2004



Bundesunmittelbare Stiftung
des öffentlichen Rechts

Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Otto-Braun-Str. 70-72

10178 Berlin

Tel. 030 / 23 24 72 00

Fax 030 / 23 24 72 10

Email buero@stiftung-aufarbeitung.de

www.stiftung-aufarbeitung.de

Inhaltsverzeichnis

1. Einführung	5
2. Untersuchungsdesign	7
3. Politikfelder	16
3.1 Der politische Neubeginn	16
3.2 Das Gesellschafts- und Machtsystem unter der SED	19
3.3 Zur Gesellschaftsgeschichte der DDR	24
3.4 Widerstand und Opposition in der DDR	31
3.5 Die deutsch-deutschen Beziehungen und die Erlangung der deutschen Einheit	34
4. Chronologie	37
5. Zusammenfassung	42
5.1 Ziel und Aufbau	42
5.2 Ergebnisse	42
5.3 Ausblick und Schlussfolgerungen	44
Anhang	45
Anhang I 17. Juni 1953 - Beispiele aus Lehrplänen	45
Anhang II Amtsblatt des SMK, Nr. 14, vom 14. November 1995, S.329 - 334	51
Anhang III Amtsblatt des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport – Nr. 1 vom 30. Januar 2002	58
Anhang IV Literatur	62

Anhang auf CD-Rom: Lehrplanauszüge

1. Einführung

Die vorliegende Expertise entstand im Auftrag und mit Unterstützung der „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“. Ihr grundsätzliches Anliegen besteht darin, den Stellenwert der DDR-Geschichte bzw. der SED-Diktatur in den aktuellen schulischen Lehrplänen anhand ausgewählter Indikatoren (Politikfelder) zu ermitteln. In den vergangenen Jahren wurde vielfach bemängelt, dass die kritische Beschäftigung mit der DDR-Geschichte in der akademischen Lehre und im schulischen Unterricht ins Hintertreffen gerät und zum Teil noch ausstehe. Rainer Eppelmann betonte 2002 in einem Interview anlässlich des 3. Oktober, dass mangelndes Interesse an der DDR-Historie unhistorisch, unpolitisch und unverantwortlich sei. Das Thema müsse stärker in Schulbücher, Lehrpläne und die akademische Ausbildung Eingang finden.¹ Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion von Thüringen, Hans-Jürgen Döring, forderte anlässlich des 6. Lehrer-Politik-Tages in Weimar 2003, dass es eine intensivere und anschaulichere Behandlung der DDR-Geschichte im Schulunterricht geben müsse.² Drei Jahre zuvor hatte der Thüringer Kultusminister Michael Krapp aus Anlass des zehnten Jahrestages der Deutschen Einheit in einem Offenen Brief an alle Thüringer Lehrerinnen und Lehrer appelliert, mit den Schülern über die „friedliche Revolution“, über die Zeit davor und über die Entwicklung seit 1990 zu sprechen.³ Im Juni 2001 schickte die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Marianne Birthler, einen Brief an alle Bildungs- bzw. Kultusminister der Länder. Darin formulierte sie das Anliegen, die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur in den Schulen stärker zu befördern. Diese Liste der Aufrufe und Appelle ließe sich fortsetzen.

Eine Reihe von Bundesländern hat die Lehrpläne, insbesondere zur Geschichte, in jüngster Zeit überarbeitet und aktualisiert, so z.B. Bayern, Brandenburg, Hessen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Im fünfzehnten Jahr seit der friedlichen Revolution soll hier der Frage nachgegangen werden, welche Beiträge der Schulunterricht zur Geschichte der SED-Diktatur und der deutschen Teilung erbringt. Das Jahr 2003 hat die Ambivalenz des aktuellen DDR-Bildes nachdrücklich unterstrichen. Auf die Vielfalt der Erinnerungen an den Volksaufstand am 17. Juni 1953 folgte eine Ostalgiewelle bisher ungekannten Ausmaßes. Das Wiederaufbereiten von Erinnerungen in Ostalgie-Shows einschlägiger TV-Sendungen widerspiegelt einerseits das Interesse auch junger Menschen an der DDR-Vergangenheit, bietet aber kaum Ansätze zur Auseinandersetzung mit dem Wesen der SED-Diktatur. Die jetzige Schülergeneration der fünf beigetretenen Länder hat die DDR als Staats- und Gesellschaftsordnung kaum noch im eigentlichen Sinne erlebt, geschweige denn bewusst wahrgenommen. In den alten Bundesländern droht der ohnehin dürftige Kenntnisstand über die DDR mehr denn je zu verblassen. Der schulische Unterricht hat damit im gesamten Deutschland eine wachsende Verantwortung, die DDR-Geschichte auf angemessene Weise als Teil der deutschen Nachkriegsentwicklung zu vermitteln. Die wissenschaftliche Erforschung der DDR hat nach mehr als zehn Jahren neue, auch für die Lehrplangestaltung hilfreiche Ergebnisse vorgelegt.⁴ Die vorliegende Analyse unternimmt den Versuch, den Stellenwert der DDR im Lehrplanwerk zu identifizieren und zu beschreiben. Sie knüpft an die Untersuchung „Gelehrte DDR“ an, die im Jahr 2001 feststellte, dass die Beschäftigung mit der DDR an deutschen Hochschulen stark rückläufig ist.⁵

Es gibt in der Schulpolitik bereits einige Anregungen, wie das Thema DDR im Unterricht zu einer angemessenen Behandlung gelangen kann. Dazu zählt zum einen die Handreichung des Schulausschusses der Kultusministerkonferenz „Darstellung Deutschlands im Unterricht“, die von der 273. Kultusministerkonferenz am 28./29. September 1995 in Halle lediglich zur Kenntnis genommen wurde

¹ Mangelndes Interesse an der DDR-Historie ist unverantwortlich. Interview mit Rainer Eppelmann. In: Die Welt, 30.9.2002.

² SPD Thüringen, Landtagsfraktion. Presseerklärung. Erfurt, 11.6.2003. In: <http://www.spd-thl.de/presse/2003>

³ Vgl. Offener Brief des Thüringer Kultusministers Dr. Michael Krapp zum „Tag der Deutschen Einheit“ am 3. Oktober 2000. In: Thüringer Kultusministerium – Pressedienst. Pressemitteilung Nr. 103/2000. Erfurt, den 29.9.2000. Auch unter: <http://www.thueringen.de/tkm/akt2000/pm200103.htm>

⁴ Vgl. dazu Eppelmann, Rainer / Faulenbach, Bernd / Mählert, Ulrich (Hrsg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Paderborn u.a.: Schöningh 2003.

⁵ Vgl. Pasternack, Peer: Gelehrte DDR. Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Universitäten 1990–2000. Hrsg. vom Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wittenberg 2001. (HoF-Arbeitsberichte 5'01)

(vgl. Anhang II). Diese Handreichung hat einen breiten Ansatz, greift sie doch Fragestellungen Deutschlands insgesamt auf. Sie hat leider zu keinen verbindlichen Folgedokumenten für Lehrpläne geführt. Zum anderen ist auf ein Rundschreiben des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport aus Brandenburg vom Januar 2002 hinzuweisen, in dem curriculare Vorgaben zur Unterrichtung der Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik gemacht werden (vgl. Anhang III). Das Rundschreiben unterstreicht die Notwendigkeit, sich im Unterricht aller Schulstufen mit der Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik auseinander zu setzen. Um eine zügige Umsetzung zu gewährleisten, wurde im Vorgriff auf die Überarbeitung der Rahmenlehrpläne und deren Inkraftsetzung bestimmt, dass die „Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik“ Kernbestandteil des Curriculums in den Fächern Geschichte und Politische Bildung sei. Eine Anlage zu diesem Rundschreiben gibt weitergehende Hinweise zum Unterricht.

Einen beachtlichen Arbeitsaufwand bei der vorliegenden Analyse stellte die Beschaffung, Systematisierung und die elektronische Speicherung der jeweiligen Lehrpläne dar. Die wesentliche Grundlage war die von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur bereitgestellte Materialbasis, für die Herrn Oliver Igel zu danken ist. Hilfreich war zudem die Lehrplandatenbank der KMK mit der teilweisen Verlinkung zu den Originaldokumenten. Zu danken ist auch Mitarbeitern aus den Pädagogischen Landesinstituten sowie Frau Isolde Baumbusch und Herrn Aklilu Ghirmai vom DIPF für ihre technischen Hinweise. Eine wesentliche Unterstützung für die Bereitstellung des Analysematerials waren auch die Angebote der Landesbildungsserver, des Deutschen Bildungsservers und die Kontakte zu den Lehrbuchverlagen.

2. Untersuchungsdesign

Das grundsätzliche Herangehen dieser Untersuchung besteht in der Erfassung derjenigen Lehrplanteile in den allgemein bildenden Schulen in Deutschland, die einen direkten und unmittelbaren Bezug zur DDR-Geschichte herstellen. Dieser Bezug zur Geschichte des einstigen deutschen Teilstaates kann in unterschiedlichen Kontexten erfolgen, muss aber in jedem Fall Bestandteil eines gültigen Lehrplanes sein, um in der Analyse aufgeführt werden zu können.

Die Lehrplananalyse fußt auf einer Zusammenstellung elektronisch gespeicherter und als Datei verfügbarer Lehrplanabschnitte. Erst diese Zusammenstellung bietet eine praktikable Basis dafür, um einzelne Lehrpläne nach ausgewählten Fragestellungen zu analysieren und zu vergleichen. Erschwerend für die Analyse und die Vergleichbarkeit ist die Struktur der Lehrpläne, die nach Bundesländern und auch nach Fächern große Unterschiede aufweist. Die Ausführlichkeit der Pläne schwankt zwischen den Hinweisen der Rahmenpläne und den detaillierten Darstellungen der Fachlehrpläne auf unterschiedlichen Ebenen. Hinweise zur vorgesehenen Zeit für die jeweilige Lehrpläneinheit konnten nicht allen Plänen entnommen werden.

Die Lehrplananalyse wird in zwei Schritten vollzogen. Erstens werden die Unterrichtsvorschläge unter dem Raster ausgewählter Politikfelder kommentiert (vgl. Abschnitt 3), zweitens werden die in den Lehrplänen erfassten Abschnitte der DDR-Geschichte daraufhin untersucht, inwiefern sie den geschichtlichen Verlauf von 1945 bis 1990 abbilden (vgl. Abschnitt 4).

Die vorliegende Analyse kann an vorangegangene Untersuchungen anknüpfen. G. Buchstab stellte eine Analyse von Lehrplänen und Unterrichtswerken vor allem unter dem Gesichtspunkt der deutschen Einheit vor.⁶ Im Kapitel von J.-D. Gauger und U. Margedant zum Inhalt der Lehrpläne: DDR – deutsche Frage – Einheit wurden 62 Lehrplanwerke analysiert, die bis zur Mitte der 90er Jahre in Kraft gesetzt wurden.⁷

In der Publikation von A. Balsler und F. Nonnenmacher „Die Lehrpläne zur politischen Bildung“ werden die diesbezüglichen Lehrplandokumente der Sekundarstufe I nach Bundesländern gegliedert einer kritischen Analyse unterzogen. Das Fach Geschichte wird nicht einbezogen, der Zeitrahmen reicht ebenfalls nur bis in die Mitte der 90er Jahre.⁸

B. v. Borries berichtet von einer Befragung von annähernd sechstausend Schülerinnen und Schülern aus Ost- und Westdeutschland zu ihrem geschichtlichen Bewusstsein und ihren politischen Orientierungen.⁹ Gravierende Abweichungen zwischen Schülern aus Ost und West gab es lediglich bei der Wertschätzung der beiden deutschen Teilstaaten 1949–1989.¹⁰ Lehrpläne wurden bei dieser groß angelegten Befragung nicht berücksichtigt.

In der vorliegenden Lehrplananalyse werden die Einschätzungen und Schlussfolgerungen vor allem aus einer vergleichenden Sicht auf die Lehrpläne getragen. Weiterführende Untersuchungen zum Aufbau, zur Struktur und zur wissenschaftlichen Substanz der Lehrpläne der verschiedenen Schulstufen in den 16 Bundesländern müssten einem erweiterten methodischen Ansatz folgen. Dieser würde die Zielsetzung der vorliegenden Analyse weit überschreiten. Zum Gegenstand der Untersuchung gehört ebenfalls nicht, mit welchen Ergebnissen der Unterricht aufzuwarten hat. Das berührt u.a. die Fragen der Bildungsstandards, die gegenwärtig auch für das Fach Geschichte diskutiert werden.¹¹

⁶ Buchstab, Günter (Hrsg.): Geschichte der DDR und deutsche Einheit. Analyse von Lehrplänen und Unterrichtswerken für Geschichte und Sozialkunde. Schwalbach/Ts., 1999.

⁷ Gauger, Jörg-Dieter / Margedant, Udo: Die Inhalte der Lehrpläne: DDR – deutsche Frage – Einheit. In: Buchstab, Günter (Hrsg.): Geschichte der DDR und deutsche Einheit. Analyse von Lehrplänen und Unterrichtswerken für Geschichte und Sozialkunde. Schwalbach/Ts., 1999. S. 45-66.

⁸ Vgl. Balsler, A. / Nonnenmacher, F. (Hrsg.): Die Lehrpläne zur politischen Bildung. Analyse und Kritik neuerer Rahmenpläne und Richtlinien der Bundesländer für die Sekundarstufe I. Schwalbach/Ts., 1997.

⁹ Borries, Bodo von: Geschichtliches Bewusstsein und politische Orientierung von Jugendlichen in Ost- und Westdeutschland. In: Neue Sammlung, 34 (1994) 3, S. 363-382.

¹⁰ Vgl. ebenda, S. 336.

¹¹ Vgl. Schmoll, Heike: Dicht an der Lebenswelt der Schüler. In: FAZ, 24.5.2003.

Bei der Sichtung sämtlicher Lehrpläne der deutschen Bundesländer konnten 107 Lehrplanteile mit einem Bezug zur DDR identifiziert werden. Die entsprechenden Teile wurden zum Zweck der Analyse in eine nach den Bundesländern strukturierte Gesamtdatei aufgenommen. Die Gesamtübersicht der Lehrplanauszüge beginnt entsprechend der offiziellen Reihenfolge der Bundesländer bei jedem Bundesland mit dem Gymnasium und schließt mit den Schultypen der Sekundarstufe I. Bei der Anordnung der Fächer wird mit Geschichte begonnen, es folgen nach einer gleichen Reihung Gemeinschaftskunde, Sozialkunde, Deutsch und weitere Fachlehrpläne. In der nachstehenden „Lehrplan-Kurzübersicht“ sind die Lehrpläne nummeriert und geben, verbunden mit der Abkürzung des Bundeslandes, einen Hinweis auf den Platz im ausführlichen Gesamtverzeichnis, das für weiterführende Analysen als CD-Rom beiliegt und darüber hinaus in der Stiftung Aufarbeitung in Berlin sowie im Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt am Main zur Verfügung steht.

Lehrplan-Kurzübersicht

Baden-Württemberg (BW)	Lehrpläne
1	Gymnasium, Geschichte, 1996, Geschichte Grundkurs 13
2	Gymnasium, Geschichte, 1995, Geschichte Leistungskurs 13
3	Gymnasium, Geschichte (2-stündig), Kursstufe, Geschichte 13, 1995
4	Gymnasium, Geschichte (4-stündig), Kursstufe Geschichte 13, 1995
5	Gymnasium, Geschichte, Bildungsplan für das allgemein bildende Gymnasium mit achtjährigem Bildungsgang, 2001, Klasse 9
6	Gymnasium, Geschichte, Bildungsplan für das Gymnasium der Normalform (neunjährig), 1994, Klasse 10
7	Hauptschule, Bildungsplan für die Hauptschule, Geschichte/Gemeinschaftskunde, 1994, Klassenstufen 9-10
8	Hauptschule, Geschichte/Gemeinschaftskunde, Fachbereich: Geschichte, 1994, Klasse 10
9	Realschule, Geschichte, Bildungsplan für die Realschule, 1994, Klasse 10
10	Gymnasium, Gemeinschaftskunde, 1994, Klasse 11
11	Gymnasium, Bildungsplan für die Kursstufe des Gymnasiums, Evangelische Religionslehre 2001
12	Gymnasium, Gymnasiale Oberstufe, Deutsch, Bildungsplan für das Gymnasium, Kursstufe, 2001, Jahrgangsstufen 11-13
13	Realschule, Evangelische Religionslehre, Bildungsplan für die Realschule, 1994, Jahrgangsstufen 5-10, Klasse 10

Bayern (BY)	Lehrpläne
1	Gymnasium, Geschichte, Rahmenpläne, 1991, Jahrgangsstufen 6-10, 11-13
2	Gymnasium, Geschichte, 2003, Jahrgangsstufen 9-13
3	Realschule, Geschichte, Fachlehrplan 1993 (R 4, läuft mit Einführung R 6 aus), Jahrgangsstufen 7-10
4	Realschule, Geschichte, Lehrplan für die sechsstufige Realschule (R 6), 2001, Jahrgangsstufen 5-10
5	Hauptschule, Lehrplan Geschichte/Sozialkunde/Erdkunde, 1997, Jahrgangsstufen 5-10

Berlin (BE)	Lehrpläne
1	Gymnasiale Oberstufe, Rahmenplan Geschichte, 1994, Klassenstufen 12-13
2	Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Gesamtschule, Geschichte, Rahmenplan für Unterricht und Erziehung in der Berliner Schule, 1994, Klasse 7-10
3	Gymnasium, Gymnasiale Oberstufe, Deutsch, Rahmenplan für Unterricht und Erziehung in der Berliner Schule, 1994, Klassen 12-13

Brandenburg (BB)	Lehrpläne
1	Gymnasiale Oberstufe, Sekundarstufe II, Vorläufiger Rahmenplan Geschichte, 1992, Jahrgangsstufen 11-13
2	Gymnasiale Oberstufe, Geschichte, Verbindliche curriculare Vorgaben für den Unterricht in der Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe, 2003, Klassenstufen 12-13
3	Sekundarstufe I, Rahmenlehrplan Geschichte, 2002, Jahrgangsstufen 7-10
4	Sekundarstufe I, Vorläufiger Rahmenplan Lernbereich Gesellschaftslehre, Geschichte, 1991, Klassenstufen 9/10
5	Gymnasiale Oberstufe, Sekundarstufe II, Vorläufiger Rahmenplan Politische Bildung, 1993, Klassenstufen 11-13
6	Gymnasiale Oberstufe, Politische Bildung, Verbindliche curriculare Vorgaben für den Unterricht in der Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe, 2003, Klassenstufen 12-13
7	Sekundarstufe I, Vorläufiger Rahmenplan Lernbereich Gesellschaftslehre, Politische Bildung, 1991, Jahrgangsstufen 7-10
8	Sekundarstufe I, Rahmenlehrplan Politische Bildung, 2002, Jahrgangsstufen 7-10

Bremen (HB)	Lehrpläne
1	Gymnasiale Oberstufe, Geschichte, Rahmenplan für Sekundarstufe II, Einführungsjahr 2000, Jahrgangsstufen 11-13
2	Realschule, Geschichte (Lehrplanentwurf Gesellschaft/Politik, Sekundarstufe I - Hauptschule, Realschule, Gymnasium), Einführung 1982, Klasse 10
3	Gymnasium, Sekundarstufe I, Geschichte (Lehrplanentwurf Gesellschaft/Politik), 1979, Jahrgangsstufe 10
4	Realschule, Sekundarstufe I, Geschichte, 1979, Klasse 7
5	Realschule, Gemeinschaftskunde, 1981, Jahrgangsstufen 9-10
6	Gymnasiale Oberstufe, Rahmenrichtlinien und Kursleisten für das Grund- und Leistungsfach Politik, Einführungsjahr 1992, Jahrgangsstufen 11-13
7	Gesamtschule, Gesellschaft/Politik, 1976, Jahrgangsstufen 7-10

Hamburg (HH)	Lehrpläne
1	Gymnasiale Oberstufe, Geschichte, Lehrplanrevision Sekundarstufe II, 1989, Jahrgang 11-13
2	Gymnasium, Geschichte und Sozialkunde, Lehrplan für das Gymnasium, Sekundarstufe I, 1994, Jahrgang 6-10
3	Gymnasium, Sekundarstufe I, Rahmenplan Geschichte, 2002 (aktualisiert am 04.12.2002), Klassenstufen 6-10
4	Gymnasiale Oberstufe, Gemeinschaftskunde, Lehrplanrevision Sekundarstufe II, 1989, Jahrgangsstufen 11-13
5	Haupt- und Realschule, Lehrplan Geschichte/Politik, 1990, Klasse 9
6	Gymnasium, Sekundarstufe I, Geschichte und Sozialkunde, 1994, Klassen 5-10
7	Hauptschule, Geschichte/Politik, 1990, Jahrgangsstufen 6, 7-9
8	Gesamtschule, Politik, Lehrplan für die Gesamtschule, Sekundarstufe I, 1991, Jahrgangsstufen 5-10
9	Gymnasiale Oberstufe, Deutsch, Lehrplanrevision Sekundarstufe II, 1989, Jahrgangsstufen 11-13
10	Gymnasium, Deutsch, Lehrplan für das Gymnasium, Sekundarstufe I, 1994 Jahrgangsstufen 5-10

Hessen (HE)	Lehrpläne
1	Gymnasium, Lehrplan Geschichte, Stand 3.6.2002, Gymnasialer Bildungsgang, Jahrgangsstufen 6-13, Jahrgangsstufe 13
2	Hauptschule, Lehrplan Geschichte, Stand 3.6.2002, Bildungsgang Hauptschule, Jahrgangsstufen 5-9/10
3	Realschule, Lehrplan Geschichte, Stand 3.6.2002, Abschlussprofil der Jahrgangsstufen 9/10, Bildungsgang Realschule, Jahrgangsstufen 5-10
4	Handreichung zur Arbeit mit den Lehrplänen der Bildungsgänge, Hauptschule, Realschule und Gymnasium, 2002, Zuordnung der Themen aus den Lehrplänen Sozialkunde, Erdkunde und Geschichte für den Bildungsgang Realschule zu den Themen des Rahmenplans Gesellschaftslehre, Klassenstufen 9-10

Mecklenburg- Vorpommern (MV)	Lehrpläne
1	Gymnasium, gymnasiale Oberstufe, Rahmenplan Geschichte, Erprobungsfassung 2002, Jahrgangsstufen 11-13
2	Gymnasium, Integrierte Gesamtschule, Rahmenplan Geschichte, Erprobungsfassung, 2002, Jahrgangsstufen 7-10
3	Regionale Schule, Verbundene Haupt- und Realschule, Hauptschule, Realschule, Integrierte Gesamtschule, Rahmenplan Geschichte (Leitlinien für den Geschichtsunterricht), Erprobungsfassung 2002, Jahrgangsstufen 7-10
4	Gymnasium, Integrierte Gesamtschule, Rahmenplan Sozialkunde, Erprobungsfassung 2002, Jahrgangsstufen 7-10
5	Regionale Schule, Verbundene Haupt- und Realschule, Hauptschule, Realschule, Integrierte Gesamtschule, Rahmenplan Sozialkunde, Erprobungsfassung 2002, Jahrgangsstufen 7-10
6	Gymnasium, gymnasiale Oberstufe, Rahmenplan Deutsch, Erprobungsfassung 2002, Jahrgangsstufen 11-13

Niedersachsen (NI)	Lehrpläne
1	Gymnasium – gymnasiale Oberstufe, Gesamtschule – gymnasiale Oberstufe, Fachgymnasium, Abendgymnasium, Kolleg, Geschichte, 1994
2	Gymnasium, Fachbezogene Leistungsüberprüfungen für das Gymnasium, Geschichte, Schuljahrgang 10, Mündliche Überprüfungen, August 2001
3	Gymnasium, Geschichte, Rahmenrichtlinien für das Gymnasium, Einführungsjahr 1997, Schuljahrgänge 7-10
4	Realschule, Geschichtlich-soziale Weltkunde, Rahmenrichtlinien für die Realschule, 1995, Schuljahrgänge 7-10
5	Hauptschule, Geschichtlich-soziale Weltkunde, Rahmenrichtlinien für die Hauptschule, 1995, Schuljahrgänge 7-10
6	Integrierte Gesamtschule, Gesellschaftslehre, 1993, Jahrgangsstufen 5-10
7	Gymnasium – gymnasiale Oberstufe, Gesamtschule – gymnasiale Oberstufe, Fachgymnasium, Abendgymnasium, Kolleg, Rahmenrichtlinien, Gemeinschaftskunde, 1994, Klassenstufen 11-13
8	Gymnasium, Rahmenrichtlinien Politik, 1997, Schuljahrgänge 7-10
9	Gymnasium – gymnasiale Oberstufe, Gesamtschule – gymnasiale Oberstufe, Fachgymnasium, Abendgymnasium, Kolleg, Rahmenrichtlinien Erdkunde, 1994, Klassenstufen 11-13
10	Realschule, Deutsch, Rahmenrichtlinien für die Realschule, Deutsch, 1993 Klassenstufen 7-10
11	Gymnasium, gymnasiale Oberstufe, Fachgymnasium, Abendgymnasium und Kolleg, Rahmenrichtlinien Deutsch, 1991, Klassenstufen 11-13
12	Realschule, Rahmenrichtlinien für die Realschule, Katholischer Religionsunterricht, 1993, Klassenstufen 7-10

Nordrhein-Westfalen (NW)	Lehrpläne
1	Gymnasium, Geschichte, Richtlinien für die Sekundarstufe II – Gymnasium/Gesamtschule, 1999, Klassenstufen 11-13
2	Realschule, Geschichte, 1993, Jahrgangsstufen 5-10
3	Schulart übergreifend, Politik, Richtlinien für den Politikunterricht in den Schulen des Landes Nordrhein-Westfalen, 1987, Klassenstufen 7-10
4	Hauptschule, Geschichte/Politik, Richtlinien und Lehrpläne für die Hauptschule in NRW, Geschichte - Politik (Lernbereich Gesellschaftslehre), 1991, Jahrgangsstufen 5-10
5	Hauptschule, Gesellschaftslehre, Geschichte – Politik, Empfehlungen für den Unterricht in den Klassen 9 und 10 der Hauptschule in NRW, 1991, Jahrgangsstufen 9-10

Rheinland-Pfalz (RP)	Lehrpläne
1	Gymnasiale Oberstufe, Lehrplan Gemeinschaftskunde, Grundfach Gemeinschaftskunde, Geschichte, 1998, Jahrgangsstufen 11-13
2	Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Regionale Schule, Lernbereich Gesellschaftswissenschaften, 1998, Klassen 7-9/10
3	Realschule, Lehrplan Wahlpflichtfach Wirtschafts- und Sozialkunde, 1999, Klassen 9 und 10

Saarland (SL)	Lehrpläne
1	Gymnasiale Oberstufe, Gesamtschule, Geschichte, Vorläufiger Lehrplan Grundkurs Geschichte, 1990, Jahrgangsstufe 13
2	Gymnasiale Oberstufe, Gesamtschule, Geschichte, Vorläufiger Lehrplan Leistungskurs Geschichte, 1990, Jahrgangsstufe 13
3	Gymnasium, Vorläufiger Lehrplan Geschichte, Gymnasium, 1990, Jahrgangsstufen 9 und 10
4	Erweiterte Realschule, Geschichte, 2002, Jahrgangsstufe 10
5	Erweiterte Realschule, Lehrplan Erweiterte Realschule 9 H, Geschichte, 2001, Klassenstufe 9
6	Gymnasium und Hauptschule, Sozialkunde, Lehrplan Sozialkunde, 1990, Hauptschule Klassenstufe 9, Realschule/Gymnasium Klassenstufe 10
7	Gesamtschule, Lehrplan Gesellschaftswissenschaften, 1998, Klassenstufen 9 und 10
8	Erweiterte Realschule, Wahlpflichtunterricht, Erweiterte Realschule 9 M, 2001, Klassenstufe 9
9	Gymnasium, Gesamtschule, Politik, Lehrplan Grundkurs Politik, 1995, Jahrgangsstufen 12 und 13
10	Gymnasium, Gesamtschule, Lehrplan Leistungskurs Politik, 1995, Jahrgangsstufen 12 und 13

Sachsen (SN)	Lehrpläne
1	Gymnasium, Geschichte, Lehrplan Gymnasium, gewichtete Fassung, 2001, Klassen- und Jahrgangsstufen 5-12
2	Mittelschule, Geschichte, 1992, Jahrgangsstufen 5-10
3	Gymnasium, Lehrplan Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft, 1992, Jahrgangsstufen 9-12
4	Gymnasium, Deutsch, Lehrplan Gymnasium, gewichtete Fassung, 2001, Jahrgangsstufen 5-12
5	Mittelschule, Gemeinschaftskunde / Rechtserziehung, 1992, Jahrgangsstufen 8-10

Sachsen-Anhalt (ST)	Lehrpläne
1	Gymnasium, Rahmenrichtlinien Gymnasium/Fachgymnasium, Geschichte, 2000, Jahrgangsstufen 7-10, 11-13
2	Sekundarschule, Rahmenrichtlinien Sekundarschule, Geschichte, 1999, Jahrgangsstufen 7-10
3	Gymnasium, Rahmenrichtlinien Gymnasium/Fachgymnasium, Sozialkunde, 1999, Jahrgangsstufen 8-10, 11-12
4	Sekundarschule: Hauptschul- und Realschulbildungsgang, Sozialkunde, 1994, Jahrgangsstufen 8-10

Schleswig-Holstein (SH)	Lehrpläne
1	Sekundarstufe II, Gymnasium, Gesamtschule, Geschichte, Anhörungsfassung, 1997, 11.-13. Jahrgang
2	Gymnasium, Geschichte, 1997, Klassenstufe 10
3	Realschule, Geschichte, 1997, Klassenstufe 10
4	Hauptschule, Geschichte, 1997, Klassenstufe 9
5	Hauptschule, Realschule, Lehrplan für die Sekundarstufe I der weiterführenden allgemein bildenden Schulen, Wirtschaft/Politik, 1997, Klassenstufen 8-10
6	Sekundarstufe II, Fachgymnasium, Gemeinschaftskunde, Anhörungsfassung, 1997, 11.-13. Jahrgang
7	Sekundarstufe I der weiterführenden allgemein bildenden Schulen, Gesamtschule, Weltkunde, 1997, Klassenstufen 9/10

Thüringen (TH)	Lehrpläne
1	Gymnasium, Geschichte, Lehrplan für das Gymnasium, 1999, Klassenstufen 10-12
2	Regelschule, Geschichte, Lehrplan für die Regelschule und für die Förderschule mit dem Bildungsgang der Regelschule, 1999, Klassenstufen 5/6-9/10
3	Gymnasium, Sozialkunde, Lehrplan für das Gymnasium, 1999, Klassenstufen 10-12
4	Regelschule, Sozialkunde, Lehrplan für die Regelschule und für die Förderschule mit dem Bildungsgang der Regelschule, 1999, Klassenstufen 8-10
5	Regelschule, Katholische Religionslehre, Lehrplan für die Regelschule und für die Förderschule mit dem Bildungsgang der Regelschule, 1999

Die Lehrpläne, die einen Bezug zur DDR zum Inhalt haben, sind vor allem Geschichtslehrpläne (55%). Darüber hinaus sind Lehrpläne aus Gemeinschaftskunde, Gesellschaftslehre, Politische Bildung, Deutsch, Religionslehre u.a. identifiziert worden, wie nachstehende Übersicht zeigt.

**Übersicht:
Anzahl der in die Analyse einbezogenen Lehrpläne**

Lfd. Nr.	Fach	Anzahl der Lehrpläne mit DDR-Thematik	In %
1	Geschichte	59	55,1
2	Gemeinschaftskunde, Gesellschaftslehre, Politische Bildung auch Sozialkunde und Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft, Geschichtlich-soziale Weltkunde, Wirtschafts- und Sozialkunde, Politik, Wirtschaft/Politik	35	32,7
3	Deutsch	8	7,5
4	Evangelischer und Katholischer Religionsunterricht	4	3,8
5	Erdkunde	1	0,9
	Gesamt	107	100

Die in die Analyse aufgenommenen Lehrpläne stammen vorwiegend aus den 90er Jahren. Die nachstehende Übersicht zeigt die anteilmäßige Anzahl nach Jahren der Inkraftsetzung.

Übersicht:

Anzahl der in die Analyse aufgenommenen Lehrpläne der Bundesländer nach Jahren des Inkrafttretens

	1976	1979	1981	1982	1987	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
BW										6	3	1					3			
BY								1		1				1				1		1
BE										3										
BB								2	1	1									2	2
HB	1	2	1	1					1							1				
HH						3	2	1			3								1	
HE																			4	
MV																			6	
NI								1		3	3	2		2				1		
NW					1			2		1						1				
RP															2	1				
SL							4					2			1			2	1	
SN									3									2		
ST										1						2	1			
SH														7						
TH																5				
Σ	1	2	1	1	1	3	6	7	5	6	16	7	1	10	3	9	2	9	14	3

Aus der Tabelle kann man entnehmen, dass eine Erneuerung der Lehrpläne nach 1989 schrittweise einsetzte und bis etwa Mitte der 90er Jahre stattfand. Bedenklich ist, dass noch 15 Lehrpläne aus der Zeit vor 1991 in Kraft sind, weil damit weder der „friedlichen Revolution“ in der DDR noch dem Prozess der deutschen Einigung Rechnung getragen werden kann. Bedauerlich ist, dass ein Lehrplan, der 1991 eingeführt worden ist, von der weiteren Existenz der DDR ausgeht (NW, 5).

Eine zweite Welle der Lehrpläneinführung begann ab dem Jahr 2000. Seit diesem Jahr sind rund 25% der Lehrpläne mit Überarbeitungen oder Neugestaltungen in Kraft getreten. Spitzenreiter bei diesen Aktualisierungen sind die neuen Bundesländer, aber auch Hessen hat 2002 grundsätzlich neue Lehrpläne eingeführt.

Bei einer Betrachtung der vorgesehenen Stundenanzahl für die Behandlung derjenigen Themen, die die deutsche Geschichte nach 1945 und damit verbunden die DDR-Geschichte zum Inhalt haben, lassen sich nur sehr schwer signifikante Aussagen oder Wertungen machen. Die Stundenzahl lässt sich nicht eindeutig in den jeweiligen Lehrplänen feststellen, darüber hinaus ist die Gestaltung der Lehrpläne von Bundesland zu Bundesland zu unterschiedlich.

Die in den Lehrplänen angegebenen Stundenzahlen für einzelne Themenkomplexe sind meist Richtwerte, die auch durch Nutzung für andere Themen kompensiert werden können. Grundsätzlich gilt, dass in den 9. und 10. Klassen der Haupt- und Realschulen, Gesamtschulen sowie der Gymnasien zwei Wochenstunden Geschichte vorgesehen sind. In den Grund- bzw. Leistungskursen der Gymnasialen Oberstufe, zumeist 11. und 12. Klasse, sind 2-3 bzw. bis 5 Wochenstunden für den jeweiligen Kurs vorgesehen. Die in den Lehrplänen enthaltenen Zeitvorgaben werden jeweils in einem Halbjahr bzw. Semester der Oberstufe genutzt. Die genauen Stundenzahlen sind in den jeweiligen Stundentafeln der Bundesländer (Schulordnungen) festgehalten.

Als ein Beispiel soll die Stundenverteilung für das Land Hessen dienen:

In der Hauptschule wird in der 9. Klasse das Thema 9.4 (Europa im Aufbruch – Auseinandersetzungen um die Befreiung des Menschen) mit 10 Stunden behandelt. Das Jahresvolumen beträgt 52 Stunden. In der 10. Klasse wird das Thema 10.2. (Deutschland nach 1945 – von der Teilung zur Einheit) mit einer Stundenzahl von 16 angesetzt, wobei die Jahresstunden ebenfalls 52 betragen. Das bedeutet, dass in der 9. Klasse 19% und in der 10. Klasse 30% der gesamten Unterrichtszeit für Geschichte im Jahr für Themen der deutschen Geschichte nach 1945 zur Verfügung stehen.

Die Realschule verwendet in der 10. Klasse mit dem Thema 10.3 (Eine Welt im Aufbruch – Auseinandersetzungen um die Befreiung des Menschen) 19 Stunden von 52 Stunden Jahresbudget. Das sind 36,5% der im Schuljahr für Geschichte zur Verfügung stehenden Zeit.

Im Gymnasium steht durch das Kurssystem weitaus mehr Zeit zur Verfügung. In der 13. Klasse ist für das Thema 13.1 (Konflikt und Kooperation in der Welt nach 1945) im Grundkurs eine Stundenzahl von 36 und im Leistungskurs von 63 vorgesehen. Für das Thema 13.2 (Schlüsselprobleme der Gegenwart in ihren historischen und in ihrer zukunftsrelevanten Dimension) stehen im Grundkurs 24 und im Leistungskurs 43 Stunden zur Verfügung.

In Bayern ist die Aufteilung ähnlich. Im Gymnasium werden für das Thema G 10.2 15 Stunden, für G 10.3 10 Stunden und in der 13. Klasse für die Themen G 13.2 18+26 und G 13.4 10+13 Stunden vorgesehen (vgl. BY, 2). In der bayerischen Realschule haben die Geschichtsthemen mit DDR-Bezug folgende Stundenzahlen: G 10.2 ca. 10 Stunden, G 10.4 ca. 13 Stunden und G 10.5 ebenfalls ca. 13 Stunden (vgl. BY, 3).

Im Bundesland Sachsen werden im Gymnasium für die Themen 1 und 2 der 10. Klasse (1. Halbjahr) 30 Stunden geplant, ebenso für die Themen 1, 2 und 3 der 10. Klasse im 2. Halbjahr (SN, 1). Der Grundkurs 12/II beansprucht 24 Stunden, der Leistungskurs 12/II 50 Unterrichtsstunden. In der sächsischen Mittelschule haben die Themen 4 und 5 in der 9. Klasse jeweils 12 Stunden, das Thema 1 in der 10. Klasse 16 Stunden zur Verfügung (SN, 2).

Für eine Reihe von Bundesländern liegen keine oder nur unvollständige Stundenangaben vor (z.B. Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen). Das ist zum einen der Absicht der Lehrplangestaltung geschuldet, keine unnötigen Vorgaben zu machen und zum anderen der Tatsache, dass bei der Erfassung und Dokumentierung der Lehrpläne in der vorliegenden Analyse die Stundenzahlen nicht im Vordergrund standen.

3. Politikfelder

In diesem Kapitel werden ausgewählte Schwerpunkte der DDR-Geschichte (Politikfelder) umrissen und es wird der Frage nachgegangen, ob und wie diese Themen in den Lehrprogrammen der Fächer Geschichte, Sozialkunde, Geschichte/Politik, Geschichtlich-soziale Weltkunde, Gesellschaftslehre u.a. aufgegriffen werden. Dabei werden Platz und Rolle der Politikfelder im jeweiligen Lehrplanabschnitt identifiziert und unter vergleichenden Aspekten kommentiert.

Nachstehende Politikfelder wurden für die Analyse ausgewählt:

- 1. Der politische Neubeginn im Nachkriegsdeutschland aus vergleichender Perspektive. Die Darstellung des Aufbaus des Herrschaftssystems in der SBZ/DDR (1945 bis 1949). Ideologische und politische Grundlagen des Systems.**
- 2. Das Gesellschafts- und Machtsystem unter der SED. Repressionen in der DDR, Rolle und Geschichte der Staatssicherheit und anderer Instrumente der Systemerhaltung.**
- 3. Zur Gesellschaftsgeschichte der DDR (Wirtschaftliche Entwicklung, Sozialpolitik, Rolle der Frauen, Jugendbewegung, Kirche im Sozialismus).**
- 4. Widerstand und Opposition in der DDR unter Berücksichtigung des 17. Juni 1953 sowie der Opposition der 70er/80er Jahre bis zur „friedlichen Revolution“ 1989.**
- 5. Die deutsch-deutschen Beziehungen und die Erlangung der deutschen Einheit.**

Die Studie will aufzeigen, ob und in welchem erkennbaren Maße diese oder jene Problematik überhaupt in den erfassten Lehrplänen enthalten ist.

3.1 Der politische Neubeginn

Die Darstellung des politischen Neubeginns erfolgt in den Geschichtslehrplänen sehr ausführlich und ausgewogen und schließt logisch an die Themen zum Nationalsozialismus und zum Zweiten Weltkrieg an. Die wichtigsten Schwerpunkte für den Unterricht bilden die Bewältigung der unmittelbaren Kriegsfolgen, die Vertreibung und die schwierigen Aufgaben des Wiederaufbaus. Die ersten Schritte zum Aufbau unterschiedlicher politischer Systeme und Gesellschaftsordnungen werden in Ansätzen sichtbar gemacht. Die unterschiedlichen ideologischen, politischen und ökonomischen Ausrichtungen der Besatzungsmächte und deren Auswirkungen auf das Vierzonendeutschland werden jedoch kaum dargestellt und verglichen.

In einigen Lehrplänen wird der politische und gesellschaftliche Neuanfang in Deutschland unter Beachtung der unmittelbaren Kriegsfolgen, wie Vertreibung, Hunger und allgemeine menschliche Notlagen, als gesonderte Einheit behandelt. Abgeschlossen wird dieser Zeitabschnitt mit der Gründung der beiden deutschen Staaten. Als Beispiel sei der Lehrplan für das Gymnasium, Geschichte Leistungskurs 13 aus Baden-Württemberg genannt (BW, 2; LPE 13.4: Der politische Neubeginn in Deutschland). Als Zielstellung wird hier formuliert: „Die Schülerinnen und Schüler untersuchen das Entstehen eines neuen politischen Bewusstseins in Ost und West unter den Voraussetzungen der bedingungslosen Kapitulation und erörtern die Vorstellung von der „Stunde Null“ in der deutschen Geschichte. Sie verfolgen das Zusammenwirken von demokratischer Tradition und politischer Neubesinnung, von alliierten Einflüssen und deutscher Selbstbestimmung bei der Neugestaltung des politischen Lebens in den Besatzungszonen.“ Sehr differenziert sind die Ausgangsbedingungen einschließlich des politischen Neubeginns, die Weichenstellungen zur staatlichen Teilung und die Gründung der beiden deutschen Staaten im Lehrplan dargestellt.

Im Baden-Württemberger Lehrplan Geschichte für das allgemein bildende Gymnasium mit achtjährigem Bildungsgang (BW, 5) werden in der Klasse 9 in der LPE 4 „die zweigeteilte Welt und die Ent-

wicklungen in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg“ behandelt. In den Zielstellungen heißt es: „Die Schülerinnen und Schüler lernen die Bedeutung der Führungsmächte USA und Sowjetunion im Rahmen der Anti-Hitler-Koalition kennen und machen sich ihren Einfluss auf die Entwicklung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg bewusst. Sie erfahren die physische und psychische Not des Einzelnen in der Situation des Zusammenbruchs und lernen Maßnahmen von alliierter und deutscher Seite bei der Neuordnung in den Besatzungszonen kennen. Sie verdeutlichen sich die Spielräume und Grenzen des politischen Neubeginns und erkennen, dass der wachsende Gegensatz zwischen der Sowjetunion und den Westmächten die unterschiedliche Entwicklung in den Besatzungszonen bis hin zur doppelten Staatsgründung bestimmt hat.“

Im Rahmenplan Geschichte des bayerischen Gymnasiums, Klasse 10, werden die Fragen des Neubeginns mit folgender Orientierung behandelt: „Vor dem Hintergrund von Kapitulation und Zusammenbruch werden den Schülern die Schwierigkeiten des Neubeginns in Deutschland und die Aufbauleistungen der Nachkriegsgeneration bewusst. In Grundzügen werden die Entstehung der beiden deutschen Staaten in Deutschland und die deutsche Geschichte bis zur Gegenwart vorgestellt. Erkennbar wird, dass die Entscheidungen, die die politische Orientierung in beiden deutschen Staaten bestimmten, zunehmend im Zeichen der internationalen Blockbildung standen. Die Schüler erfassen, dass sich in der Bundesrepublik Deutschland die Demokratie in Anlehnung an den Westen und unter bewusst europäischer Ausrichtung entfaltete, während sich in der DDR mit der Durchsetzung einer kommunistischen Parteidiktatur die Zwangsintegration in den vom Stalinismus geprägten Ostblock vollzog. Deutlich wird, dass die Entwicklung in Deutschland stets im Kontext des Ost-West-Verhältnisses und der internationalen Entspannung und Abrüstung zu sehen ist.“ In der Jahrgangsstufe 13 des bayerischen Gymnasiums werden diese Fragen unter der Überschrift „Bedingungen und Probleme des Neubeginns nach dem Ende des Krieges“ weitergeführt und vertieft (BY, 1).

In der gymnasialen Oberstufe des Saarlandes wird der politische Neubeginn in der Unterrichtseinheit „Die deutsche Frage im Europa der Nachkriegszeit“ behandelt. Dabei wird in der Lehrplanstruktur zunächst eine gesamtdeutsche Sicht beibehalten, obwohl sich bereits durch die Trennung in Besatzungszonen unterschiedliche politische Orientierungen der Alliierten in ihren Einflussgebieten abzeichnen, die später zur Gründung zweier deutscher Staaten führen (SL, 1 und 2).

Im Thüringer Gymnasium werden in der Klassenstufe 10 zwei Schwerpunkte behandelt, die den Neubeginn erfassen: „1. Die Welt und Deutschland vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis 1949“ und „2. Die deutsche Frage 1949 bis 1990 und ihre Lösung“. Als Ziele des Unterrichts werden dabei hervorgehoben: „Die Schüler untersuchen die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges und seine Folgen für die europäische und besonders die deutsche Geschichte. Ihnen wird bewusst, wie weltweite Konfrontations- und Entspannungsprozesse in der deutschen Nachkriegsgeschichte wirkten und letztendlich auch zur Systemüberwindung in der DDR und in Osteuropa führten. Die Schüler vergleichen totalitäre Strukturen in der DDR mit demokratischen Strukturen in der Bundesrepublik. Sie erarbeiten die folgenden Unterrichtsthemen verstärkt als eine kritische Auseinandersetzung mit dem Geschichtsbild der DDR im Vergleich zu einem mehrdimensionalen Umgang mit Geschichte.“ Als konkrete Lerninhalte werden im ersten Schwerpunkt benannt: Weltpolitische Veränderungen als Folge des Zweiten Weltkrieges, Kriegsende in Deutschland – Niederlage/Befreiung, unterschiedlicher politischer und wirtschaftlicher Neubeginn in den Besatzungszonen und in Berlin unter den Bedingungen des Kalten Krieges, Speziallager Buchenwald, der Weg in die Zweistaatlichkeit (TH, 1).

An den Hauptschulen wird im Fach Geschichte der Zeitabschnitt des Neubeginns wesentlich kürzer behandelt. So sieht der Lehrplan in Hessen für die Hauptschule in der 10. Klasse den Schwerpunkt 10.2 „Deutschland nach 1945 – von der Teilung zur Einheit“ vor. Im verbindlichen Unterrichtsinhalt 1 „Aus vier Besatzungszonen werden zwei Staaten“ sollen behandelt werden: Konsequenzen der Potsdamer Konferenz; demokratischer Neubeginn auf kommunaler und Länderebene; Politiker/innen und Parteien; unterschiedliche Entwicklungen in den Westzonen und der SBZ; Marshallplan und Wiederaufbau; Ost-West-Konflikt und Teilung Deutschlands; Entstehung zweier Staaten in Deutschland (HE, 2).

Der Lehrplan in Nordrhein-Westfalen für die Hauptschule im Fach Gesellschaftslehre/Geschichte-Politik wendet sich im Teil Geschichte für die Klasse 9 dem Thema 2.2 „Probleme der deutschen Zweistaatlichkeit“ zu. Dabei sind als Unterthemen vorgesehen: Die politisch-ökonomischen Bedingungen des Neubeginns, die Entwicklung unterschiedlicher Gesellschaftssysteme in beiden Teilen Deutschlands und die Entwicklung und Zukunft des deutsch-deutschen Verhältnisses. Der seit 1991 geltende Lehrplan schließt mit der Frage: Ist die Wiederherstellung der nationalstaatlichen Einheit noch möglich? (NW, 5)

Die Thüringer Regelschule behandelt in den Klassenstufen 9/10 im Abschnitt „Zeitgeschichte von 1945 bis 1990“ das Thema „Die Welt und Deutschland vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis 1949“ mit den Schwerpunkten: Weltpolitische Veränderungen infolge des Zweiten Weltkrieges, Kriegsende in Deutschland – Niederlage/Befreiung, unterschiedlicher politischer und wirtschaftlicher Neubeginn in den Besatzungszonen und in Berlin unter den Bedingungen des Kalten Krieges, Speziallager Buchenwald, der Weg in die Zweistaatlichkeit (TH, 2).

In Schleswig-Holstein wird dem politischen Neubeginn im Fach Gemeinschaftskunde in der Jahrgangsstufe 12 der Sekundarstufe II und des Fachgymnasiums ein Platz gegeben. Im Kursthema „Verfassung und Entstehung der Bundesrepublik Deutschland“ (12.1) sind im Thema „Deutschlandpolitik der Siegermächte nach 1945“ folgende Inhalte vorgesehen: Konferenz von Potsdam und Folgen, Neubeginn und Restauration in den Westzonen, Neubeginn und Sowjetisierung in der Ostzone, die Spaltung Deutschlands im beginnenden Ost-West-Konflikt (SH, 6).

Besonders hervorhebenswert ist der Abschnitt „Deutschsprachige Literatur nach 1945“ im Lehrplan Deutsch (Grundkurs und Leistungskurs) der 12. Klasse des Gymnasiums in Sachsen, in dem auf die DDR-Literatur in der Phase des Neubeginns und in der darauf folgenden Zeit ausdrücklich Bezug genommen wird.

Im Grundkurs wird die deutsche Literatur in Epochen (II) behandelt, insbesondere die deutschsprachige Literatur nach 1945. In den Zielstellungen heißt es: „Die Schüler begreifen, dass in der deutschen Literatur nach 1945 grundlegende Entwicklungslinien fortgesetzt werden. Sie erhalten einen Einblick in die Literaturentwicklung beider deutscher Staaten und lernen wesentliche Differenzierungsmomente, aber auch Gemeinsamkeiten kennen. Basis der Betrachtungen ist die unterschiedliche Ausgangssituation in der deutschen Literatur der Nachkriegsjahre.“

Im Leistungskurs wird diese Zielsetzung weiter differenziert: „Die Schüler können Entwicklungsprozesse und die Vielfalt der deutschen Literatur im 20. Jahrhundert – ihre besondere Geschichtlichkeit – als Ausgangspunkt für Neubeginn und Weiterführung nach dem Zweiten Weltkrieg nachvollziehen. Die Schüler erhalten wesentliche Einblicke in die Literaturentwicklung beider deutscher Staaten nach 1945, sie begreifen wesentliche Differenzierungsmomente, aber auch Gemeinsamkeiten im ästhetischen Ansatz. Basis der Betrachtungen ist die unterschiedliche Ausgangssituation in der deutschen Literatur der Nachkriegsjahre.“ (SN, 4)

Es kann festgehalten werden, dass die Darstellung des politischen Neubeginns im Nachkriegsdeutschland in den Geschichtslehrplänen sehr ausführlich und ausgewogen erfolgt. Sie schließt an die Themen zum Nationalsozialismus und zum Zweiten Weltkrieg unmittelbar an. Schwerpunkte sind die Bewältigung der unmittelbaren Kriegsfolgen, die Vertreibung und die schwierigen Aufgaben des Wiederaufbaus. Die ersten Ansätze des Entstehens unterschiedlicher politischer Systeme und Gesellschaftsordnungen werden lediglich angedeutet. Erst die Gründung der beiden deutschen Staaten im Jahr 1949 bildet denjenigen historischen Einschnitt, durch den die Teilung Deutschlands zementiert wurde. Die bereits hier möglichen Aspekte des Vergleichs der Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands einschließlich ihrer ideologischen und politischen Grundlagen sind in relativ geringem Umfang ausgeführt.

Nach der Gründung der beiden deutschen Staaten im Jahr 1949 verstärkt sich die divergierende Entwicklung, die eine Gestaltung eines einheitlichen Deutschland zunehmend ausschließt. Der Einfluss der Besatzungsmächte ist zwar noch vorhanden, wird aber in unterschiedlicher Weise und Intensität umgesetzt. In den Lehrplänen wird der wirtschaftliche Aufschwung in der Bundesrepublik mit dem wachsenden Wohlstand in den Mittelpunkt gestellt, während die Entwicklung in der DDR weniger deutlich umrissen wird. Im Vordergrund stehen hierbei die Probleme der Übernahme des sowjetischen Modells und der durchgreifenden „Sowjetisierung“ der Gesellschaft mit den damit verbundenen politischen und wirtschaftlichen Folgerungen. Insgesamt lässt sich feststellen, dass der Zeitabschnitt vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten in den Lehrplänen einen angemessenen Platz hat, so dass von Umfang und inhaltlichen Zielstellungen her den Schülerinnen und Schülern wesentliche Erkenntnisse über die Anfangsjahre der deutschen Teilung vermittelt werden können.

3.2 Das Gesellschafts- und Machtssystem unter der SED

Das Verständnis der DDR-Gesellschaft in ihrem Systemcharakter erfordert einen Blick auf die verschiedenen Bereiche der Gesellschaft unter besonderer Berücksichtigung der Ausübung der politischen Macht durch die SED mit dem dazu geschaffenen Apparat. Dieser Aufgabe, die den Kern der SED-Diktatur berührt, kommen die Lehrpläne nur ansatzweise nach.

So wird das Gesellschaftssystem der DDR in den Geschichtslehrplänen in den wenigsten Fällen gezielt unter machtpolitischen Gesichtspunkten dargestellt. Zum einen werden allgemeine Vergleiche zum Gesellschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland gezogen, zum anderen werden wenige ausgewählte Gesichtspunkte zur Charakterisierung des Gesellschaftssystems der DDR genutzt. Eine Verbindung zwischen Gesellschaft und diktatorischer Macht der SED wird nicht hergestellt.

Vor allem das gesellschaftliche Modell des Sozialismus mit seinen theoretisch-ideologischen Quellen wird in den Lehrplänen des Faches Geschichte nicht thematisiert. Ansätze finden sich eher in den Fächern Gemeinschaftskunde und Politik. So wird beispielsweise im Fach Politik, Gymnasium, Lehrplan Grundkurs Politik, des Saarlands in der Jahrgangsstufe 12 das „Thema 2. Marxismus-Leninismus“ behandelt. Dabei sind folgende Lernziele fixiert:

„Die Schülerinnen und Schüler sollen

1. Grundzüge des historischen und dialektischen Materialismus und ihre historischen und ideengeschichtlichen Voraussetzungen kennen und beschreiben können,
2. Grundzüge der Wirtschaftstheorie und Gesellschaftstheorie von Karl Marx und Friedrich Engels beschreiben können,
3. die Weiterentwicklung und Veränderung der Theorien von Karl Marx und Friedrich Engels durch Lenin kennen lernen,
4. am Beispiel eines sozialistischen Staates nachweisen können, wie die theoretischen Vorstellungen von Karl Marx und Lenin realisiert wurden („real existierender Sozialismus“),
5. die Kritik am „real existierenden Sozialismus“ durch den Reformkommunismus in den sozialistischen Staaten kennen“. (SL, 9)

Der Bereich der Ideologie als ein wesentliches Moment des SED-Herrschaftssystems wird ansonsten nur noch mit der Formulierung: „Funktion und Wirksamkeit der Ideologie im System der DDR“ im Kurshalbjahr 12/II beim Thema „Der Weg von der Konfrontation zur Entspannung bis zum Ende des Ost-West-Konflikts“ im Thüringer Geschichtslehrplan für das Gymnasium erwähnt (vgl. TH, 1).

Der Begriff Gesellschaftssystem wird in den Lehrplänen insgesamt 5 mal direkt benutzt, wie die folgenden Beispiele zeigen.

Im Schwerpunkt Geschichte des Lehrplans Gemeinschaftskunde der Gymnasialen Oberstufe in Rheinland-Pfalz wird in der 12. Klasse beim Teilthema 3 „Die Durchsetzung der Demokratie in Deutschland“ von den Schülern erwartet, dass sie den Prozess des Aufbaus und der Einbindung beider Teile Deutschlands in die unterschiedlichen Machtblöcke und Gesellschaftssysteme kennen (RP, 1).

Der Grundkurs Geschichte in den Schuljahrgängen 12/13 des Gymnasiums in Sachsen-Anhalt hat im Kurs 4 das Thema „Deutschland im Widerstreit der Systeme“. Als ein Anspruch wird formuliert, die Verflechtung der beiden deutschen Staaten in der Abgrenzung vor dem Hintergrund der Systemkonfrontation als herausragendes Merkmal der doppelten deutschen Zeitgeschichte zu untersuchen. Ein Ziel dabei ist, zu „untersuchen, wie sich der Gegensatz der Gesellschaftssysteme stetig vertiefte und welche Auswirkungen auf beide deutsche Staaten zu verzeichnen waren.“ (ST, 1)

In Schleswig-Holstein ist im Fach Geschichte des Gymnasiums, 13. Klasse, das Kursthema „13.1 Die Welt nach 1945: Konfrontation, Kooperation und Neuordnung“ vorgesehen. Die inhaltliche Zielstellung verweist auf die „Epoche der Systemkonkurrenz zwischen Marxismus und liberaler Demokratie in nationaler, europäischer und weltweiter Dimension, ihre Überwindung und die Entwicklung einer institutionell gefestigten Demokratie in Deutschland. Das Thema vermittelt Einsicht in die Ursachen gegenwärtiger Problemkonstellationen und in die unterschiedlichen Voraussetzungen im Prozess des nationalen und europäischen Zusammenwachsens.“

Im Unterthema „Deutschland: Von der Spaltung zur Einheit der Nation“ wird bei den inhaltlichen Fragen der „Entstehung und Konfrontation der beiden deutschen Staaten im Zeichen des Kalten Krieges“ das „Gesellschaftssystem in Ost und West“ behandelt. Das Projektlernen im 13. Jahrgang beinhaltet einen Vorschlag für einen Projektkurs zum Thema „Der ‚real existierende Sozialismus‘: Gesellschaft und Kultur in der DDR“ (SH, 1).

In den Real- und Hauptschullehrplänen für Geschichte wird das Gesellschafts- und Machtsystem der DDR in noch geringerem Maße zur Behandlung vorgeschlagen. So wird in der 10. Klasse der Erweiterten Realschule des Saarlandes in der Unterrichtseinheit: „Vom Zusammenbruch zur Wiedervereinigung“ als eines der Lernziele „die unterschiedliche Entwicklung der beiden deutschen Staaten bis 1989“ formuliert. Als ein Lerninhalt wird orientiert auf: „Zweimal Deutschland: unterschiedliche Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme“ (SL, 4).

Der Teil Geschichte des Faches Gesellschaftslehre an der Hauptschule in Nordrhein-Westfalen empfiehlt für die Klasse 9 im 2. Halbjahr das Thema 2.2: „Probleme der deutschen Zweistaatlichkeit“ mit dem Unterthema 2.2.2: „Die Entwicklung unterschiedlicher Gesellschaftssysteme in beiden Teilen Deutschlands“.

Eine mögliche Auseinandersetzung mit dem Gesellschafts- und Machtsystem der DDR erfolgt auf diese Weise stets vor dem Hintergrund des Vergleiches mit der Bundesrepublik, wodurch nicht alle Facetten des DDR-Systems abgedeckt werden können.

Zur differenzierteren Charakterisierung des Gesellschaftssystems der DDR als Machtsystem bzw. Diktatur der SED, geben diese Lehrpläne wenig Anhaltspunkte. Interessant ist deshalb, inwieweit in den Lehrplänen mit dem Begriff „Repressionen“ gearbeitet wird.

Der Begriff Repressionen wird nur in einigen wenigen Lehrplänen erwähnt und zur Behandlung vorgeschlagen. Eine direkte Erwähnung findet der Begriff in der Gesamtheit der gesichteten Lehrpläne nur viermal, wobei im Lehrplan BY, 3 vor allem die Repressionen in osteuropäischen Ländern gemeint sind.

Im Rahmenlehrplan Geschichte von Brandenburg für die Sekundarstufe I wird in den Jahrgangsstufen 9 und 10 im Themenfeld 9/10: „Deutschland in der geteilten Welt – die beiden deutschen Staaten als Teil des Ost-West-Konflikts“ bereits bei den Zielstellungen darauf hingewiesen, dass die Demokratievorstellungen des Westens und der Sowjetunion voneinander abweichen. Beim verbindlichen Inhalt „Entstehung zweier deutscher Staaten“ wird auf die unterschiedlichen Gesellschaftsmodelle und Systeme in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland verwiesen, beim Inhalt „Zwischen Konfrontation – Kooperation – Vereinigung“ werden die Begriffe „Mauerbau, verschärfte Repression, Ausbau der Staatssicherheit als Unterdrückungsorgan“ erwähnt (BB, 3).

In Hamburg wird im Fach Geschichte der Sekundarstufe I des Gymnasiums im Schwerpunkt 2. „Politik in und zwischen den beiden deutschen Staaten“ als Anregung zum Aufbau des Unterrichts die Problematik „Erstarrung und Repressionen in der DDR“ aufgeführt (HH, 6).

Bei einer differenzierteren Betrachtung des Begriffes „Repressionen“ zeigt sich eine Reihe von Nennungen in den untersuchten Lehrplänen, die in ihrer Gesamtzahl jedoch gering sind.

So werden im Lehrplan Geschichte für Sekundarstufe I (Hamburg) in der Klasse 10 drei Schwerpunkte behandelt, von denen der dritte „Deutschland nach 1945 – Von der Teilung zur Wiedervereinigung“ lautet. Unterpunkte dabei sind:

- Deutschland in der Nachkriegszeit
- Wichtige Stationen der Entwicklung beider deutscher Staaten und ihrer Beziehungen
- Das wiedervereinigte Deutschland in Europa: Herausforderung und Chancen.

Bei den Anregungen zum Aufbau des Unterrichts wird im Zusammenhang mit der „Politik in und zwischen den beiden deutschen Staaten“ auch auf Repressionen verwiesen: „Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit; unterschiedliche Wirtschaftssysteme; Westorientierung Adenauers; Sowjetisierung der DDR; Abriegelung der innerdeutschen Grenze 1952; Zwangsdeportationen; Mauerbau 1961; der Aufstand des 17. Juni 1953; Protest und Reformen in der Bundesrepublik; Erstarrung und Repressionen in der DDR; die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition; Bürgerrechts- und Einheitsbewegung in der DDR.“ (HH, 6)

Im Lehrplan Geschichte für das Gymnasium und die Integrierte Gesamtschule in Mecklenburg-Vorpommern ist in der 10. Klasse der 21. Themenbereich vorgesehen: „Das geteilte Deutschland – Die Entwicklung nach 1949“. Bei dem Unterthema „Herrschaftssicherung und Umgang mit der Opposition in der DDR“ wird als eines der möglichen Unterrichtsziele auf Repression verwiesen: „Am Beispiel des 17. Juni 1953 und des Wirkens des Staatssicherheitsdienstes Repressionsformen verdeutlichen.“ (MV, 2)

In ähnlicher Weise wird im Rahmenlehrplan Geschichte für die brandenburgische Sekundarstufe I im Themenfeld 9/10: „Deutschland in der geteilten Welt – die beiden deutschen Staaten als Teil des Ost-West-Konflikts“ unter der Überschrift „Zwischen Konfrontation – Kooperation – Vereinigung“ auf „Mauerbau, verschärfte Repression, Ausbau der Staatssicherheit als Unterdrückungsorgan“ verwiesen (BB, 3).

Schließlich gibt es Hinweise auf staatliche Repressionen in Polen und in der UdSSR im Geschichtsthema G 10.5 „Neuorientierungen in Europa und in der Welt“ der 10. Klasse der bayerischen Realschule (BY, 3).

Das ebenfalls relevante Thema „Verfolgung“ kommt insgesamt zu kurz, der Begriff fällt nur in den nachfolgenden Lehrplanteilen. So wird im bayerischen Lehrplan Geschichte für die Realschule in der Jahrgangsstufe 10 beim Thema G 10.2 „Der Ost-West-Gegensatz und die deutsche Teilung“ im Teilkapitel „Die Entwicklung der deutschen Teilung und die Gründung zweier deutscher Staaten“ erwähnt. Es wird verwiesen auf: „Die deutsche Teilung: Bi- und Trizone im Westen (gemeinsamer Wirtschaftsraum, Marshallplan, Währungsreform, soziale Marktwirtschaft); Abgrenzung der sowjetischen Zone (Zentralverwaltungswirtschaft, eigene Währung, Grenzsicherung, Verfolgung Andersdenkender); Berlinblockade.“ (BY, 3)

In der Hamburger Haupt- und Realschule wird im Lehrplan Geschichte/Politik für die Klassenstufe 9 das Schwerpunktthema 4. „Deutschland nach 1945 – Von der Teilung zur Einheit“ behandelt. Bei den Anregungen zum Aufbau des Unterrichts wird im Punkt 2: „Die Gründung zweier deutscher Staaten“ auch die „Verfolgung der Opposition in der DDR“ thematisiert (HH, 5). Ähnlich wird im Lehrplan Geschichte/Politik für die Hauptschule, Klasse 9, beim gleichen Thema vorgegangen (HH, 7).

Mit dem Begriff „Unterdrückung“ werden relativ undifferenziert politische Prozesse sowohl in der unmittelbaren Nachkriegszeit als auch in der nachfolgenden Zeit der SED-Diktatur gekennzeichnet und zur Behandlung im Unterricht vorgeschlagen.

Der Lehrplan Geschichte für die Realschule in Baden-Württemberg sieht für die Klasse 10 in der Lehrplaneinheit 1: „Die deutsche Teilung als Spiegelbild der ideologischen Gegensätze zwischen Ost und West“ Hinweise zu Unterschieden in der Besatzungspolitik vor. Dabei wird auch die „Politische Unterdrückung in der SBZ“ erwähnt (BW, 9).

In Bayern schlägt der gymnasiale Lehrplan Geschichte für die Klasse 13 im Thema G 13.2 „Geschichte eines modernen Industriestaates: Die Bundesrepublik Deutschland“ einen Bezug zur DDR vor: „DDR als Gegenbild zur Bundesrepublik: Unterdrückung und Kontrolle, u. a. „planmäßiger Aufbau des Sozialismus“, Aufstand vom 17. Juni 1953, Vorgehen gegen kritische Intellektuelle“ (BY, 2).

Im Hamburger Lehrplan Geschichte/Politik für die Haupt- und Realschule ist für die Klassenstufe 9 das Schwerpunktthema 4. „Deutschland nach 1945 – Von der Teilung zur Einheit“ enthalten. Bei den Anregungen zum Aufbau des Unterrichts wird für die Sicht der „Entwicklungen nach 1949“ u.a. vorgeschlagen: „Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR im Kalten Krieg (Integration in unterschiedliche Bündnissysteme, Aufstand des 17. Juni, der Mauerbau, Unterdrückung und Bevormundung durch die SED, Vertreibungen an der innerdeutschen Grenze)“ (HH, 5). In gleicher Weise äußert sich der Lehrplanteil für die Hauptschule, Geschichte, 9. Klasse zum Problem der Unterdrückung in der DDR (HH, 7).

Im Lernbereich Gesellschaftswissenschaften für Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Regionale Schule in Rheinland-Pfalz wird in der Hauptschule Klasse 8 beim 6. Thema: „Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland“ als Teilziel empfohlen: „Einblick in Formen politischer Unterdrückung in der DDR“ (RP, 2).

Auch der Begriff der „Gewalt“ einschließlich der politischen Gewalt spiegelt sich in den Lehrplänen kaum wider. Die wenigen Nennungen werden im Folgenden kurz referiert.

Im Brandenburger Vorläufigen Rahmenplan für den Lernbereich „Gesellschaftslehre“ Politische Bildung wird im Lernfeld: Demokratie für die Klasse 9/10 das Thema „Extremismus und Gewalt“ behandelt. Unter der Überschrift „Die Herausforderung von Staat und Gesellschaft durch Extremismus und Terrorismus“ wird bei Inhalten und Problemen auf „Erscheinungsformen und Ursachen von Extremismus und Terrorismus [...], Umgang mit Rechtsextremismus und Gewalttätigkeit in der ehemaligen DDR. [...]“ hingewiesen (BB, 7). Damit wird aber kein Bezug zur politischen Gewaltausübung der SED-Machthaber gegenüber Andersdenkenden hergestellt.

Der Rahmenplan Geschichte für das Hamburger Gymnasium formuliert für die Jahrgangsstufe 9/10 das Thema „9/10-5 Ost-West-Konflikt und deutsche Frage seit 1945“. Bei den Zielstellungen heißt

es: „Den Schülerinnen und Schülern wird bewusst, dass die Geschichte Deutschlands und Europas nach 1945 in wesentlichen Teilen eine Folge des von Hitler verursachten Zweiten Weltkrieges ist. Sie erkennen die Ursachen und Auswirkungen des Ost-West-Konfliktes. Dabei wird ihnen deutlich, dass in Westeuropa ein weitgehend selbstbestimmter politischer und ökonomischer Integrationsprozess beginnt, während sich die Sowjetisierung Ostmitteleuropas mit militärischer Gewalt und gegen den Willen der betroffenen Völker vollzieht.“ (HH, 3)

Hierbei wird die Frage der Gewalt auf die militärische Gewalt der Sowjetunion gegenüber den osteuropäischen Staaten, also auch gegenüber der DDR, eingegrenzt.

Im Niedersächsischen Lehrplan Geschichtlich-soziale Weltkunde für die Realschule wird im Schuljahrgang 9/10 der Themenbereich 16 RS „Geteiltes Deutschland – Geteilte Welt“ mit folgenden Schlüsselproblemen vorgestellt:

- Herrschaft und politische Ordnung
- Frieden und Gewalt
- Ungleichheit der Lebensverhältnisse

(NI, 4).

Das gleiche Herangehen findet sich im entsprechenden Lehrplan für die Hauptschule (NI, 5). Ein möglicher Exkurs zur Gewaltherrschaft in der DDR wird hierbei ausgespart.

In Mecklenburg-Vorpommern enthält der Rahmenplan Geschichte des Gymnasiums und der IGS für die Klasse 10 den Themenbereich: „Das geteilte Deutschland – die Entwicklung nach 1949“. Im Zusammenhang mit dem angebotenen Thema „Herrschaftssicherung und Umgang mit der Opposition in der DDR“ ist eines der möglichen Unterrichtsziele, am „Beispiel des 17. Juni 1953 und des Wirkens des Staatssicherheitsdienstes Repressionsformen zu verdeutlichen“ (MV, 2).

Die genannten Beispiele und Herangehensweisen belegen, dass die Frage der politischen Gewalt in der DDR nur sehr marginal in den Lehrplänen vertreten ist. Damit werden Chancen vergeben, das politische System der SED-Diktatur konkreter zu beleuchten. Eine Reihe von Begriffen, wie Polizei, Polizeistaat oder Überwachung kommt in den Lehrplänen überhaupt nicht vor.

Eine zentrale Funktion für den Machterhalt der SED-Diktatur hatte die Staatssicherheit mit ihren vielfältigen Verflechtungen in der Gesellschaft. Zur Thematik der Staatssicherheit finden sich in den Lehrplänen insgesamt 21 Nennungen. Diese betreffen vor allem das Fach Geschichte in den Sekundarstufen I und II. Lediglich im Fach Sozialkunde von Mecklenburg-Vorpommern wird in der Jahrgangsstufe 9 beim Thema „Das politische System der Bundesrepublik Deutschland“ als methodischer Hinweis „ein Gespräch mit dem Stasi-Beauftragten“ angeregt (MV, 4; MV, 5). Im Brandenburger Lehrplan Politische Bildung für die Sekundarstufe I (Klasse 7/8) wird im Lernfeld „Demokratie“ unter der Frage „Anspruch und Wirklichkeit des DDR-Systems“ bei den Inhalten und Problemen für den Unterricht „die Stasi als Staat im Staate“ erwähnt. Im Lehrplan für das Fach Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft für das Gymnasium (11. Klasse) in Sachsen wird im Grundkurssthema „Demokratische Grundordnungen: Leitbilder einer freiheitlichen Demokratie“ in einem der Schwerpunkte auf den „Staatssicherheitsdienst“ verwiesen.

Insgesamt fünfmal wird der Begriff „MfS“ verwandt, und zwar in vier Geschichtslehrplänen von Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen (MV, 2; MV, 3; TH, 1; TH, 2). Die Geschichtslehrpläne von Mecklenburg-Vorpommern geben als „fachübergreifende und fächerverbindende Projektvorschläge“ vor, sich mit „Aufbau und Wirkung des MfS in den Nordbezirken“ zu beschäftigen (MV, 2; MV, 3). Das ist das einzige Beispiel eines Verweises auf die regionale Relevanz des Themas Staatssicherheit. Im Thüringer Geschichtslehrplan fürs Gymnasium und die Regelschule erfolgt beim Thema „Die deutsche Frage 1949 bis 1990 und ihre Lösung“ im Unterpunkt „DDR von der Staatsgründung bis zum Mauerbau“ der Hinweis auf „MfS als Instrument der SED zur Herrschaftssicherung ohne parlamentarische Kontrolle“ (TH, 1; TH, 2). In den Lehrplänen der alten Bundesländer kommt der Begriff „MfS“ überhaupt nicht vor.

Das Kürzel „Stasi“ wird neunmal in insgesamt acht Lehrplänen erwähnt. In Baden-Württemberg wird in der gymnasialen Kursstufe Geschichte (13. Klassenstufe) in der Lehrplaneinheit „13.2: Die politische und gesellschaftliche Entwicklung im geteilten und vereinten Deutschland“ Bei der Charakterisierung der „Ära Honecker“ wird eine Textanalyse vorgeschlagen, die Stasiberichte und oppositionelle Literatur aufnimmt (BW, 4). Der bayerische Lehrplan Geschichte für die Realschule (Klasse 9) spricht vom „Stasi-Staat“ (BY, 3). Der gymnasiale Lehrplan Geschichte für Mecklenburg-Vorpommern beinhaltet im Themenbereich „Das geteilte Deutschland – Die Entwicklung nach 1949“ die Fragen von „Herr-

schaftssicherung und Umgang mit der Opposition in der DDR“ und setzt einen Schwerpunkt auf „lokale Stasi-Tätigkeit“, wobei anhand „des Wirkens des Staatssicherheitsdienstes Repressionsformen“ verdeutlicht werden sollen.

In den Geschichtslehrplänen des Saarlandes für die Erweiterten Realschulen (Klassenstufe 9 bzw. 10) werden in den Unterrichtseinheiten „Vom geteilten Deutschland zur neuen Bundesrepublik“ und „Vom Zusammenbruch zur Wiedervereinigung“ die Begriffe „Stasiakten“ und „Stasi“ aufgeführt (SL, 4; SL, 5).

Mit dem Begriff Staatssicherheit bzw. Staatssicherheitsdienst arbeiten die analysierten Lehrpläne siebenmal, davon fünfmal im Fach Geschichte. Im Brandenburger Lehrplan Geschichte für die Sekundarstufe I wird im Themenfeld 9/10 „Deutschland in der geteilten Welt – die beiden deutschen Staaten als Teil des Ost-West-Konflikts“ im inhaltlichen Schwerpunkt „Zwischen Konfrontation – Kooperation – Vereinigung“ auf den „Ausbau der Staatssicherheit als Unterdrückungsorgan“ hingewiesen (BB, 3). In Mecklenburg-Vorpommern wird im Lehrplan für das Gymnasium (Jahrgangsstufen 11-13) im Themenbereich „Das geteilte Deutschland – Entspannung und Krisen 1969 bis 1989“ der Schwerpunkt „Die Funktionen der SED als herrschende Partei und des Staatssicherheitsdienstes in der DDR bewerten“ zur Behandlung vorgesehen (MV, 1). Damit wird in diesem Lehrplan die Thematik der Staatssicherheit das zweite Mal aufgegriffen. Die Geschichtslehrpläne von Sachsen-Anhalt formulieren für die Sekundarstufe I des Gymnasiums und für die Sekundarstufe in den Schuljahrgängen 9/10 das gleichlautende Thema „Deutschland nach 1945 – Leben im geteilten Land“, wobei jeweils ein Verweis auf den „Staatssicherheitsdienst“ als Anregung für den Unterricht enthalten ist (ST, 1; ST, 2).

Ein Blick auf die Verteilung dieser Thematik zwischen alten und neuen Bundesländern zeigt, dass die Auseinandersetzung mit der Staatssicherheit vor allem in den neuen Bundesländern angeregt wird. Sachsen spart in seinen Geschichtslehrplänen die Staatssicherheit aus. Keine Bezugspunkte sind in den Lehrplänen von Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hessen zu finden. Auch die Berliner Lehrpläne enthalten keine Verweise auf diese Thematik.

Für die Auseinandersetzung mit diesem Thema wird in den Lehrplänen offensichtlich zu wenig Raum gegeben. Wissen um die Rolle des MfS in der Gesellschaft der DDR heißt, einen wichtigen Wesenszug der SED-Diktatur zu erkennen. Die in den Lehrplänen vorhandenen Bezüge sind zwar vielfältig, greifen aber zu kurz und eröffnen keinen Weg zur Auseinandersetzung mit dem Aufbau und der Funktionsweise dieses Machtinstrumentes der SED.

Andere Instrumente der Machterhaltung und Systemsicherung, wie Polizei und NVA werden nicht aufgeführt, also auch nicht in einen Zusammenhang zur Staatssicherheit gebracht. Lediglich im Thüringer Lehrplan Geschichte für das Gymnasium wird im Kurshalbjahr 12/II beim Thema „Von der deutschen Frage zur deutschen Einheit – Kontinuität und Wandel vor dem Hintergrund einer bipolaren Welt“ beim Lerninhalt „Entwicklung in der Bundesrepublik und in der DDR von der Teilung über Konfrontation und Kooperation im Rahmen der bipolaren Welt von 1949 bis 1990“ der Schwerpunkt Auseinandersetzung um Wiederbewaffnung – von der „Kasernierten Volkspolizei“ zur „Nationalen Volksarmee“ aufgeführt. Im gleichen Lehrplan wird mit dem Hinweis auf das „Speziallager Buchenwald“ die Möglichkeit eröffnet, auf die politische Verfolgung in der sowjetischen Besatzungszeit einzugehen. (TH, 1)

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass das Gesellschafts- und Machtsystem unter der SED in nur wenigen Fällen eine relativ geschlossene Darstellung erfährt, wodurch die Schülerinnen und Schüler einen Überblick über das gesamte System gewinnen könnten. Die grundsätzliche Charakterisierung des gesellschaftlichen Systems mit seinen politischen, ideologischen und auch ökonomischen Komponenten findet zwar in Ansätzen statt, wird aber kaum detailliert ausgeführt. Die Durchdringung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft seitens der Staatspartei SED bleibt unterbelichtet. Das Instrumentarium der Machtsicherung kann aus den Lehrplänen nicht in seiner Komplexität erfasst werden. So sind die Rolle und Geschichte der Staatssicherheit und anderer Instrumente der Systemerhaltung nur in wenigen Fällen zur Behandlung vorgesehen, so dass tiefergehende Kenntnisse der Schülerinnen und Schüler über Struktur und Funktionen der einzelnen Bestandteile nicht vorbereitet werden.

Von Repressionen in der DDR erfahren die Schüler nur an wenigen Stellen, die Lehrplananlage thematisiert diese Fragen in geringem Maße. Bedenklich ist die Tatsache, dass aus der Behandlung des Gesellschafts- und Machtsystems in der DDR kaum Gründe für die Krise des Systems und seinen Zusammenbruch im Herbst 1989 abgeleitet werden.

3.3 Zur Gesellschaftsgeschichte der DDR

Unter dem Begriff Gesellschaftsgeschichte soll hier derjenige Teil der Geschichte verstanden werden, in dem die gesamtgesellschaftliche Entwicklung in einem Staat oder eines Staatsvolkes abgebildet wird. Die Gesellschaftsgeschichte wird stets eine Gesamtsicht vorzunehmen haben und sich zugleich auf die Beleuchtung einzelner Bereiche konzentrieren müssen. Bei der vorliegenden Untersuchung soll daher schwerpunktmäßig das Aufgreifen folgender Bereiche in den Lehrplänen untersucht werden: Wirtschaft, Sozialpolitik, Bereiche Familie, Frauen und Jugend, Alltagsleben sowie Kirche im Sozialismus.

Wirtschaft

Die Behandlung der Wirtschaft der DDR könnte unterschiedliche Gesichtspunkte berücksichtigen: Von der Schaffung des Volkseigentums zu Beginn der DDR über die Liquidierung der letzten kleinen privatwirtschaftlichen Betriebe bis hin zum Fiasko der staatlich gelenkten zentralen Planwirtschaft als Teil des Zusammenbruchs des sozialistischen Systems. Ein gesonderter Bereich könnten der Aufbau und die Rolle der kollektivierten Landwirtschaft sein.

In den analysierten Lehrplanteilen zur Geschichte der DDR nimmt die Thematik der Wirtschaft einen eher marginalen Platz ein. Die Wirtschaft in der DDR wird als „Mangelwirtschaft“ gekennzeichnet (BW, 1), die DDR durchlebte eine „Wirtschafts- und Systemkrise“ (BW, 3; BW 4) und vom Wesen her ist sie eine „Zentralverwaltungswirtschaft“ (BW, 7; BE, 2). In einigen Lehrplänen wird eine Gegenüberstellung von sozialer Markt- und sozialistischer Planwirtschaft angeregt. Tieferegehende analytische Herangehensweisen werden selten vorgeschlagen.

Als Beispiel für eine komplexere Sicht auf die DDR, bei der auch die Wirtschaft direkt genannt wird, können die Zielstellungen für das Fach Geschichte in der 9. Klasse des Gymnasiums in Baden-Württemberg dienen. Dort heißt es bei den Zielstellungen für die Lehrplaneinheit 5: „Wege im geteilten Deutschland und die Herstellung der Einheit“:

„Die Schülerinnen und Schüler verfolgen die innere Entwicklung der beiden deutschen Staaten und beurteilen die Handlungsspielräume des Einzelnen im jeweiligen politischen System. Sie machen sich die fortwährenden Herausforderungen der Bundesrepublik durch vielfältige Krisen bewusst und erkennen, dass die Reformfähigkeit der demokratischen Gesellschaft vom Konsens der beteiligten Gruppen abhängt. Sie lernen die Herausbildung der umfassenden Einparteiensherrschaft der SED in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft der DDR kennen und versuchen, das Verhalten der Menschen unter den Bedingungen der SED-Herrschaft nachzuvollziehen. Sie erkennen die Gründe für die friedliche Revolution in der DDR und den Zusammenbruch des SED-Regimes und lernen die Schritte bis zur Herstellung der deutschen Einheit kennen.“ (BW, 5) Im gleichen Lehrplanteil sind unter der Überschrift „Der SED-Staat“ die „Durchsetzung des sowjetischen Modells“ die Schwerpunkte „Sozialisierung der Wirtschaft und Zwangskollektivierung“ und „Herrschaft des Parteiapparates und Durchdringung der Gesellschaft durch die SED“ zur Behandlung im Unterricht vorgesehen (BW, 5).

Im Lehrplan Geschichte für die Klasse 10 der Realschule von Baden-Württemberg lautet die Lehrplaneinheit 1: „Die deutsche Teilung als Spiegelbild der ideologischen Gegensätze zwischen Ost und West“. Im Zusammenhang mit der Gründung der beiden deutschen Staaten wird auf „Unterschiede des politischen und wirtschaftlichen Systems“ hingewiesen (BW, 9).

Im bayerischen Lehrplan für das Gymnasium, Geschichte der Klasse 10, wird im Schwerpunkt G 10.2 „Blockbildung, deutsche Teilung und Kalter Krieg bis zum Ende der 60er-Jahre“ als Ziel formuliert: „Die Jugendlichen gewinnen einen Überblick über konkurrierende Staats- und Gesellschaftsformen nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie nehmen wahr, dass gegensätzliche Ordnungsvorstellungen der westlichen Alliierten und der Sowjetunion nach dem Sieg über den Nationalsozialismus die Ausprägung zweier Staaten in Deutschland bedingen.“ Bei der Differenzierung der Schwerpunkte sollen auch die „Entwicklungen im Zeichen von sozialer Marktwirtschaft bzw. Planwirtschaft“ im Unterricht besprochen werden (BY, 2).

Im Fachlehrplan Geschichte Realschule, Bayern, für die Jahrgangsstufe 10 heißt es im Schwerpunkt G 10.4 „Entwicklungen im geteilten Deutschland und im getrennten Europa“: „Die Schüler beobachten den politischen und sozialen Wandel, der in der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausklingen der Nachkriegszeit einhergeht. Die vom Regime der DDR vorgenommene gewaltsame Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, der erzwungene Ausbau sozialistischer Strukturen, der verstärkte Zugriff auf den Einzelnen sowie eine wirtschaftliche Scheinkonsolidierung und die zunehmende internationale Anerkennung verdeutlichen den Schülern die Bedingungen für die zeitweise Stabilisierung der DDR.“ (BY, 3)

Der Lehrplan Geschichte der Sekundarstufe I (Hauptschule) in Bayern, Jahrgangsstufe 9, formuliert eine komplexe Sichtweise auf die Wirtschaft der DDR: „Wirtschaftlicher Niedergang als Konsequenz des politischen und gesellschaftlichen Systems“ (BY, 5).

In Brandenburg ist im vorläufigen Rahmenplan Geschichte für die Sekundarstufe II, in den Jahrgangsstufen 12 und 13 (Qualifikationsphase) das Rahmenthema 3: „Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert: Herrschaftssystem und Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur“ vorgesehen. Es wird mit der Zielstellung eingeleitet: „Kurse dieses Rahmenthemas sollen Schülerinnen und Schülern Kenntnisse über längerfristige gesellschaftliche Prozesse, über Strukturen, politische Ordnungssysteme, Faktoren der Wirtschaftsentwicklung, kulturelle Produktionen und Orientierungen und deren Interdependenzen ermöglichen.“ (BB, 1)

Im Rahmenlehrplan Geschichte der Sekundarstufe I desselben Bundeslandes für die Jahrgangsstufen 7-10 lautet das Themenfeld 9/10: „Deutschland in der geteilten Welt – die beiden deutschen Staaten als Teil des Ost-West-Konflikts.“ Bei der Zielstellung des Themenfeldes wird formuliert: „Am Ende des Zweiten Weltkrieges können sich die Hauptsiegermächte trotz Interessengegensatzes in der deutschen Frage darauf einigen, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu behandeln, es zu entnazifizieren und zu entmilitarisieren und das politische Leben auf demokratischer Grundlage aufzubauen. Doch die Demokratievorstellungen des Westens und der Sowjetunion weichen voneinander ab. Gleiches gilt für die wirtschafts- und ordnungspolitischen Interessen. Letztendlich können auch im Alliierten Kontrollrat die Konflikte nicht mehr beigelegt werden, und so dominiert das Trennende in der Politik der Siegermächte. Mit ihrer Gründung stehen die beiden deutschen Staaten im Spannungsfeld des Kalten Krieges. Unterschiedliche Gesellschaftsmodelle auf deutschem Boden prägen das Leben im geteilten Deutschland. Das Alltagsleben wird vom Ost-West-Konflikt stark beeinflusst; Vorurteile und Feindbilder entwickeln sich. Die Nachkriegsgenerationen bilden eigene Wertvorstellungen und kulturelle Interessen. Der internationale Entspannungsprozess strahlt auf die deutsch-deutschen Beziehungen aus und ermöglicht eine Normalisierung. Die allgemeine Systemkrise in der DDR in den 80er Jahren offenbart sich als Wirtschafts- und Glaubwürdigkeitskrise. Die Bevölkerung äußert ihren Unwillen durch eine Massenflucht im Spätsommer 1989 (...)“ (BB, 3).

Im Lehrplanteil Geschichte für die Hauptschule in Hamburg, Klasse 9, heißt der Schwerpunkt 4: „Deutschland nach 1945 – von der Teilung zur Einheit.“ Eines der Unterrichtsziele ist es, „die unterschiedlichen Herrschaftssysteme und Wirtschaftssysteme im geteilten Deutschland miteinander zu vergleichen“. (HH, 7)

Im hessischen Lehrplan Geschichte für den Bildungsgang Hauptschule in der Klasse 10 wird das Leben in der DDR als Leben im Kommunismus apostrophiert (was nach Lesart der DDR-Ideologie erst die höchste Stufe der Gesellschaftsentwicklung sein sollte). Die wirtschaftlichen Aspekte werden hier auch im Zusammenhang mit der Einbeziehung in den RGW (Comecon) und in Verbindung zur Landwirtschaft erwähnt: „3. DDR – Leben im Kommunismus. Ausgewählte Aussagen marxistischer Ideologie (Anspruch und Wirklichkeit); von der SBZ zur DDR; Integration in Comecon und Warschauer Pakt; sozialistische Planwirtschaft und ihre Folgen; vom Aufstand am 17. Juni 1953 zum Bau der Mauer in Berlin; Kollektivierung der Landwirtschaft; Flucht („Abstimmung mit den Füßen“) (...)“ (HE, 2).

Die Fragen der Landwirtschaft in der DDR werden auch im Themenbereich 21 „Geschichte des geteilten Deutschland nach 1949“ im Fach Geschichte der gymnasialen Klasse 10 in Mecklenburg-Vorpommern erwähnt (MV, 2) Im selben Lehrplandokument wird unter dem Thema: „Soziale Marktwirtschaft und sozialistische Planwirtschaft“ die Kollektivierung der Landwirtschaft im Norden thematisiert. Als weiteres mögliches Ziel wird genannt „Die Entwicklung der Wirtschaftsstrukturen in der BRD und DDR gegenüberstellen und vergleichen“ (MV, 2).

Ein ähnliches Ziel wird für die 9. Klasse der Verbundenen Haupt- und Realschule in Mecklenburg-Vorpommern vorgesehen: „Die unterschiedlichen ökonomischen Systeme anhand der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland nach 1949 analysieren.“ (MV, 3)

Landwirtschaftliche Probleme als Teil der Wirtschaftspolitik der DDR sind in den Schuljahrgängen 9/10 des Gymnasiums in Sachsen-Anhalt vorgesehen. Die Landwirtschaft in der DDR wird unter folgenden Gesichtspunkten behandelt:

- „Die Gründung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG): Absichten, Methoden, Ergebnisse;

- Mentalitätswandel in der Bauernschaft: Verlust der Eigenständigkeit, das angestrebte Verständnis als Genossenschaftsproduzenten;
- Kooperative Abteilungen und industriemäßige Produktion ab den 70er Jahren: Steigerung der Produktion durch Chemisierung, Mechanisierung und Melioration, Umweltprobleme.“ (ST, 1)

Der Leistungskurs Geschichte in der Jahrgangsstufe 12 des sächsischen Gymnasiums eröffnet im Lernbereich 3: „Politische, wirtschaftliche und soziokulturelle Entwicklungslinien in der DDR“ gute Möglichkeiten zur Besprechung wirtschaftlicher Themen. Ziele und Inhalte betreffen hier die „Umstrukturierung von Staat und Gesellschaft beim ‚Aufbau des Sozialismus‘ (bis 1961), die Phasen der Entwicklung der DDR nach 1961 und das Ende des ‚real existierenden Sozialismus‘ in der DDR (1989/90)“. (SN, 1)

Die Möglichkeiten anderer Fächer als Geschichte, sich mit Fragen der Wirtschaft der DDR auseinander zu setzen, zeichnen sich in den untersuchten Lehrplänen nur sehr vage ab. So wird im Fach Geschichtlich-soziale Weltkunde der Realschule in Niedersachsen, Klassen 9-10, ein rückblickender „Vergleich DDR – Bundesrepublik Deutschland: Staatsaufbau, Grundrechte, Wirtschaftssysteme“ vorgenommen (NI, 4).

In den Fächern Wirtschaft/Politik der Haupt- bzw. Realschule in Schleswig-Holstein, Klassenstufen 8-10, beinhaltet der Lehrplan die Frage „Sozialistische Planwirtschaft in der Sowjetunion und in der DDR“ (SH, 5).

Im Fach Gemeinschaftskunde der gymnasialen Oberstufe in Rheinland-Pfalz werden in der Jahrgangsstufe 11 die Themen Gesellschaft und Wirtschaft erörtert. In den Erläuterungen zu den Themen heißt es, dass die „Teilthemen 3 bis 5 Fragen der Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, von Ökonomie und Ökologie behandeln. Ziel des Politikunterrichts muss es hier sein, die Schülerinnen und Schüler zu einer rationalen Auseinandersetzung mit wirtschaftspolitischen und ökologischen Sachverhalten und Problemen anzuregen.“ (...) „Im Mittelpunkt von Teilthema 4 steht die Analyse wirtschaftlich-politischer Ordnungsstrukturen und von Wirtschaftspolitik als Entscheidungshandeln. Zur Auseinandersetzung mit konjunktur- und strukturpolitischen Fragen sind elementare nationalökonomische Sachkenntnisse im Überblick erforderlich. Wegen ihrer Komplexität ist eine Vertiefung nur an einem der Themenaspekte Konjunkturpolitik bzw. Strukturpolitik vorgesehen. Wird Strukturpolitik am Beispiel der neuen Bundesländer thematisiert, kann ein (Rück-)Blick auf das Wirtschaftssystem der DDR, einschließlich seiner ideologischen Bedingtheit, geworfen werden.“ (RP, 1)

Gute Chancen für die Behandlung wirtschaftlicher Fragen ergeben sich im sächsischen Lehrplan Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft für die Klasse 9, 10 und 12 des Gymnasiums. Für die 9. Klasse gibt es im Thema: „Jugend und Politik im Freistaat Sachsen“ den „Lernbereich 3. Die Wiedervereinigung Deutschlands“. Als Zielstellung wird formuliert: „Unter Anknüpfung an den ersten Teil der zweiten Unterrichtseinheit erlernt der Schüler die Merkmale eines totalitären bzw. autoritären Staates am Beispiel der DDR und vergleicht deren Strukturen mit dem Dritten Reich. Der Schüler erkennt die Gründe für das Scheitern des real existierenden Sozialismus und die Schwierigkeiten, die sich aus dem Erbe der DDR ergeben.“ Einer der zu behandelnden Schwerpunkte ist die „Planung der Volkswirtschaft“.

In der Klasse 10 beinhaltet der Lehrplan das Thema: „Wirtschaft, Recht und internationale Politik“. Im Lernbereich 1: „Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland“ ist einer der Schwerpunkte die Zentralverwaltungswirtschaft am Beispiel der DDR. Dabei werden diskutiert: Die Vor- und Nachteile, Beispiele aus verschiedenen Bereichen des Wirtschaftslebens, theoretische Begründung, das Parteiprogramm der SED.

Im Grundkurs 12/I gibt es mit dem Thema: „Wirtschaft: Wirtschaftsordnung, Wirtschafts- und Strukturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland“ eine weitere differenzierte Möglichkeit des Eindringens in diese Fragestellungen. „Nach einer Diskussion verschiedener Ordnungsprinzipien von Volkswirtschaften einschließlich der theoretischen Begründungen lernt der Schüler die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft verstehen und kann ihre Funktionsweise erklären. Die Problematik von Markt- und Planwirtschaft wird vor dem Hintergrund der Wiedervereinigung Deutschlands verdeutlicht.“

Dabei werden folgende Schwerpunkte gesetzt:

- Gegenüberstellung von Zentralverwaltungswirtschaft und Marktwirtschaft;

- Planwirtschaft (Recht auf Arbeit, Motivation, sozialistischer Wettbewerb und Subventionen; Planerfüllung: Lenkung und Wertbestimmung, „weiche Pläne“, Volkseigentum an Produktionsmitteln);
- Autarkie und Arbeitsteilung im Rahmen des RGW, Ursachen und Wirkungen;
- Die Wiedervereinigung als wichtigste wirtschafts- und strukturpolitische Aufgabe der Nachkriegszeit (SN, 3).

Sozialpolitik

Die Sozialpolitik in der DDR wird nur in sehr wenigen Fällen von den Lehrplänen aufgegriffen und zur Behandlung im Unterricht vorgesehen. Dabei wird auch die gängige These von der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ genannt, ohne jedoch auf den tieferen (propagandistischen und auch demagogischen) Kern dieser Formel einzugehen. Interessanterweise wird die Sozialpolitik zumeist der „Ära Honecker“ zugeschrieben, obwohl dieser Anspruch von Sozialpolitik der gesamten SED-Politik zugrunde lag.

Im gymnasialen Lehrplan Geschichte für Baden-Württemberg, Klasse 13, werden im Thema: „Deutschland nach 1945 im nationalen, europäischen und internationalen Kontext“ in der Lehrplaneinheit 13.2: „Die politische und gesellschaftliche Entwicklung im geteilten und vereinten Deutschland“ die Schülerinnen und Schüler angehalten, „die innere Entwicklung der beiden deutschen Staaten vor dem Hintergrund des Kalten Krieges“ zu verfolgen. „Sie vergleichen und beurteilen die aus den unterschiedlichen politischen Systemen resultierenden Formen des gesellschaftlichen Lebens. Sie erkennen und diskutieren die Interdependenz von innenpolitischer Entwicklung und außenpolitischer Orientierung.“ Bei der Behandlung der DDR sind die Zeit Ulbrichts und die Ära Honecker vorgesehen. In letzterer wird die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ als Schwerpunkt genannt (BW, 4).

Der Lehrplan Geschichte für das Gymnasium in Thüringen nennt in der 10. Klasse unter dem Thema „Die deutsche Frage 1949 bis 1990 und ihre Lösung“ im Schwerpunkt „DDR vom Mauerbau bis zur Wiedervereinigung“ die Sozialpolitik lediglich als eine von mehreren zu behandelnden Fragen (TH, 1).

Mehr Möglichkeiten zur Beschäftigung mit der Sozialpolitik der DDR zeichnen sich im Lehrplan Grundkurs Politik des saarländischen Gymnasiums, Klasse 12, ab. Bei der Auseinandersetzung mit dem „real existierenden Sozialismus“ in einem ehemaligen sozialistischen Staat wird die Sozialpolitik in weitere gesellschaftspolitische Zusammenhänge eingeordnet: „Vorrang sozialistischer Eigentumsformen, Verfügung über Produktionsmittel durch Partei und Staat, geringe Wirtschaftsproduktivität durch bürokratische Zentralverwaltungswirtschaft, Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, Anspruch auf Wissenschaftlichkeit der Ideologie, Kritiker als Verbündete des „Klassenfeindes“ (SL, 9).

Im bayerischen Lehrplan für die Hauptschule wird in Geschichte der Klasse 9 das Thema „Leben im geteilten Deutschland“ erörtert. Unter dem Schwerpunkt „gesellschaftliche Zustände und Mentalität“ wird ein West-Ost-Vergleich angestellt, der auch den sozialen Bereich einschließt:

„Im Westen: Tendenz zur Individualisierung, Konsum- und Erfolgsorientierung in der Markt- und Wohlstandsgesellschaft, sozialstaatliche Netze, neue soziale Bewegungen (z.B. Frauenbewegung), Stabilität des politischen Systems.

Im Osten: geringe Spielräume für Eigeninitiative, soziale Sicherheit auf Kosten politischer Freiheit, wirtschaftlicher Niedergang als Konsequenz des politischen und gesellschaftlichen Systems“ (BY, 5).

Mit dem insgesamt geringen Aufgreifen der Sozialpolitik in den Lehrplänen wird eine Chance vergeben, dem politischen Mechanismus der SED-Diktatur in einem Teilbereich nachzuspüren und ihn zu entlarven. Gerade die soziale Problematik wäre geeignet, die Widersprüchlichkeit von Anspruch und Realität in der SED-Politik aufzuzeigen. Eine solche Möglichkeit böte sich neben dem Geschichtsunterricht vor allem in den Fächern Sozialkunde oder Gemeinschaftskunde.

Der Bereich Familie, Frauen und Jugend

Dieser Bereich im Politikfeld Gesellschaft wird in den analysierten Lehrplänen zumeist in einem gemeinsamen Kontext behandelt, obwohl jede Einzelfrage Anlass für eine vertiefte Diskussion geben könnte. Die Rolle der Jugend im SED-Staat böte ausreichend interessante Ansatzpunkte für die heutige Jugend, ihre Kenntnisse über die DDR auszubauen. Die Jugendpolitik der SED als Teil der Gesellschaftspolitik wurde zum Großteil über die Jugendorganisationen (Junge Pioniere, Freie Deutsche Ju-

gend) vermittelt. Im Vordergrund stand stets das politische Ziel, die Jugend in das Herrschaftssystem der SED zu integrieren.

Die Bezeichnung FDJ kommt nur ein einziges Mal vor (RP, 2), der Begriff „Jugendbewegung“ wird in keinem Lehrplan verwandt. Zur Rolle der Frauen und ihrer Stellung in der Gesellschaft gibt es nur marginale Hinweise. Die Lasten der Nachkriegszeit betrafen vor allem auch die Frauen. So werden die „Trümmerfrauen“ zumindest erwähnt (BW, 7). Im Fach Geschichtlich-soziale Weltkunde der Realschule in Niedersachsen, Klassenstufe 9/10, wird auf die „Situation der Frauen (Krippen, Horte, Haushaltstag)“ hingewiesen und in Verbindung mit dem Einigungsprozess die Frage gestellt: „Frauen – Verliererinnen der deutschen Einheit?“ (NI, 4)

Das Thema „Jugend“ wird zumeist in Verbindung mit dem Begriff der Jugendkultur behandelt. Nur in einigen Lehrplänen werden weiterführende Ansätze aufgezeigt.

Im bayerischen Lehrplan Geschichte/Sozialkunde/Erdkunde für die Hauptschule ist in Geschichte der Klasse 9 das Thema „Leben im geteilten Deutschland“ vorgesehen. In der Zielstellung heißt es: „Auf der Grundlage eines Überblicks über die Entwicklung in den beiden deutschen Staaten, der auch auf die internationalen Zusammenhänge Bezug nimmt, beschäftigen sich die Schüler eingehend mit der Lebenswirklichkeit im geteilten Deutschland: mit der sich in Ost und West unterschiedlich ausformenden Jugendkultur, mit den Differenzierungen im gesellschaftlichen und mentalen Gefüge, aber auch mit den verbindenden Elementen, die zwischen Ost und West erhalten bleiben oder sich neu entwickeln.“ Unter dem darauf folgenden Stichwort „Jugendkultur“ wird ein Vergleich zwischen West und Ost angeregt:

„Im Westen: Jugendleben in der offenen Gesellschaft, Freiheit und Selbstverantwortung, Opposition und Protest.

Im Osten: Jugendleben in der geschlossenen Gesellschaft, Uniformierung der Freizeit, sozialistische Festkultur, Jugendweihe.“ (BY, 5)

Für die bayerische gymnasiale Stufe, Klasse 10, gibt es den Hinweis bei „jahrgangsstufenbezogenen exemplarischen Vertiefungen“ im Rahmen von „Erlebnis Geschichte“, eine „Ausstellung zum Wandel der Jugendkultur zwischen den 1950er- und 1990er-Jahren“ zu besuchen (BY, 2).

In der Brandenburger Sekundarstufe I, Rahmenlehrplan Geschichte, ist in den Jahrgangsstufen 9 und 10 das Themenfeld 9/10: „Deutschland in der geteilten Welt – die beiden deutschen Staaten als Teil des Ost-West-Konflikts“ vorgesehen. Dabei werden u.a. „ausgewählte Aspekte des Lebens im geteilten Deutschland“ behandelt, zu denen auch die Fragen von „zweierlei Jugendkultur“ gehören (BB, 3).

Etwas differenziertere Vorschläge werden im Bildungsplan Geschichte für die Realschule, Klasse 10, gemacht.

Innerhalb der Lehrplaneinheit 1: „Die deutsche Teilung als Spiegelbild der ideologischen Gegensätze zwischen Ost und West“ wird das „Leben der Menschen in beiden deutschen Staaten“ thematisiert. Zu den Schwerpunkten gehören: „Erziehung der Jugend, Rolle der Menschenrechte, Unterschiedliche Lebensbedingungen, Jugendbücher“. (BW, 9)

In der Hamburger gymnasialen Jahrgangsstufe 9/10 wird im Rahmenplan Geschichte das Thema 9/10-5 „Ost-West-Konflikt und deutsche Frage seit 1945“ behandelt. Im ersten Schwerpunkt „Gesellschaftliche Entwicklung und Wertewandel in Deutschland“ wird auf die unterschiedlichen Entwicklungen bereits kurz nach 1945 eingegangen: „Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen, Charta der Heimatvertriebenen, Jugendliche Lebenswelten nach 1945 in West und Ost“(HH, 3).

Der hessische Lehrplan Geschichte für die Hauptschule sieht in der 10. Klasse unter dem Thema 10.2 „Deutschland nach 1945 – von der Teilung zur Einheit“ und dem Schwerpunkt „3. DDR – Leben im Kommunismus“ auch die Diskussion zu „Alltag, Kindheit und Jugend in der DDR“ vor (HE, 2).

Eine sehr dezidierte Herangehensweise ist im Lehrplan des Lernbereichs Gesellschaftswissenschaften in Rheinland-Pfalz für die Klasse 8 der Hauptschule enthalten. Im 6. Thema: „Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland“ gehört zu den empfohlenen Teilzielen:

„Einblick in Förderung und Beanspruchung der Kinder und Jugendlichen in der DDR durch den Staat, Einblick in die eindeutig aggressive Grundhaltung, zu der Jugendliche in der DDR gegenüber der Bundesrepublik erzogen wurden“. Als methodische Anregungen werden gegeben: „Fallbeispiel aus

Freizeit, Schule und Berufsfindung: Auswertung von Kinderbüchern und Schulbüchern aus der DDR in Kooperation mit dem Fach Deutsch“. Auch mit den zusätzlichen Hinweisen für den Unterricht: „10 Gebote sozialistischer Moral, Jugendspartakiaden, FDJ/Junge Pioniere, Jugendgesetz der DDR, Jugendweihe, Feindbild Klassenkampf, Kollektive Menschenrechte“ lässt sich eine vertiefende Behandlung der Jugendfragen einleiten (RP, 2).

Im Fach Sozialkunde für den Schuljahrgang 9/10 des Hauptschul- und Realschulbildungsganges in Sachsen-Anhalt heißt es im nicht verbindlichen Thema: „Politisches System und Gesellschaft der ehemaligen DDR“ bei den zu vermittelnden Inhalten: „Das Leben der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere der Jugendlichen, im politischen System der DDR“. (ST, 4)

Neben der geringen Präsenz von Jugend-, Frauen- und Familienthemen in den Lehrplänen fällt insbesondere auf, dass diese Fragen im Sekundarbereich I aufgegriffen werden, in den Lehrplänen der gymnasialen Oberstufen aber gänzlich ausgespart sind. Ein Beitrag der Fächer Sozial- bzw. Gemeinschaftskunde zu diesen Themen erscheint ebenfalls offen.

Alltagsleben

Die Fragen des Alltagslebens der Bürger in der ehemaligen DDR werden an nur wenigen Stellen genannt und in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext behandelt. Gerade die vielfältigen Aspekte des Alltagslebens der Bürger im zweiten deutschen Staat könnten das Verständnis für das tagtägliche Wesen der SED-Diktatur und schließlich für die revolutionären Ereignisse im Herbst 1989 vertiefen helfen. Gemessen an der Gesamtzahl der analysierten Lehrpläne werden die Fragen des Alltags in nur wenigen Plänen aufgegriffen und zur Behandlung im Unterricht vorgesehen.

Wie bereits oben erwähnt, wird im Fach Sozialkunde für den Schuljahrgang 9/10 des Hauptschul- und Realschulbildungsganges in Sachsen-Anhalt im nicht verbindlichen Thema: „Politisches System und Gesellschaft der ehemaligen DDR“ bei den zu vermittelnden Inhalten auf „das Leben der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere der Jugendlichen, im politischen System der DDR“ hingewiesen (ST, 4).

Im Bildungsplan für das Fach Geschichte der Realschule in Baden-Württemberg, Klasse 10, wird in der Lehrpläneinheit 1: „Die deutsche Teilung als Spiegelbild der ideologischen Gegensätze zwischen Ost und West“ bei den Zielstellungen formuliert: „Die Teilung Deutschlands war repräsentativ für den Ost-West-Konflikt, der die Weltpolitik vierzig Jahre lang bestimmte und dessen Folgen noch andauern. Ideologische Gegensätze und Machtpolitik führten zur Blockbildung und prägten das Leben der Menschen in beiden deutschen Staaten. In der Auseinandersetzung mit den weltpolitischen Auswirkungen der Blockbildung und der Geschichte der deutschen Teilung wächst bei den Schülerinnen und Schülern das Verständnis dafür, wie geschichtliche Entwicklungen das Leben und Denken der Menschen formen.“ Besprochen werden soll „das Leben der Menschen in beiden deutschen Staaten“, wobei auch „unterschiedliche Lebensbedingungen“ erfasst werden (BW, 9).

Der hessische Lehrplan Geschichte für die Hauptschule beschäftigt sich für die Klasse 10 im Thema „10.2 Deutschland nach 1945 – von der Teilung zur Einheit“ mit dem Unterrichtsinhalt „3. DDR – Leben im Kommunismus“ auch mit dem Alltag, wobei diese Fragen in einem sehr weiten Themenfeld enthalten und nicht ausdifferenziert sind (HE, 2).

In einigen Lehrplandokumenten wird die Ungleichheit der Lebensverhältnisse in den beiden Teilen Deutschlands thematisiert, wobei die Zeit vor 1989 und die Gegenwart einbezogen werden. Über diesen Vergleich kann ein Schlaglicht auf die Lebensverhältnisse und den Alltag in der ehemaligen DDR geworfen werden. Das erfolgt zum Beispiel in den Rahmenrichtlinien Geschichtlich-soziale Weltkunde für Niedersachsen, die für den Geschichtsunterricht der Realschule im Schuljahrgang 9/10 in den Themen „Geteiltes Deutschland – geteilte Welt“ und „von der Teilung zur Einheit“ die Schlüsselprobleme „Herrschaft und politische Ordnung, Ungleichheit der Lebensverhältnisse, Verhältnis der Geschlechter und Generationen, Frieden und Gewalt“ aufwerfen. Bei den Intentionen für den Unterricht wird formuliert: „Die Schülerinnen und Schüler erleben die unterschiedlichen Lebensverhältnisse in Deutschland, insbesondere zwischen dem Osten und dem Westen. Sie erarbeiten die wesentlichen systembedingten Strukturunterschiede und die Auswirkungen der großen Politik auf den Alltag der Menschen. Sie erkennen den Anteil der Bürgerbewegungen der DDR an der Einheit Deutschlands. Die Schülerinnen und Schüler reflektieren die den inneren Einigungsprozess behindernden politi-

schen, wirtschaftlichen und psychologischen Ursachen und entwickeln Perspektiven, die notwendige Veränderungen in beiden Teilen Deutschlands in den Blick nehmen.“

Bei den möglichen Inhalten des Unterrichts werden u. a. folgende Stichworte genannt: Situation der Frauen (Krippen, Horte, Haushaltstag); Soziales Sicherungssystem; Beschäftigungsverhältnisse; Löhne, Preise, Mieten; Lebensstandard und Konsummöglichkeiten; Zustand der Städte; Wirtschaftlich-technologische Entwicklung; Freiheiten und Beschränkungen; Wir hier und „die“ da drüben; Immer noch „Wessis“ und „Ossis“?; ist DDR-Nostalgie „in“? (NI, 4)

Kirche im Sozialismus

Eine Einordnung der Rolle der Kirchen in der DDR und damit im sozialistischen System erfordert eine gründliche Betrachtung der Rahmenbedingungen und der sich im Laufe der Nachkriegsjahre modifizierenden Haltung der SED-Führung zur Kirche. Eine Behandlung im Unterricht ist deshalb nicht einfach und nicht mit einem Vergleich zwischen Ost und West zu bewältigen.

Die in den Lehrplänen aufgefundenen Nennungen und Kontexte beziehen sich auf das Thema Kirche in der DDR sowie Rolle der Kirchen in totalitären Systemen, wie z.B. „Kirche und Christen zwischen Anpassung und Widerstand in totalitären Systemen“ (BW, 13). Zur Rolle der Kirchen bei der Formierung der Opposition in der DDR geben die untersuchten Lehrpläne leider kaum Hinweise. Im Lehrplan für den Lernbereich Gesellschaftswissenschaften für Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Regionale Schule der Klassen 7-9/10 in Rheinland-Pfalz wird formuliert: „Einblick in Formen oppositionellen Verhaltens der DDR-Bürger und DDR-Bürgerinnen auch in den Jahren 1989/90“ mit dem zusätzlichen Hinweis für den Unterricht: „Die Rolle der Kirchen“ (RP, 2).

Das Mitwirken bei der „friedlichen Revolution“ wird jedoch im Lehrplan Geschichtlich-soziale Weltkunde der Realschule in Niedersachsen (Kl. 7-10) erwähnt: „Montagsdemonstrationen und Runde Tische, Ökologiebewegung, Kirchenbewegung usw.“ (NI, 4). Das Erfordernis der Thematisierung durch das Fach Religionslehre liegt auf der Hand, jedoch scheinen die Möglichkeiten nicht ausgeschöpft zu sein.

Für die Evangelische Religionslehre in Baden-Württemberg ist im Bildungsplan für die Kursstufe des Gymnasiums in der Lehrplaneinheit 2 als Wahlmodul vorgesehen: „Kirche in der DDR“. Das gleiche Thema wird als Brennpunkt der Kirchengeschichte zur Behandlung vorgesehen (BW, 11).

Im Bildungsplan Evangelische Religionslehre für die Realschule (Klasse 10) des selben Bundeslandes wird unter dem Thema „Kirche und Christen zwischen Anpassung und Widerstand in totalitären Systemen“ die Situation in der DDR besprochen. Der betreffende Schwerpunkt lautet: „Kirche im Sozialismus“: Erfahrungen in der DDR (BW, 13).

Der Katholische Religionsunterricht widmet sich ebenfalls der Rolle der Kirchen in der DDR. In den Rahmenrichtlinien für die Realschule in Niedersachsen werden fakultative Themenfelder für die Schuljahrgänge 9/10 ausgewiesen. Unter dem Thema „Zwischen Anpassung und Widerstand – Kirche in der Welt“ wird auch die Frage „Christsein in der ehemaligen DDR“ in die Unterrichtsgestaltung aufgenommen (NI, 12).

Im Thüringer Lehrplan für die Regelschule wird in der Katholischen Religionslehre im Themenkomplex „Kirche im 19. und 20. Jahrhundert“ das Thema: „Gesellschaftliche Entwicklungen im 19./20. Jahrhundert als Herausforderung an die Kirche“ behandelt. Zu den vorgeschlagenen Inhalten gehören: „Die soziale Frage; Kirche und soziale Frage; Kirche in den Diktaturen: Kirche und Nationalsozialismus; Kirche und Kommunismus.“ Bei den methodisch-didaktischen Bemerkungen wird Bezug genommen auf die „Kirche in der DDR (Haltung zur Jugendweihe; Wehrkunde, jeweils regionale Bezüge)“ (TH, 5).

In den übrigen Fächern, wie Geschichte, Sozialkunde, Gemeinschaftskunde und andere wird der Rolle der Kirchen wenig Aufmerksamkeit geschenkt. So formuliert der Lehrplan für den Lernbereich Gesellschaftswissenschaften in Rheinland-Pfalz für die Klassen 7-9/10 der Hauptschule, Realschule, des Gymnasiums und der Regionalen Schule im Zusammenhang mit der Leitfrage „Wie bewirkten die Menschen die Vereinigung der beiden deutschen Staaten?“ ein Teilziel, das einen „Einblick in Formen oppositionellen Verhaltens der DDR-Bürger und DDR-Bürgerinnen auch in den Jahren 1989/90“ geben soll. Nur als zusätzlicher Hinweis für den Unterricht wird die Rolle der Kirchen erwähnt.

Im Brandenburger vorläufigen Rahmenplan des Lernbereichs Gesellschaftslehre/Politische Bildung werden in der Sekundarstufe I (Klasse 10) „Anspruch und Wirklichkeit des DDR-Systems“ thematisiert. Bei Inhalten und Problemen wird die Rolle der Kirchen nur in folgendem größeren Problemaufriss erwähnt: „Die Strukturen in der ehemaligen DDR, Nationale Front, Blockparteien, Einheit von Partei- und Staatsführung, die Stasi als Staat im Staate, Wahlen in der DDR, das Verhältnis von Staat und Kirche, Widerstand gegen die SED-Herrschaft, politische Hoffnungen und Illusionen der DDR-Bürgerinnen und -Bürger, Obrigkeitsstaatliches Denken und Untertanenmentalität, Probleme des Übergangs in ein anderes System.“ (BB, 7)

Die Rolle der Kirchen in der DDR, ihre Wechselwirkung mit dem autoritären System und der SED-Diktatur und die vielfältigen Fragen der Einflussnahme auf das politische Geschehen der friedlichen Revolution in der DDR sind nach Einsicht in die vorliegenden Lehrpläne nicht angemessen eingebracht. Vor allem die breite Palette der gesellschaftsbezogenen Fächer nutzt das mögliche Potential zur Unterrichtsgestaltung nicht, um der Rolle der Kirchen gerecht zu werden.

Die Gesellschaftsgeschichte der DDR (Alltagsgeschichte, wirtschaftliche Entwicklung, Sozialpolitik, Rolle der Frauen, Jugendbewegung, Kirche im Sozialismus) wird in bestimmten Bereichen thematisiert aber nur partiell in den Lehrplänen abgebildet. Am wenigsten Aufmerksamkeit erfährt eine Kritik des gesellschaftlichen Modells des Sozialismus in seiner Entwicklung sowie mit seinen theoretisch-ideologischen Quellen. Einzelne Bereiche der Gesellschaft, wie die Wirtschaft und die Sozialpolitik werden in bestimmten Lehrplänen, vor allem der Sozialkunde, behandelt. Andere ausgewählte Bereiche, wie Familie, Frauen und Jugend sind nicht eigenständig ausgewiesen, so dass vor allem der zweifellos die Schülerinnen und Schüler ansprechende Themenkreis Jugend nicht seiner Bedeutung nach ausgeführt wird.

Die Behandlung der Kirche im Sozialismus wird in wenigen Fällen von der Religionslehre aufgegriffen, kommt aber bei der thematischen Fülle dieser Unterrichtsgebiete zu kurz. Damit wird auch ein Ansatzpunkt nicht genutzt, der das Zusammenwirken von Opposition und Kirche im Sozialismus der DDR deutlicher machen könnte.

3.4 Widerstand und Opposition in der DDR

Die Geschichte von Widerstand, Opposition, Dissidenz und nonkonformen Verhalten in der SBZ/DDR zwischen 1945 und 1989 empfiehlt sich als ein zentrales Thema für die Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR und der deutschen Teilung im Schulunterricht. Anhand dieses Themenfeldes kann der Antagonismus von Diktatur und Demokratie verdeutlicht werden, der das XX. Jahrhundert wesentlich bestimmt hatte.

Die zeitgeschichtliche Forschung hat seit 1989/90 bereits beachtliche Ergebnisse vorgelegt. Für eine Behandlung im schulischen Unterricht böten sich vielfältige Ansatzpunkte, darüber zu diskutieren, inwieweit kritische Verhaltensmuster und Aktivitäten in der DDR unter die Begriffe Opposition und Widerstand fallen, welche Formen und Strukturen der Opposition es in verschiedenen Zeitabschnitten gab, wie die Volksaufstände von 1953 und 1989 zu bewerten sind und vieles mehr.

Die Lehrpläne geben ein sehr unterschiedliches Bild von der Behandlung dieses Themas. Eine Gruppe von Lehrplänen wendet sich der Frage von Widerstand und Opposition in relativ allgemeiner Weise zu. Beispielsweise wird im hessischen Lehrplan Geschichte für die Hauptschule, Klassenstufen 9/10, im Thema 9.4 „Europa im Aufbruch – Auseinandersetzungen um die Befreiung des Menschen“ bei fakultativen Unterrichtsinhalten/Aufgaben die Frage nach „Protestbewegungen in Deutschland – was erreichen sie?“ gestellt. Für die Bundesrepublik werden dabei die Friedens- und Umweltbewegungen erwähnt; für die DDR der Leitspruch „Schwerter zu Pflugscharen“ sowie der Hinweis auf die „Kristallisation einer Opposition im Schatten der Macht“ (HE, 2). Im Lehrplan Geschichte für die Realschule wird in der 10. Klasse unter dem Thema „Protestbewegungen in Deutschland – wen und was erreichen sie?“ der gleiche Ansatz für die Beschäftigung mit der Opposition in der DDR gewählt (HE, 3).

Der Lehrplan Geschichte für die Realschule in Bayern sieht in der Jahrgangsstufe 10 beim Thema G 10.2 „Der Ost-West-Gegensatz und die deutsche Teilung“ bei der Frage der „Zuordnung der beiden deutschen Staaten zu den Blöcken“ die Thematisierung der „Rolle der Opposition in West und Ost“ vor und bezieht sich auch auf den Aufstand vom 17. Juni 1953 (BY, 3).

Im Rahmenplan Geschichte für das Gymnasium und die Integrierte Gesamtschule in Mecklenburg-Vorpommern wird in der Klassenstufe 10 im Thema 22. „Entspannung und Krisen 1969 bis 1989“ der fachübergreifende und fächerverbindende Projektvorschlag „Spurensuche: Opposition und Verweige-

rung in der DDR“ gemacht. Damit wird für die Behandlung von Fragen der Opposition in der DDR viel Raum gegeben (MV, 2). Im gleichen Lehrplan wird im Themenbereich 21: „Das geteilte Deutschland – Die Entwicklung nach 1949“ als obligatorisch das Thema „Herrschaftssicherung und Umgang mit der Opposition in der DDR“ aufgeführt, wobei eine Absprache mit Sozialkunde empfohlen wird. Inhaltlich wird vor allem auf den 17. Juni 1953 hingewiesen (MV, 2).

Der Lehrplan Geschichte/Politik aus Hamburg für die Haupt- und Realschule, Klassenstufe 9, widmet sich beim Thema „Deutschland nach 1945 – von der Teilung zur Einheit“ nur ganz am Rande der Opposition. Mit den Hinweisen „Verfolgung der Opposition in der DDR“ und „Widerstand in der DDR und Fluchtbewegung 1989“ wird kein Beitrag zur Darstellung der Rolle der Opposition und des Widerstandes beim Sturz der SED-Diktatur geleistet. Dieser Umstand ist sicherlich auch dem Jahr der Inkraftsetzung dieses Lehrplanes, nämlich 1990, geschuldet (HH, 5; HH, 7).

Dem Problemkreis Opposition in der DDR wenden sich auch die Lehrpläne anderer Fächer zu. Im Lehrplan für die Hauptschule im Fach Gesellschaftslehre, Geschichte/Politik für Nordrhein-Westfalen (Klasse 9) wird im Thema 3.1.2: "Demokratischer Zentralismus – eine demokratische Alternative? – Das Regierungssystem der Deutschen Demokratischen Republik: Anspruch und Wirklichkeit" mit der inhaltlichen Orientierung auf „historisch bedeutsame politische Konflikte, z.B.: Mauerbau, innerstaatliche Opposition“ auf diesen Problemkreis hingewiesen. Weil aber der Lehrplan einen Stand der Inkraftsetzung von 1991 hat, beinhaltet er noch nicht einmal eine Berücksichtigung der friedlichen Revolution in der DDR und des Einigungsprozesses (NW, 5).

Ein Lehrplan, der im Fach Sozialkunde die Beschäftigung mit der Opposition in der DDR vorsieht, ist der Lehrplan Sozialkunde für das Gymnasium in Thüringen. In der Klasse 12 wird das Thema 12/1: „Politische Systeme und politische Partizipation“ behandelt. Als Problembereich wird genannt: „Das politische System der DDR“. Inhalte des Unterrichts sind: „Das Alltagsleben in der DDR an Beispielen; die Politik in der DDR: Rolle der SED und der Blockparteien, Mechanismen der Herrschaftssicherung, Menschenrechtsproblematik, oppositionelle Gruppen; Wirtschafts- und Sozialsystem, ökologische Situation der DDR; Ursachen der ökonomischen Krise sowie die ‚Wende‘ und der Zusammenbruch der DDR“ (TH, 3). Dieser Lehrplan ist ein Beispiel für die Einordnung der Frage der Opposition in der DDR in weitere notwendige gesellschaftliche Zusammenhänge, aus denen heraus erst das Wirken der Opposition für Schülerinnen und Schüler verständlicher werden kann.

Einen besonderen Stellenwert beim Thema Opposition in der DDR haben die Ereignisse um den Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Anlässlich des 50jährigen Gedenkens an diesen Tag im Jahr 2003 wurde eine Reihe neuer Forschungsergebnisse vorgelegt, die den Volksaufstand 1953 gründlicher bewerten und differenzierter einschätzen. Wegen der gewachsenen Bedeutung des Volksaufstandes wird der Platz des 17. Juni 1953 in den Lehrplänen näher beleuchtet.

Die Behandlung des 17. Juni 1953 wird in der Mehrheit der Lehrpläne des Faches Geschichte in der Sekundarstufe I (Klassen 9/10) und Sekundarstufe II (vor allem Klassenstufen 12 und 13) durch entsprechende Hinweise angeregt. In den Lehrplänen der Fächer Sozialkunde, Gemeinschaftskunde, Politik, Religion, Deutsch und Erdkunde, die das Thema DDR in verschiedener Weise aufgreifen, findet der 17. Juni 1953 jedoch überhaupt keine Erwähnung.

Eine Analyse dieser Geschichtslehrpläne unter dem Gesichtspunkt der Behandlung des 17. Juni 1953 zeigt nachfolgende Ergebnisse:

1. In den Bundesländern Bremen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Schleswig-Holstein wird in den Geschichtslehrplänen der 17. Juni 1953 überhaupt nicht angeführt. In den Lehrplänen der übrigen Bundesländer kommt dieses Datum 30 Mal vor, wobei die meisten Nennungen in den Lehrplänen von Baden-Württemberg zu finden sind. Die Erwähnung des 17. Juni erfolgt vor allem in den Lehrplanteilen der Klassenstufen 9 und 10 der Gymnasien, Haupt- und Realschulen und der Klassen 12/13 der Gymnasien (Grund- und Leistungskurse Geschichte).
2. Terminologisch gesehen wird zumeist nur vom „17. Juni 1953“ gesprochen, verwendet werden auch die Begriffe „Aufstand des 17. Juni“, „Arbeiteraufstand“ und „Volksaufstand“. Im Lehrplan Geschichte der Erweiterten Realschule des Saarlandes von 2001 wird ohne weitere Angaben ein „Berliner Aufstand“ erwähnt (SL, 5).
3. Die Einführungsjahre der betreffenden Geschichtslehrpläne liegen in der Zeit ab 1994. Die aktuellsten Lehrpläne, die auch den 17. Juni berücksichtigen, stammen aus den Jahren 1999 (Thüringen, Rheinland-Pfalz), 2000 (Sachsen-Anhalt) und 2002 (Hessen). In den überarbeiteten und neu gefassten Lehrplänen Geschichte für Brandenburg (2003) wird der 17. Juni als Datum nicht mehr erwähnt, obwohl im Lehrplan der Sekundarstufe I von 1991 in der Unterrichtseinheit 10 „Der Ost-West-Konflikt – Krisen in Europa“ das Thema „17. Juni 1953; Arbeiteraufstand oder Westprovokation?“ als erstrangig aufgeführt war (BB, 4).

4. Die Einordnung des 17. Juni in den Lehrstoff geht in der Regel nicht über die Nennung des Datums als Eckpunkt in dem zu behandelnden Zeitabschnitt hinaus. In einigen Lehrplänen jedoch werden weiterführende Anregungen gegeben, wie z.B.: „Am Beispiel des 17. Juni 1953 und des Wirkens des Staatssicherheitsdienstes Repressionsformen verdeutlichen“ (MV, 2); „Die Rolle des 17. Juni 1953 in der DDR-Geschichte bewerten“ (MV, 3); als methodische Anregung „Analyse von Reden und Gedenksendungen zum 17. Juni 1953 (NI, 6); „17. Juni 1953 – ein Fallbeispiel. Vorgeschichte, Ereignisse und Auswirkungen, Vergleich mit den Ereignissen von 1989 (ST, 1); „Das Offenhalten ihrer deutschlandpolitischen Option durch die Sowjetunion bis 1954/55 bei zunehmender Sowjetisierung der DDR, der 17. Juni 1953“ (ST, 1) und im Leistungskurs „Die Darstellung des 17. Juni 1953 in der Geschichtsschreibung von DDR und BRD“ (ST, 1).

In der Mehrzahl der Lehrpläne, in denen der 17. Juni 1953 aufgegriffen wird, ist die Behandlung nur sehr punktuell und wird zumeist in einer Reihe mit anderen Daten und Stichworten zu diesem Zeitabschnitt genannt (betreffende Lehrplanbeispiele sind im Anhang I aufgeführt). Durch die Knappheit der Formulierung in den Lehrplänen wird die Chance vergeben, eine thematische Einordnung in die Besprechung der Widersprüche der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR, der Charakterisierung des Herrschaftssystems der SED und des Entstehens von oppositionellen Kräften vornehmen zu können. Eine mögliche Linienführung zum Aufbegehren der DDR-Bevölkerung im Herbst 1989 wird deshalb durch diese Lehrplangestaltung nicht angeregt. Insgesamt wird der historischen Bedeutung des 17. Juni 1953 in der gesamtdeutschen Geschichte durch die beschriebene Platzierung in den Lehrplanangeboten nicht in dem Maße Rechnung getragen, wie es ihr zukommt.

Die jüngeren Forschungen nach 1990 und im Vorfeld des 50. Jahrestages des 17. Juni 1953 haben dazu beigetragen, neue Erkenntnisse über den Umfang und die Konsequenzen des Aufstandes tausender DDR-Bürger gegen die SED-Herrschaft zu gewinnen. Es ist deshalb an der Zeit, diese Ergebnisse in den Unterricht einzubeziehen und über eine Vertiefung dieses Themas im Unterricht nachzudenken sowie Lehrplanangebote und Lehrbücher zu aktualisieren und das Bemühen der Lehrer zu fördern, eine anschauliche Wissensvermittlung zu diesem historischen Datum zum Bestandteil des Unterrichts zu machen.

Von besonderem Interesse auch für den schulischen Unterricht ist der Einfluss von Reformprozessen, die mit der Perestrojka in der UdSSR und den revolutionären Veränderungen in anderen Ländern Mittel- und Osteuropas verbunden sind, auf die Opposition in der DDR. Dazu finden sich in den Lehrplänen einige Ansätze.

Im Thema G 10.5 „Neuorientierungen in Europa und in der Welt“ wird die Auflösung des Ostblocks als Einflussfaktor berücksichtigt. Behandelt werden sollen: „Hochrüstung und wirtschaftlicher Niedergang; Anwachsen innerer Oppositionskräfte (Menschenrechtsdebatte, Demokratiebewegung) und staatliche Repression (z. B. in Polen oder in der UdSSR). Die Auswirkungen der Reformansätze Gorbatschows und der Umbruch im politischen Osteuropa seit 1989; die Auflösung des Warschauer Pakts 1991.“ (BY, 3)

Der Einfluss der internationalen Faktoren auf den inneren Widerstand in der DDR wird auch im Rahmenlehrplan Geschichte für die Sekundarstufe I in Brandenburg berücksichtigt. Im Themenfeld 9/10: „Deutschland in der geteilten Welt – die beiden deutschen Staaten als Teil des Ost-West-Konflikts“ wird bei den Zielstellungen formuliert: „Der internationale Entspannungsprozess strahlt auf die deutsch-deutschen Beziehungen aus und ermöglicht eine Normalisierung. Die allgemeine Systemkrise in der DDR in den 80er Jahren offenbart sich als Wirtschafts- und Glaubwürdigkeitskrise. Die Bevölkerung äußert ihren Unwillen durch eine Massenflucht im Spätsommer 1989. Die Zahl der Oppositionsgruppen, bisher im Verborgenen arbeitend, nimmt zu. Die Situation verändert sich schnell, ebenso der Staat DDR. Seine Eigenstaatlichkeit ist nicht zu erhalten.“ Bei ausgewählten Aspekten des Lebens im geteilten Deutschland weist der Lehrplan auch auf die Frage „Innerstaatliche Opposition und Anpassung“ hin (BB, 3).

In der Sekundarstufe I des Landes Sachsen-Anhalt werden im Lehrplan Geschichte fachspezifische Themen in den Schuljahrgängen 9/10 angeboten. Dazu gehört das Pflichtthema 3. „Das vereinigte Deutschland im vereinigten Europa“. Dabei sollen „Reformanstöße und -bewegungen Osteuropas: Ausgangs- und Bezugspunkt für Opposition und Protest in der DDR“ behandelt werden (ST, 1).

Eine weitergehende Sicht vermittelt der hessische Lehrplan Geschichte für die Hauptschule in den Klassenstufen 9/10 mit dem Thema 5. „Die deutsche Einheit – wessen Erfolg?“ Hier werden folgende Denkanstöße zur Behandlung vorgeschlagen: „Liberalisierung in der Sowjetunion (Gorbatschow, Glasnost, Perestrojka) und Auflösungserscheinungen im Warschauer Pakt; Opposition im Schatten der Macht („Schwerter zu Pflugscharen“, Montagsgebete); wirtschaftliche und politische Situation in der DDR vor der „Wende“; Massenflucht aus der DDR; Bürgerrechtsbewegungen; Demonstrationen

und friedliche Revolution; Öffnung der Grenze und demokratischer Aufbruch/Neubeginn in der DDR (1989/90); vom Ruf „Wir sind das Volk“ zu „Wir sind ein Volk“; 10-Punkte-Plan (Kohl) und Rolle der Bundesregierung im weltpolitischen Kontext.“ (HE, 2)

An diesen Beispielen wird deutlich, dass nur wenige Lehrpläne Parallelen oder wechselseitige Einflüsse der Reform- und Oppositionsbewegung in den sozialistisch regierten Ländern zur Darstellung des Geschichtsverlaufes in der DDR und der friedlichen Revolution heranziehen.

Die Behandlung von Widerstand und Opposition wird zumeist mit Blick auf die Honecker-Ära und auf die 80-er Jahre bis zum Ende der DDR akzentuiert. Andere Zeitabschnitte des Widerstandes, wie der 17. Juni 1953 und differenziertere Formen oppositionellen oder nonkonformen Verhaltens bleiben somit weitgehend ausgespart.

Im Lehrplan Geschichte Kursstufe (2-stündig) für das Gymnasium in Baden-Württemberg, Klassenstufe 13, im Thema: „Deutschland nach 1945 im nationalen, europäischen und internationalen Kontext“ wird die Lehrpläneinheit 13.2: „Die politische und gesellschaftliche Entwicklung im geteilten und vereinten Deutschland“ behandelt. Bei den Zielstellungen heißt es u. a.: „Die Schülerinnen und Schüler erkennen und erörtern die Ursachen der friedlichen Revolution in der DDR. Sie verfolgen den Prozess der deutschen Einigung im internationalen Rahmen und setzen sich mit den Chancen und Problemen des vereinten Deutschland auseinander.“ Im Rahmen der Thematik „Grundlinien der Entwicklung der beiden deutschen Staaten im internationalen Kontext (1949-1990)“ kann bei der Behandlung der DDR das Unterthema „Die Ära Honecker und die Krise der DDR“ ausgewählt werden. Hierbei findet sich lediglich der Hinweis auf „Dissidenten und Opposition“. (BW, 3)

In Rheinland-Pfalz wird im Lehrplan für den Lernbereich Gesellschaftswissenschaften der Hauptschule, Realschule, des Gymnasiums und der Regionalen Schule mit den Fächern Erdkunde, Geschichte und Sozialkunde in den Klassen 9/10 das Problem/die Leitfrage: „Wie bewirkten die Menschen die Vereinigung der beiden deutschen Staaten?“ behandelt. Ein empfohlenes Teilziel dabei ist „Einblick in die nationalen und internationalen Ursachen für das Ende der DDR“. Als methodische Anregung wird ein „Projekt Sozialkunde/Geschichte: Anfertigung einer Chronik für 1989 und 1990“ vorgegeben. Ein weiteres empfohlenes Teilziel ist: „Einblick in Formen oppositionellen Verhaltens der DDR-Bürger und DDR-Bürgerinnen auch in den Jahren 1989/90“. Als zusätzlicher Hinweis für den Unterricht dient: „Die Rolle der Kirchen“ (RP, 2).

Die aufgeführten Beispiele zeigen, dass die Herausbildung von Widerstand und Opposition in der DDR in den Lehrplänen nur unsystematisch wiedergespiegelt wird. Die historischen Quellen von Widerstand und Opposition werden kaum aufgespürt, ebenso der Umfang des Wirkens oppositioneller Kräfte in und außerhalb der SED. Widerstand und Opposition werden vorwiegend in bezug auf die Ära Honecker thematisiert. Der Widerstand gegen die SED-Diktatur in den vierziger und fünfziger Jahren – ob als Opposition der bürgerlichen Parteien in den früheren Jahren oder als parteiinterne Opposition – wird mit Ausnahme des 17. Juni 1953 nicht behandelt. Bedenklich ist darüber hinaus, dass in den Lehrplänen der ostdeutschen Bundesländer regionale Beispiele von Opposition und Widerstand (z.B. Werdauer Oberschüler) nicht aufgenommen sind. Nicht diskutiert werden die realen Möglichkeiten und Chancen, unter der Gefahr massiver Repressionen Einfluss auf die Entwicklung des Landes nehmen zu können. Die Ergebnisse eines Reifeprozesses der Opposition in den 70er- und 80er-Jahren, auch unter dem Dach der Kirche, werden nicht ausgemacht, und neuere Forschungsergebnisse sind in den Lehrplänen nicht zu finden.

Die Rolle der Opposition bei der „friedlichen Revolution“ 1989 und ihrer Vorbereitung wird in den Lehrplänen zwar dargestellt, jedoch werden die komplexeren Einflüsse anderer endogener und exogener Kräfte bei der friedlichen Revolution (wirtschaftliche Entwicklung; Ausreisebewegung; Perestrojka und Glasnost; Entwicklungen innerhalb der Warschauer Vertragsstaaten etc.) nicht in ihrer Gesamtheit und wechselseitigen Verflechtung reflektiert und den Schülern nahegebracht.

3.5 Die deutsch-deutschen Beziehungen und die Erlangung der deutschen Einheit

Die deutsch-deutschen Beziehungen nach der Gründung zweier deutscher Staaten im Jahr 1949 haben ihre eigene Geschichte, mit besonderen Einschnitten, Etappen und besonderen Ereignissen. Dieser Verlauf der Beziehungen wird durch die zumeist chronologische Darstellung in den Lehrplanwerken erfasst (vgl. Abschnitt Chronologie).

Schwerpunkt des nun folgenden Abschnitts der Analyse ist vor allem die Erlangung der deutschen Einheit als der Schlussphase der Geschichte der DDR, also die Vorgänge von 1989 bis 1990. Sie stellen entsprechend ihrer historischen Bedeutung in der Mehrzahl der Lehrpläne eine gesonderte Einheit

dar bzw. werden gleich an die Behandlung der vorherigen Zeitabschnitte angeschlossen, wodurch die historische Bedeutung der friedlichen Revolution in der DDR leicht ins Hintertreffen gerät.

Im gymnasialen Lehrplan Geschichte für Baden-Württemberg, Jahrgangsstufe 13, wird das Thema: „Deutschland nach 1945 im nationalen, europäischen und internationalen Kontext“ in der Kursstufe (4-stündig) behandelt. Für die dazu gehörende Lehrplaneinheit 13.3: „Die staatliche Einheit“ gilt die Zielstellung: „Die Schülerinnen und Schüler erkennen und erörtern die Ursachen des Niedergangs der DDR und die Besonderheiten der friedlichen Revolution. Sie verfolgen die nationale und internationale Umsetzung der deutschen Einigung und erörtern Chancen und Probleme des vereinigten Deutschland.“ Darauf aufbauend gibt der Lehrplan folgende inhaltliche Schwerpunkte vor: „Vom Zusammenbruch des SED-Regimes zur Einigung“, „Der internationale Rahmen“, „Die nationale Gestaltung“ sowie „Chancen und Probleme des vereinigten Deutschland“ (BW, 4). Damit werden für den Unterricht in der gymnasialen Stufe wesentliche Gesichtspunkte erfasst.

Das sächsische Gymnasium sieht im Lehrplan Geschichte für den Leistungskurs 12 die Behandlung von „Entwicklungen in Deutschland nach 1945 in ihrer europa- und weltpolitischen Bedeutung“ vor. Im Lernbereich 4: „Der Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands 1989/91“ werden als Ziele und Inhalte vorgegeben: „1989: 40 Jahre Bundesrepublik Deutschland – 40 Jahre DDR; 1990: gesamtdeutsche Wahlen und Beitritt der DDR zum Rechtsbereich des GG (gem. Art. 23); Freistaat Sachsen als Land der Bundesrepublik Deutschland; die Wiedervereinigung Deutschlands in ihrer europa- und weltpolitischen Bedeutung; neue Mächteordnung und das Problem der Friedenssicherung“ (SN, 1).

Der Geschichtslehrplan für das Gymnasium in Thüringen wendet sich im Kurshalbjahr 12/II mit dem Thema: „Von der deutschen Frage zur deutschen Einheit – Kontinuität und Wandel vor dem Hintergrund einer bipolaren Welt“ dem deutschen Einigungsprozess zu. Die Leitfrage dabei ist: „Der Weg zur Einheit Deutschlands – eine friedliche Revolution?“ Behandelt werden solche Problemfelder, wie „Staatsmacht und Bürgerbewegung; „Runder Tisch“, pro und contra Wiedervereinigung; Einigungsvertrag; 2+4-Gespräche und internationale Lösung der deutschen Frage; deutsche Einheit und internationale Verantwortung; von der staatlichen Einheit zur inneren Einheit.“ (TH, 1)

In den 10. Klassen der Sekundarstufe I werden die Fragen der deutschen Einigung zumeist als Abschluss eines umfangreichen Lehrplanteils zur deutschen Geschichte seit 1945 aufgegriffen. So wird im sehr aktuellen Lehrplan des Hamburger Gymnasiums, im Rahmenplan Geschichte, für die Jahrgangsstufe 9/10 das Thema 5 „Der Ost-West-Konflikt und die deutsche Frage seit 1945“ als verbindlicher Unterrichtsinhalt festgehalten. In den Zielstellungen heißt es: „...Einen besonderen Schwerpunkt bildet dabei die Entwicklung der zweiten deutschen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland unter Einbeziehung der Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik. Die Schülerinnen und Schüler erkennen die historische Bedeutung der Epochenwende von 1989/90, die schließlich mit zur Auflösung des Sowjetimperiums beitrug. In der Auseinandersetzung mit diesem Thema begreifen sie, dass die Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten im Oktober 1990 und das langsame Zusammenwachsen Deutschlands seit 1990 Teil der Überwindung der Nachkriegsstrukturen und damit des grundlegenden Paradigmenwechsels im internationalen System am Ende des 20. Jahrhunderts ist.“ Der dazugehörige Schwerpunkt lautet: „Die Epochenwende von 1989/90 und der Weg zur deutschen Einheit“ mit den Orientierungen: „Perestrojka und Glasnost in der UdSSR; Fall der Mauer 9.11.1989; Wirtschafts- und Währungsunion und 2+4-Vertrag; 3. Oktober 1990; Zusammenwachsen Deutschlands: Erfolge und Probleme; die neue internationale Rolle des vereinten Deutschland.“ (HH, 3)

In der hessischen Hauptschule beinhaltet der Lehrplan Geschichte für die Klassenstufe 9/10 das Thema 5 „Die deutsche Einheit – wessen Erfolg?“ mit folgenden Orientierungswörtern: „Liberalisierung in der Sowjetunion (Gorbatschow, Glasnost, Perestrojka) und Auflösungserscheinungen im Warschauer Pakt; Opposition im Schatten der Macht („Schwerter zu Pflugscharen“, Montagsgebete); wirtschaftliche und politische Situation in der DDR vor der „Wende“, Massenflucht aus der DDR; Bürgerrechtsbewegungen; Demonstrationen und friedliche Revolution; Öffnung der Grenze und demokratischer Aufbruch/Neubeginn in der DDR (1989/90); vom Ruf „Wir sind das Volk“ zu „Wir sind ein Volk“; 10-Punkte-Plan (Kohl) und Rolle der Bundesregierung im weltpolitischen Kontext.“ (HE, 2)

Die Leitlinien für den Geschichtsunterricht in Mecklenburg-Vorpommern für die Haupt- und Realschule, 9./10. Klasse, sehen zur Behandlung den 17. Themenbereich: „Zusammenbruch des Ostblocks und die deutsche Wiedervereinigung 1990“ vor. Zu den angebotenen Themen gehören: „Wandel und Krise im Ostblock der achtziger Jahre“, „Die friedliche Revolution in der DDR“ und „Die Wiedervereinigung Deutschlands (3.10.1990)“. Mit den angegebenen möglichen Unterrichtszielen, wie „die Auflösung der DDR bis zur Wende des demokratischen Umbruchs 1989 wahrnehmen und beurteilen“ oder „den Weg bis zur Vereinigung verfolgen und deutsche Befürworter und Kritiker kennen lernen“ wird zu einer differenzierten Betrachtung angeregt (MV, 3).

In der Erweiterten Realschule des Saarland ist im Lehrplan Geschichte, Jahrgangsstufe 10, die Unterrichtseinheit: „Vom geteilten Deutschland zur neuen Bundesrepublik“ mit folgenden Lernzielen vorgesehen: „Die Schülerinnen und Schüler sollen die Rolle der DDR-Bevölkerung beim Prozess der Wiedervereinigung beschreiben, die außenpolitischen Bedingungen für den Einigungsprozess untersuchen, die auftretenden innenpolitischen Probleme nach der Wiedervereinigung erklären und die Bedeutung der Wiedervereinigung für Deutschland beurteilen.“ Die dabei avisierten Lerninhalte, wie „Massenflucht und friedliche Revolution, der außenpolitische Weg zur Einigung, Probleme der Wiedervereinigung und ihre Bewältigung“ schaffen mit der Behandlung der Begriffe „Friedensgottesdienste, Montagsdemonstrationen, „Wir sind das Volk“, „Zwei-plus-Vier“-Verhandlungen, Wirtschafts- und Tag der Währungsunion, PDS, deutsche Einheit, Stasiakten, Einigungsvertrag, Nationalfeiertag; Aufbau Ost, Reformkommunismus“ und dem Hinweis auf eine Zeitzeugenbefragung eine gute Basis für die Behandlung dieses historischen Zeitabschnittes (SL, 4).

Die deutsch-deutschen Beziehungen und die Erlangung der deutschen Einheit stellen ein wichtiges Politikfeld dar, in dem innen- und außenpolitische Fragen verflochten sind. Die deutsch-deutschen Beziehungen in den 50er bis 70er Jahren finden dabei als spezielles Thema wenig Aufmerksamkeit. Nach dem Scheitern der Wiedervereinigungsgedanken und Konföderationsvorstellungen wird die Entwicklung in den beiden deutschen Staaten zunehmend parallel abgearbeitet. Erst die neue Ostpolitik, das Zustandekommen der Ostverträge und des Grundlagenvertrages und der KSZE-Prozess rücken die gemeinsame Geschichte mehr in den Vordergrund, ohne dass diese Fragen in den Lehrplanabschnitten angemessen behandelt würden.

Große Aufmerksamkeit wird in den Lehrplänen dem Verlauf der Erhebung der DDR-Bevölkerung im Herbst 1989 gewidmet. Im Zusammenhang mit der friedlichen Revolution wird auch auf die Rolle der Opposition verstärkt verwiesen. Benutzt werden oft solche Wendungen, wie „Opposition im Schatten der Macht“. Die einzelnen Schritte der friedlichen Revolution, beginnend bei der Zuspitzung der Unzufriedenheit der DDR-Bevölkerung, der Abstimmung mit den Füßen, den Montagsdemonstrationen und dem Fall der Mauer. Das Zustandekommen und die Ergebnisse der 2+4-Verhandlungen, der Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Bedeutung des 3.10.1990 als Tag der Deutschen Einheit werden in den Lehrplandokumenten durchgehend gewürdigt.

Der nach der friedlichen Revolution folgende Prozess der deutschen Wiedervereinigung wird nur von einigen Lehrplänen ausführlich dargestellt. In Abhängigkeit von der Inkraftsetzung und somit vom Zeitraum der Erarbeitung der jeweiligen Lehrpläne erfahren die Folgen der Einheit, vor allem die Probleme des sozialen, wirtschaftlichen und mentalen Zusammenwachsens, eine differenzierte Beachtung. Erst die Lehrpläne ab 1999 gehen dezidiert auf die Langfristigkeit und auch auf die Schwierigkeiten dieses Prozesses ein.

4. Chronologie

Mit diesem Abschnitt der Lehrplananalyse soll die chronologische Stringenz der DDR-Geschichte in den Lehrplanstrukturen betrachtet werden. Eine vorwiegend chronologisch geprägte Darstellung von Themen, die die DDR-Geschichte einbeziehen, wird logischerweise von den Lehrplänen des Faches Geschichte vorgenommen. Die Lehrpläne in anderen relevanten Fächern, wie Politik, Gemeinschaftskunde oder auch Sozialkunde, gehen von ihrem Aufbau her von anders strukturierten inhaltlichen Schwerpunkten und Zielsetzungen aus. Darin sind mitunter auch Fragestellungen enthalten, die die Vergangenheit der DDR berücksichtigen (z. B. das Verhältnis von Demokratie und Parteiendiktatur), ohne jedoch den zeitlichen Ablauf in den Vordergrund zu stellen.

Die Lehrpläne Geschichte der betreffenden Klassenstufen erfassen in der Regel den Zeitraum von 1945 bis 1989/90 als einen geschlossenen Komplex und thematisieren dabei den Entwicklungsweg der beiden deutschen Staaten unter den Bedingungen der Teilung und der damit verbundenen zweistaatlichen gemeinsamen Geschichte bis zum Beitritt der neuen Bundesländer. Diejenigen Lehrplanabschnitte sind die Regel, die den Zeitraum 1945 bis 1989 in einer Gesamtsicht darstellen und behandeln.

Beispielsweise heißt im gymnasialen Grundkurs Geschichte von Baden-Württemberg die LPE 13.2 „Staat und Gesellschaft im geteilten Deutschland und der Weg zur Einheit“ (BW, 1), in der gymnasialen Oberstufe von Rheinland-Pfalz das Teilthema 3 „Die Durchsetzung der Demokratie in Deutschland“ (RP, 1), in der gymnasialen Oberstufe in SL, LK 31, 13/2 Pflichtbereich I „Die deutsche Frage im Europa der Nachkriegszeit“ (SL, 2) und im Grundkurs 12/II in Sachsen „Die Deutsche Frage 1949–1989: Phasen der Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik“ (SN, 1).

Der Zeitabschnitt der geteilten Geschichte wird zumeist über eine parallele Sicht der historischen Abläufe vermittelt. Dem Geschehen in der alten Bundesrepublik wird dabei in der Regel eine größere Gewichtung zuteil. Von besonderem Interesse sind diejenigen Lehrplanteile, die das Gemeinsame bei einer getrennten Staatlichkeit zu vermitteln suchen, wie z.B. in den Rahmenrichtlinien für Geschichte der Sekundarschule in Sachsen-Anhalt mit der Thematik „Das Leben im geteilten Land“ (ST, 2).

In den Lehrplänen für die Sekundarstufe I ist der stoffliche Inhalt unter Einhaltung des gleichen zeitlichen Rahmens gestrafft. So lautet beispielsweise in Baden-Württemberg für die Hauptschulklasse 9 die LPE 5 „Deutschland – von der Teilung zur Einheit“ (BW, 7), in Hamburg für die Klasse 9 der Haupt- und Realschule das Thema 7 ebenso (HH, 4) und in Thüringen für die Klassen 9/10 der Realschule die Einheit 8 „Die deutsche Frage 1949 bis 1990 und ihre Lösung“ (TH, 2).

Zur Veranschaulichung für diese Strukturierung wird im Folgenden jeweils ein **Beispiel aus den Lehrplänen für die Sekundarstufe II bzw. I** aufgeführt.

Sekundarstufe II:

Rheinland-Pfalz. Gymnasiale Oberstufe, Lehrplan Gemeinschaftskunde, Grundfach und Leistungsfach, 1993 (RP, 1)

- mit Schwerpunkt Geschichte
- mit Schwerpunkt Sozialkunde
- mit Schwerpunkt Erdkunde

Jahrgangsstufen 11 bis 13

Geschichte, Kurse 12/1 und 12/2

Deutschlands Weg zur Demokratie

Teilthema 3:

Die Durchsetzung der Demokratie in Deutschland (24-28 Std.)

Lernziele und Inhaltsaspekte

Die Schülerinnen und Schüler sollen

- die Situation in Deutschland nach dem Zusammenbruch kennen
Stunde Null?, Potsdam, Volkskongressbewegung, Frankfurter Dokumente, Zerschlagen der Anti-Hitler-Koalition
- den Prozess des Aufbaus und der Einbindung beider Teile Deutschlands in die unterschiedlichen Machtblöcke und Gesellschaftssysteme kennen
Adenauers Politik der Westintegration, Ostintegration der DDR, 17. Juni 1953, Mauerbau, Deutschland-Vertrag; Parlamentarische Demokratie contra Volksdemokratie
- das Selbstverständnis beider deutscher Staaten und ihre Beziehung zueinander erfassen
Verfassungsordnungen, „Zwei-Staaten-Theorie“, Ostverträge, Schlussakte von Helsinki
- einen Überblick über die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR gewinnen
50er und 60er Jahre: demokratischer Neubeginn, Wiederaufbau, Wirtschaftswunder, sozialer Ausgleich; „Vergangenheitsbewältigung“
Mitte der 60er Jahre: Notstandsgesetze; Studentenrevolte, APO; Forderung nach mehr Partizipation, Basisdemokratie;
70er und 80er Jahre: ökologisches Bewusstsein, Parteien- und Politikverdrossenheit; „Grenzen der Mehrheitsdemokratie“
ausgewählte Daten, Ereignisse, Personen aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft von BRD und DDR
- die Bedeutung der „demokratischen“ Revolution in der DDR
Erstarrung des politischen Systems in der DDR, Massenflucht, Öffnung des Eisernen Vorhangs 9. November 1989
- die Komplexität und Interdependenz des Revolutions- und Einigungsprozesses in Deutschland analysieren
Protestbewegung, Siegermächte, Warschauer-Pakt-Staaten, Kohl – Gorbatschow
- die innere Einheit als wichtige politische Aufgabe begreifen
Strukturwandel, sozialer Ausgleich, Mentalitäten
- die Entwicklungschancen der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie im Hinblick auf die Bewältigung von Zukunftsaufgaben analysieren
Verfassungsdiskussion: national – europäisch, Grundwerte, Demokratie als Aufgabe, Globalisierung

Sekundarstufe I:

Hessen: Hauptschule, Lehrplan Geschichte, Bildungsgang Hauptschule, Stand (3.6.) 2002

Jahrgangsstufen 5 bis 9/10 (HE, 2)

(...)

9.4 Europa im Aufbruch – Auseinandersetzungen um die Befreiung des Menschen

Stundensatz 10

Begründung:

Die Schülerinnen und Schüler untersuchen an ausgewählten Entwicklungen, was Menschen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in unterschiedlichen Lebensbereichen und Regionen zum „Aufbruch“ veranlasst, welche Bedingungen ihr Handeln beeinflussen und welche lang dauernde Wirkkraft dabei die Ideen des Liberalismus, des Nationalismus und des Sozialismus entfalten. Sie vergleichen Absichten und Ergebnisse und erkennen Brüche und Kontinuitäten sowie die Offenheit historischer Entwicklungen.

Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:

1. Neue Anfänge in Deutschland – was wird aus den Deutschen?

Alltag im Nachkriegsdeutschland; Besatzung und Besatzungszonen; Vertreibung und Integration; Entnazifizierung; Neugestaltung des politischen und ökonomischen Lebens in den Besatzungszonen; Grundgesetz; Entstehung zweier Staaten in Deutschland und ihre Einbindung in politische Systeme

2. Einigungsprozesse in Europa mitten im Kalten Krieg

Wirtschaftliche, ideologische und politische Teilung Europas; Bündnisse in Ost und West; Kriegserfahrung als Impuls für Zusammenarbeit von Völkern und Staaten; von der Montanunion über die EWG zur EG; Entspannungspolitik und KSZE

3. Die deutsche Einigung: „Ein Volk“, ein Staat – eine Gesellschaft?

Umbruch („Wende“) in der DDR und deutsche Einigung im weltpolitischen Kontext; fortdauernde Wirkungen unterschiedlicher Entwicklungen in Ost und West; Liberalisierung und Auflösungserscheinungen (Sowjetunion; Warschauer Pakt)

Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:

Protestbewegungen in Deutschland – was erreichen sie?

Bundesrepublik: Friedens- und Umweltbewegungen; DDR: „Schwerter zu Pflugscharen“, Kristallisation einer Opposition im Schatten der Macht

10.2 Deutschland nach 1945 – von der Teilung zur Einheit Std.: 16

Begründung:

Die Schülerinnen und Schüler erörtern Aspekte der Nachkriegsgeschichte in Deutschland in ihren Wechselwirkungen zu weltpolitischen Entwicklungen. Sie untersuchen, welche Konsequenzen aus historischen Erfahrungen gezogen wurden. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Übernahme „westlicher“ Wertvorstellungen – auch in ihrer Übertragung auf das vereinte Deutschland. Sie beschäftigen sich mit der friedlichen Revolution in der DDR und der Verwirklichung der Deutschen Einheit in ihren Voraussetzungen und Folgen.

Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:

1. Aus vier Besatzungszonen werden zwei Staaten

Konsequenzen der Potsdamer Konferenz; demokratischer Neubeginn auf kommunaler und Länderebene; Politiker/innen und Parteien; unterschiedliche Entwicklungen in den Westzonen und der SBZ; Marshallplan und Wiederaufbau; Ost-West-Konflikt und Teilung Deutschlands; Entstehung zweier Staaten in Deutschland

2. Die Bundesrepublik als Teil des „Westens“

Grundrechte und Grundgesetz; Wiedervereinigung oder Westintegration – eine Alternative? Weg zur vollen Souveränität; Wiederbewaffnung und Aufnahme in die NATO; Soziale Marktwirtschaft und „Wirtschaftswunder“; Prozess der europäischen Einigung; Alltag, Kindheit und Jugend in der Bundesrepublik; Erinnern oder verdrängen? – schwieriger Umgang mit der Vergangenheit

3. DDR – Leben im Kommunismus

Ausgewählte Aussagen marxistischer Ideologie (Anspruch und Wirklichkeit); von der SBZ zur DDR; Integration in Comecon und Warschauer Pakt; sozialistische Planwirtschaft und ihre Folgen; vom Aufstand am 17. Juni 1953 zum Bau der Mauer in Berlin; Kollektivierung der Landwirtschaft; Flucht („Abstimmung mit den Füßen“); Alltag, Kindheit und Jugend in der DDR; Antifaschismus – Ersatz für Aufarbeitung der Vergangenheit?

4. Zwischen Abgrenzung und Annäherung

Zwei Staaten – zwei Nationen? Kalter Krieg; „Wettlauf der Systeme“ und „friedliche Koexistenz“; Wandel durch Annäherung?; Grundlagenvertrag; KSZE; vom Wettrüsten zu Abrüstungsvereinbarungen; Besuchsregelungen und Ausreisearträge

5. Die deutsche Einheit – wessen Erfolg?

Liberalisierung in der Sowjetunion (Gorbatschow, Glasnost, Perestrojka) und Auflösungserscheinungen im Warschauer Pakt; Opposition im Schatten der Macht („Schwerter zu Pflugscharen“, Montagsgebete); wirtschaftliche und politische Situation in der DDR vor der „Wende“, Massenflucht aus der DDR; Bürgerrechtsbewegungen; Demonstrationen und friedliche Revolution; Öffnung der Grenze und demokratischer Aufbruch/Neubeginn in der DDR (1989/90); vom Ruf „Wir sind das Volk“ zu „Wir sind ein Volk“; 10-Punkte-Plan (Kohl) und Rolle der Bundesregierung im weltpolitischen Kontext.

Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:

Auf dem Weg zur Versöhnung: deutsch-französische, deutsch-polnische und deutsch-israelische Beziehungen

Bei einer generellen Bewertung der chronologischen Darstellung in den Lehrplänen lässt sich erkennen, dass das zeitliche Spektrum von 1945 bis 1989/90 in der überwiegenden Mehrheit der Geschichtslehrpläne in seiner Gesamtheit aufgegriffen und zur Behandlung empfohlen wird. Gewisse Unterschiede zeichnen sich jedoch bei der Aufnahme von bestimmten Entwicklungsabschnitten in der deutsch-deutschen bzw. DDR-Geschichte ab.

Insgesamt fällt auf, dass die Nachkriegszeit ab 1945 anteilmäßig sehr stark hervorgehoben wird, während die nachfolgenden Zeitabschnitte weniger strukturiert dargelegt sind. Gesonderte Lehrplanteile zur unmittelbaren Nachkriegsgeschichte finden sich ebenfalls in einer Reihe von Lehrplänen (z.B. BW, 2; BW, 4; BW, 6; NW, 4; RP, 2). Die frühen fünfziger Jahre werden von einem Großteil der Lehrpläne mit einbezogen (z.B. BE, 2; BW, 5; BW, 9; BY, 2; HB, 2; HE, 1; MV, 1; NI, 3; SL, 1; SL, 2, SL, 3; SL, 4; SH, 1).

So werden die 50er Jahre und auch der Beginn der 60er Jahre nicht als herausgehobene Zeitabschnitte der DDR-Geschichte dargestellt, sondern ohne deutliche Zäsuren in eine chronologische Darstellung des gesamten Zeitrahmens eingefügt, wie an den obigen zwei Lehrplanbeispielen sichtbar wird. Diese Zeitabschnitte schließen sich an die Gründung der beiden deutschen Staaten und die Ausprägung der Bedingungen des Kalten Krieges und des sich vertiefenden Ost-West-Konfliktes an. Die Lehrpläne stellen zumeist die unterschiedlichen Entwicklungslinien in beiden deutschen Staaten dar, die im Inneren eine unterschiedliche Ausrichtung der Staats- und Gesellschaftsformen und nach außen gerichtet die Einbettung in die jeweiligen Bündnissysteme bedeuteten. Die durchaus vorhandenen Möglichkeiten, bereits bei der Behandlung dieses Zeitabschnittes tiefer auf die grundsätzlichen Fragen des politischen Herrschaftssystems in der DDR und auf die Herausbildung der Demokratie westlichen Typs in der BRD einzugehen, werden durch diese Lehrplananlage nicht ausgebaut.

Die Darstellung der geschichtlichen Entwicklung vor allem nach der Gründung der beiden deutschen Staaten, d.h. unter Verzicht auf die Behandlung des Zeitabschnittes der unmittelbaren Nachkriegszeit von 1945 bis 1949, ist in einer Reihe von Lehrplänen zur Behandlung vorgesehen (z.B. BW, 4; BW, 5; BW, 6; SN, 2).

Der Vollzug der Einbeziehung der beiden deutschen Staaten in die jeweiligen Bündnissysteme wird zumeist in entsprechender Gleichrangigkeit für die Behandlung im Unterricht vorgeschlagen. Die Chancen zur kritischen Information über das Wesen und den Charakter der beiden östlichen Bündnissysteme, RGW und WVO, werden nicht ausgewiesen, obwohl eine gründliche Darstellung zu diesem Zeitpunkt das Verständnis für spätere Zerfallsprozesse in diesen Bündnissen fördern würde. Ebenso wäre ein Vergleich zwischen den östlichen und westlichen Organisationen, wie NATO und WVO, angebracht, findet aber keinen Platz. Für das Nebeneinanderbestehen der beiden deutschen Staaten in den darauf folgenden Jahren werden damit bedeutende Weichenstellungen der Entwicklung in der DDR nur partiell behandelt und das Verständnis der nachfolgenden Entwicklung in der DDR zu einem Staat mit sozialistischem Anspruch erschwert.

Die 60er Jahre und die 70er Jahre sind durch eine Verfestigung des Nebeneinanders der beiden deutschen Staaten vor dem Hintergrund des sich vertiefenden Ost-West-Konfliktes gekennzeichnet. Mit der Zementierung der deutschen Spaltung gibt es zugleich eine relative Stabilisierung des SED-Regimes. In fast allen Lehrplänen werden der Bau der Berliner Mauer und die damit verbundenen Maßnahmen der DDR-Führung zur verstärkten Teilung der beiden deutschen Staaten durch ein hochorganisiertes Grenzsystem aufgegriffen. Die damit korrespondierende innenpolitische Entwicklung in der DDR gerät gerade für diesen Zeitabschnitt etwas aus dem Blickfeld, wurden doch durch die DDR-Führung spezifische Anstrengungen unternommen, ein sozialistisches System der Gesellschaft aufzubauen, das sowohl den Maßgaben des sowjetischen Partners als auch den eigenen Ambitionen entsprechen sollte. Der Wechsel in der Führung von W. Ulbricht zu E. Honecker war sowohl in Bezug auf das Gesellschaftskonzept als auch hinsichtlich der Beziehungen zur sowjetischen Führung ein einschneidender Vorgang, der in seiner Bedeutung von den Lehrplänen nicht reflektiert wird.

Die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten entwickelten sich insbesondere nach dem Umsetzungsprozess der neuen Ostpolitik in Richtung auf zunehmende Annäherung und Verständigung, was im Abschluss des Grundlagenvertrages im Zusammenhang mit den Ostverträgen insgesamt zum Ausdruck kam. Die innere Entwicklung der DDR in diesen Jahren kommt in den Lehrplan-

dokumenten vergleichsweise zu kurz, weil die innen- und außenpolitischen Rahmenbedingungen, die für die DDR maßgeblich für eine Neugestaltung der deutsch-deutschen Beziehungen waren, nur partiell aufgezeigt werden. Die Bedeutung der Vertragswerke (Ostverträge, Grundlagenvertrag) für die spätere Wiedervereinigung wird noch nicht einmal als Vision dargestellt.

Das Auftreten der beiden deutschen Staaten auf der internationalen Bühne hatte Einfluss auf die Prozesse der europäischen Sicherheit und die Abrüstung (KSZE). Der Gewinn außenpolitischen Spielraumes für die DDR-Führung ging jedoch bald einher mit einem Zuwachs an wirtschaftlichen Problemen, die die innenpolitischen Widersprüche verstärkten und zu neuen Spannungen zwischen Parteiführung und Bevölkerung führten. Die Lehrpläne zeichnen diese inneren Entwicklungen in der DDR nicht in komplexer Weise nach, so dass die Voraussetzungen für die „friedliche Revolution“ im Herbst 1989 nicht in ihrer Genesis deutlich werden können.

Der Verlauf und die Ergebnisse der „friedlichen Revolution“ haben in den Lehrplänen verdientermaßen einen breiten Raum erhalten. Dabei werden sowohl die Abläufe als auch die politischen Grundprozesse hervorgehoben. Die nach dem 3.10.1990 eingeleiteten Entwicklungen in den neuen Bundesländern werden in unterschiedlicher Weise und mit differenzierten Akzenten behandelt. Eine stärkere Darstellung der Entwicklungen bei der Schaffung der deutschen Einheit und des beginnenden Zusammenwachsens in den neunziger Jahren nehmen vor allem diejenigen Lehrpläne vor, die in jüngerer Zeit in Kraft gesetzt worden sind (z.B.: BB, 2; SL, 5; SL, 6; SL, 7; TH, 1; TH, 2).

Der die getrennte Geschichte abschließende Zeitraum der „friedlichen Revolution“ in der DDR und der Prozess der Wiedervereinigung wiederum erfahren eine vom Umfang her gesehen hohe Aufwertung. So erfolgt die Betonung der jüngsten bzw. der letzten Zeitabschnitte der getrennten Geschichte besonders deutlich in den Lehrplänen BW, 9; NI, 6 und SL, 4. Das Ende der DDR und das Zusammengehen im wiedervereinigten Deutschland erfahren insgesamt eine ausgewogene und breite Behandlung in den Lehrplänen. Die Schwierigkeiten des eigentlichen Zusammenwachsens werden jedoch nicht durchgehend in den Lehrplänen aufgegriffen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass es aus chronologischer Sicht in den Lehrplänen eine ungleichgewichtige Behandlung verschiedener Zeitabschnitte der deutsch-deutschen Geschichte und insbesondere der DDR-Geschichte gibt. Die Schwerpunkte werden, zweifellos mit Berechtigung, vorwiegend auf die Nachkriegsjahre 1945 bis 1949 und auf die Vorgänge bei der Wiederherstellung der deutschen Einheit gesetzt. Die gesellschaftlichen und historisch relevanten Prozesse in den dazwischenliegenden Jahrzehnten, einschließlich solcher Ereignisse wie der Volksaufstand 1953, geraten bei der Strukturierung der Lehrpläne zu sehr in den Hintergrund, so dass die Hinführung zu bestimmten politisch-historischen Ereignissen, vor allem zur friedlichen Revolution in der DDR, nicht schlüssig genug erscheinen kann.

5. Zusammenfassung

5.1 Ziel und Aufbau

Die vorliegende Lehrplananalyse hatte das Ziel, die gegenwärtig gültigen Lehrpläne der allgemein bildenden Schulen in Deutschland daraufhin zu sichten, welchen Stellenwert die Behandlung des Themas DDR einnimmt und welche Fragestellungen aus der Geschichte der DDR für eine Auseinandersetzung mit diesem Teil der deutschen Geschichte von den Lehrplänen vorgegeben werden.

Anstöße für eine solche Analyse gab es durch kritische Äußerungen aus der Politik, der politischen Bildung, der Bildungsverwaltung sowie aus dem evident niederen Wissensstand der Schüler über diesen zweiten deutschen Staat. Vorausgegangene wissenschaftliche Untersuchungen konnten den Gegenstandsbereich bislang nicht in dieser Breite und Tiefe abbilden und berücksichtigten zudem nur die bis Mitte der neunziger Jahre gültigen Lehrpläne.

Die Analyse beruht auf der Auswertung von elektronisch gespeicherten Lehrplanabschnitten, die sich dem Thema DDR zuwenden. Auf dieser Basis werden in der Hauptsache die Behandlungsvorschläge aus der Sicht von ausgewählten Politikfeldern quantitativ erfasst und verglichen, wobei eine qualitative Bewertung der jeweiligen Lehrplanteile zusätzlichen Untersuchungen vorbehalten bleiben muss. In einem weiteren Teil werden die in den Lehrplänen erfassten Zeitabschnitte in den Zeitraum 1945 bis 1990 eingeordnet und gewichtet.

5.2 Ergebnisse

Bei der Sichtung der gültigen Lehrpläne, vor allem für Geschichte, Sozialkunde, Politik, Deutsch und Religion (Quellen: Online Datenbank der KMK, der Server der Ministerien, der Pädagogischen Landesinstitute sowie relevante Verlagsangebote) konnten 107 Lehrplanteile mit einem direkten Bezug zur DDR identifiziert werden. Die entsprechenden Teile wurden in einer nach den Bundesländern strukturierten Gesamtdatei dokumentiert (vgl. Anhang I). Die Repräsentanz der Fächer wird durch den großen Anteil der Geschichte gekennzeichnet (55,1%), darüber hinaus sind Lehrpläne aus Sozial- und Gemeinschaftskunde, Deutsch und Religionslehre mit einem Bezug zur DDR vertreten.

Die Jahre der Inkraftsetzung der analysierten Lehrpläne sind Indikatoren für den Grad der Aktualisierung. Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen haben Pläne aus 2003 und 2002, eine Gruppe von Ländern hat die Überarbeitung bis 1999 abgeschlossen, wie Rheinland-Pfalz, Thüringen und Sachsen-Anhalt. Eine weitere Gruppe von Ländern hat Lehrpläne aus den neunziger Jahren mit verschiedenen Daten der Inkraftsetzung, wie Baden-Württemberg, Berlin, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen. Offensichtlich mit Lehrplänen von vor 1990 arbeitet Bremen, auch Hamburg hat noch fünf erfasste Pläne von 1989/90.

Den Hauptanteil der Lehrplanbestandteile im Fach Geschichte machen die Sekundarstufe I mit Themen in der 9. und 10. Klassenstufe und die Sekundarstufe II mit Themen in den Grund- und Leistungskursen in der 12. bzw. 13. Klassenstufe aus.

Ausgewählte Politikfelder in den Lehrplänen

Die Darstellung des **politischen Neubeginns** im Nachkriegsdeutschland erfolgt in den Geschichtslehrplänen sehr ausführlich und ausgewogen und schließt an die Themen zum Nationalsozialismus und zum Zweiten Weltkrieg unmittelbar an. Schwerpunkte sind die Bewältigung der unmittelbaren Kriegsfolgen, die Vertreibung und die schwierigen Aufgaben des Wiederaufbaus. Die ersten Ansätze des Entstehens unterschiedlicher politischer Systeme und Gesellschaftsordnungen werden lediglich angedeutet. Erst die Gründung der beiden deutschen Staaten im Jahre 1949 wird als historischer Einschnitt hervorgehoben, der die Teilung Deutschlands zementiert hat. Die bereits hier möglichen Aspekte des Vergleichs der Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands einschließlich ihrer ideologischen und politischen Grundlagen sind in relativ geringem Umfang ausgeführt.

Nach der Gründung der beiden deutschen Staaten im Jahr 1949 verstärkt sich die divergierende Entwicklung, die eine Gestaltung eines einheitlichen Deutschland zunehmend ausschließt. Der Einfluss der Besatzungsmächte ist zwar noch vorhanden, wird aber in unterschiedlicher Weise und Intensität umgesetzt. In den Lehrplänen wird der wirtschaftliche Aufschwung in der Bundesrepublik mit dem

wachsenden Wohlstand in den Mittelpunkt gestellt, während die Entwicklung in der DDR weniger deutlich umrissen ist. Im Vordergrund stehen hierbei die Probleme der Übernahme des sowjetischen Modells und der durchgreifenden „Sowjetisierung“ der Gesellschaft mit den damit verbundenen politischen und wirtschaftlichen Folgen.

Das **Gesellschafts- und Machtsystem** unter der SED erfährt nur in wenigen Fällen eine relativ geschlossene Darstellung. Die grundsätzliche Charakterisierung des gesellschaftlichen Systems mit seinen politischen, ideologischen und auch ökonomischen Komponenten findet zwar in Ansätzen statt, wird aber kaum detailliert ausgeführt. Die Durchdringung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft seitens der Staatspartei SED wird wenig erkennbar. Auch das Instrumentarium der Machtsicherung kann aus den Lehrplänen nicht in seiner Komplexität erfasst werden. So sind die Rolle und Geschichte der Staatssicherheit und anderer Instrumente der Systemerhaltung nur in wenigen Fällen zur Behandlung vorgesehen, so dass tiefer gehende Kenntnisse der Schülerinnen und Schüler über Struktur und Funktionen der einzelnen Bestandteile nicht vorbereitet werden.

Von Repressionen in der DDR erfahren die Schüler nur an wenigen Stellen, die Lehrplananlage thematisiert diese Fragen nicht. Aus der Behandlung des Gesellschafts- und Machtsystems in der DDR werden nur wenige Gründe für die Krise des Systems und seinen Zusammenbruch abgeleitet.

Die **Gesellschaftsgeschichte der DDR** (Alltagsgeschichte, wirtschaftliche Entwicklung, Sozialpolitik, Rolle der Frauen, Jugendbewegung, Kirche im Sozialismus) wird lediglich in bestimmten Bereichen thematisiert und somit nur partiell in den Lehrplänen abgebildet. Am wenigsten Aufmerksamkeit erfährt eine Kritik des gesellschaftlichen Modells des Sozialismus in seiner Entwicklung sowie mit seinen theoretisch-ideologischen Quellen. Einzelne Bereiche der Gesellschaft, wie die Wirtschaft und die Sozialpolitik, werden in bestimmten Lehrplänen, vor allem Sozialkunde, behandelt. Andere ausgewählte Bereiche, wie Familie, Frauen und Jugend sind nicht eigenständig ausgewiesen, so dass vor allem der zweifellos die Schülerinnen und Schüler ansprechende Themenkreis Jugend nicht seiner Bedeutung gemäß ausgeführt wird. Die Chancen, die ein vergleichender Blick auf die Gesellschaftsgeschichte der beiden deutschen Staaten für den Prozess der inneren Einheit bieten würde, werden nicht genutzt.

Die Behandlung der Kirche im Sozialismus wird in wenigen Fällen von der Religionslehre aufgegriffen, kommt aber dort bei der thematischen Fülle dieser Unterrichtsgebiete zu kurz. Damit wird auch ein Ansatzpunkt nicht genutzt, der das Zusammenwirken von Opposition und Kirche im Sozialismus der DDR deutlich machen könnte.

Die Herausbildung von **Widerstand und Opposition** in der DDR wird in den Lehrplänen nur unsystematisch aufgenommen. Die historischen Quellen von Widerstand und Opposition werden kaum aufgespürt, ebenso der Umfang des Wirkens oppositioneller Kräfte in und außerhalb der SED. Nicht beleuchtet werden die realen Möglichkeiten und Chancen, unter der Gefahr massiver Repressionen Einfluss auf die Entwicklung des Landes zu nehmen. Die Ergebnisse eines Reifeprozesses der Opposition in den 70er und 80er Jahren werden nicht ausgemacht, neuere Forschungen dazu fließen nicht ein.

Die Rolle der Opposition bei der friedlichen Revolution 1989 und ihrer Vorbereitung wird in den Lehrplänen dargestellt, jedoch werden die komplexeren Einflüsse anderer endogener und exogener Kräfte bei der friedlichen Revolution (wirtschaftliche Entwicklung, Ausreisebewegung, Perestroika und Glasnost, Entwicklungen innerhalb der Warschauer Vertragsstaaten etc.) nur partiell erwähnt.

Die Behandlung des **17. Juni 1953** als eines Kulminationspunktes des Widerstandes wird in der Mehrheit der gesichteten Lehrpläne durch entsprechende Hinweise angeregt. Überhaupt keine Erwähnung findet jedoch der 17. Juni 1953 in den Lehrplänen der Fächer Sozialkunde, Gemeinschaftskunde, Politik, Religion, Deutsch und Erdkunde, obwohl sie das Thema DDR in verschiedener Weise aufgreifen.

Insgesamt wird der historischen Bedeutung des 17. Juni 1953 in der gesamtdeutschen Geschichte durch die Platzierung in den Lehrplanangeboten nicht in dem Maße Rechnung getragen, wie es durch die Bedeutung des Volksaufstandes in der DDR gegenwärtig geboten erscheint. Zumeist wird durch die Knappheit der Formulierung in den Lehrplänen die Chance vergeben, eine thematische Einordnung in die Erörterung der Widersprüche der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR, der Charakterisierung des Herrschaftssystems der SED und des Entstehens von oppositionellen Kräften vornehm-

men zu können. Die historisch-vergleichende Linienführung zum Aufbegehren der DDR-Bevölkerung im Herbst 1989 wird deshalb durch die Lehrplangestaltung nicht angeregt.

Die jüngeren Forschungen nach 1990 und im Vorfeld des 50. Jahrestages des 17. Juni 1953 haben dazu beigetragen, neue Erkenntnisse über den Umfang und die Konsequenzen des Aufstandes von gut einer Million DDR-Bürger gegen die SED-Herrschaft zu gewinnen. Es ist deshalb angebracht, diese Ergebnisse verstärkt in die Lehrplangestaltung einzubeziehen.

Die **deutsch-deutschen Beziehungen** und die Erlangung der deutschen Einheit stellen ein wichtiges Politikfeld dar, in dem innen- und außenpolitische Fragen verflochten sind. Die deutsch-deutschen Beziehungen in den 50er bis 70er Jahren finden als spezielles Thema wenig Aufmerksamkeit. Nach dem Scheitern der Wiedervereinigungsgedanken und Konföderationsvorstellungen wird die Entwicklung in den beiden deutschen Staaten zunehmend parallel abgearbeitet. Erst die neue Ostpolitik, das Zustandekommen der Ostverträge und des Grundlagenvertrages und der KSZE-Prozess rücken die gemeinsame Geschichte mehr in den Vordergrund.

Große Aufmerksamkeit wird in den Lehrplänen dem Verlauf der Erhebung der DDR-Bevölkerung im Herbst 1989 und dem der friedlichen Revolution folgenden Prozess der deutschen Wiedervereinigung gewidmet. Die Bedeutung des 3.10.1990 als Tag der Deutschen Einheit wird in den Lehrplandokumenten durchgehend gewürdigt.

In Abhängigkeit von der Inkraftsetzung und somit vom Zeitraum der Erarbeitung der jeweiligen Lehrpläne erfahren die Folgen der Einheit, vor allem die Probleme des sozialen, wirtschaftlichen und mentalen Zusammenwachsens, eine differenzierte Beachtung. Erst die Lehrpläne ab 1999 gehen dezidiert auf die Langfristigkeit und Komplikationen dieses Prozesses ein.

Zur chronologischen Darstellung

Aus vorwiegend chronologischer Sicht gibt es in den Lehrplänen eine ungleichgewichtige Behandlung verschiedener Zeitabschnitte der DDR-Geschichte bzw. der deutsch-deutschen Geschichte. Als Schwerpunkte sind die Nachkriegsjahre, der revolutionäre Umbruch 1989 und der Weg zur deutschen Einheit auszumachen. Die gesellschaftlichen und historisch relevanten Prozesse in den dazwischenliegenden Jahrzehnten (50er bis 70er, Anfang 80er Jahre), einschließlich solcher Ereignisse wie der Volksaufstand 1953, geraten bei der Strukturierung der Lehrpläne teilweise in den Hintergrund, so dass die Hinführung zum bedeutendsten politisch-historischen Ereignis der Nachkriegsgeschichte Deutschlands, der friedlichen Revolution in der DDR und der Wiedererlangung der deutschen Einheit, nicht schlüssig genug erscheint.

5.3 Ausblick und Schlussfolgerungen

Die Komplexität des politischen Geschehens in der Gegenwart und die Probleme der Zukunft setzen höhere Maßstäbe an die politische Bildung und an das Geschichtsbewusstsein der jetzigen Schüler. Der sich vollziehende Generationswechsel lässt die konkrete Erinnerung verblassen, Nostalgie und Verdrängung behindern den Umgang mit einem wichtigen Teil der deutschen Geschichte. Es wäre unverantwortlich, Defizite im historisch-politischen Wissen zur deutschen Geschichte zuzulassen, weil dadurch das Profil der heutigen Schüler als mündige Bürger von morgen verblassen würde.

Das Wissen über die DDR-Geschichte und damit über die Entwicklung Deutschlands von 1945 bis 1989/90 insgesamt gehört zu den unverzichtbaren Bausteinen des Geschichtsbewusstseins der Jugend. Bei der Notwendigkeit von Bildungsreformen, der Einführung von Bildungsstandards und der Positionierung im internationalen Vergleich dürfen historische Kenntnisse nicht ins Hintertreffen geraten.

Die Erstellung qualifizierter Lehrpläne, ihre zielgerichtete Umsetzung und Weiterentwicklung sind wichtige Schritte zur Vermittlung von Wissen zur DDR-Geschichte und damit zur deutschen Geschichte. Darüber hinaus sollte nach Möglichkeiten gesucht werden, den Wissensstand der Schüler zu erfassen, die Aufnahme des aktuellen Forschungsstandes in den verwendeten Schulbüchern zu evaluieren und die Vorbereitung der Lehrer auf die Unterrichtung auf diesem Feld der deutschen Geschichte mit allen vorhandenen Möglichkeiten zu unterstützen.

Anhang

Anhang I 17. Juni 1953 - Beispiele aus Lehrplänen

Zur Beleuchtung des Kontextes, in dem in den Lehrplänen der 17. Juni 1953 erwähnt wird, folgen ausgewählte Beispiele (Auszüge) aus den Lehrplänen.

Brandenburg

Sekundarstufe I, Vorläufiger Rahmenplan Lernbereich „Gesellschaftslehre“, Geschichte, 1991
Klassenstufe 9/10

Unterrichtseinheiten:

Nr. 10 „Der Ost-West-Konflikt - Krisen in Europa“

Themen:

- 17. Juni 1953; Arbeiteraufstand oder Westprovokation?
- Ungarn 1965
- Berlin 1961, Ursachen und Folgen des Mauerbaus
- Prag `68: „Prager Frühling“ und seine Folgen
- Polen `80: Sozialismus und Solidarnosz

(BB, 4)

Mecklenburg-Vorpommern

Gymnasium, Integrierte Gesamtschule, Rahmenplan Geschichte, Erprobungsfassung 2002,
Jahrgangsstufe 10

21. Themenbereich: Das geteilte Deutschland – die Entwicklung nach 1949

Die markierten Themen sind obligatorisch, weil sie besonders zur Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR führen. Eine Absprache mit Sozialkunde bietet sich für die politischen und ökonomischen Systeme an.

Angebotene Themen

Die politischen Systeme

LG Errichtung der drei Nordbezirke 1952

Mögliche Ziele

Den Staatsaufbau der BRD, und DDR vergleichen und auf demokratische und diktatorische Elemente untersuchen

Die Funktion der SED als herrschender Partei in der DDR bewerten

Soziale Marktwirtschaft und sozialistische Planwirtschaft

LG Kollektivierung der Landwirtschaft im Norden

Mögliche Ziele

Die Entwicklung der Wirtschaftsstrukturen in der BRD und DDR gegenüberstellen und vergleichen

Der Alltag der Deutschen im geteilten Land

LG Grenzsicherungsanlagen

Mögliche Ziele

Einige Lebensbereiche und ihre Einbindung in die politischen Bedingungen kennen lernen, z. B. Kultur und Zensur, Sport, Jugend, Frauen, soziale Sicherungen, Reisen

Herrschaftssicherung und Umgang mit der Opposition in der DDR

LG Lokale Stasi-Tätigkeit

Mögliche Ziele

Am Beispiel des 17. Juni 1953 und des Wirkens des Staatssicherheitsdienstes Repressionsformen verdeutlichen

Die deutsche Frage und die Integration der BRD und der DDR in die Militärblöcke

Mögliche Ziele

An ausgewählten Beispielen (Stalin-Note 1952, Mauerbau 1961) die Deutschlandfrage im Spannungsfeld des Kalten Krieges diskutieren

(MV, 2)

Mecklenburg-Vorpommern

Regionale Schule, Verbundene Haupt- und Realschule, Hauptschule, Realschule, Integrierte Gesamtschule, Rahmenplan Geschichte (Leitlinien für den Geschichtsunterricht), Erprobungsfassung 2002
Jahrgangsstufe 10

16. Themenbereich: Das geteilte Deutschland nach 1949

Die **markierten Themen** sind obligatorisch, weil sie besonders zur Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR führen. Eine Absprache mit Sozialkunde bietet sich für die politischen und ökonomischen Systeme an.

*Angebotene Themen***Das geteilte Deutschland im Ost-West-Konflikt bis zum Mauerbau 1961***Mögliche Ziele*

Die politische, wirtschaftliche und militärische Integration in die Blöcke bis zur völligen Abschottung der DDR vergleichen

Die Rolle des 17. Juni 1953 in der DDR-Geschichte bewerten

Die Bedeutung der Westbindung der BRD für die Innen- und Deutschlandpolitik beurteilen

*Angebotene Themen***Die politischen Systeme in Ost und West***Mögliche Ziele*

Den Staatsaufbau der BRD und DDR vergleichen und auf demokratische und diktatorische Elemente untersuchen

Die Funktionen der SED als herrschender Partei und des Staatssicherheitsdienstes in der DDR bewerten

(MV, 5)

Niedersachsen

Integrierte Gesamtschule, Gesellschaftslehre, 1993

Jahrgangsstufe 9/10

Nr. 67 Thema: Wie wir wurden, was wir sind – Die Bundesrepublik Deutschland

Schuljahrgang: 10

Schlüsselproblem(e):

Herrschaft und Demokratisierung

Intentionen:

Ausgehend von einem aktuellen Konflikt um die Rolle Deutschlands in der Welt oder einem innenpolitischen Ereignis sollte an der unmittelbaren Betroffenheit und Identität der Schülerinnen und Schüler angeknüpft werden. Dabei sollten das Grundgesetz, vor allem aber die Grundrechte, als Maßstab zur Beurteilung des aktuellen Konflikts herangezogen werden.

Die Frage nach der historischen Entwicklung Deutschlands zu einem demokratischen Staatswesen nach 1945 sollte den Schülerinnen und Schülern den Ausgangspunkt und den langen Weg zum heutigen Sozial- und Rechtsstaat verdeutlichen. Dabei ist in Grundzügen der unterschiedliche Weg der beiden deutschen Staaten sowohl nach den Vorgaben der jeweiligen Besatzungsmacht als auch die Beteiligung der Deutschen selbst bei der Ausgestaltung der Herrschaftsordnung ihres jeweiligen Staates aufzuzeigen. Die Verwirklichung oder Behinderung demokratischer Teilhabe an staatlichen Entscheidungen sollte Auswahlkriterium für die historischen Beispiele aus der Geschichte Deutschlands sein. Die wirtschaftlichen Grundlagen – Marktwirtschaft bzw. Planwirtschaft – für die Entwicklung der beiden deutschen Staaten und ihre Vereinigung sollten in Grundzügen dargestellt werden, auch unter dem Aspekt des Alltags in den verschiedenen Phasen nach 1945. Den Abschluss sollte die Behandlung der Probleme der Einheit Deutschlands und seiner Stellung in Europa bilden.

Inhaltliche Schwerpunkte:

- aktueller außenpolitischer oder innenpolitischer Konflikt
- das Grundgesetz und die Grundrechte als Maßstab und Leitfaden des politischen Handelns
- Deutschland nach 1945 – von den Besatzungszonen zur Gründung zweier deutscher Staaten: Alltag, Integration in die jeweiligen Systeme der beiden Großmächte, Staatsgründungen, Brüche und Kontinuitäten
- Kalter Krieg
- Vergleich soziale Marktwirtschaft – Planwirtschaft
- Der Weg zur Einheit: Probleme der Vereinigung, Rolle Deutschlands in Europa

Fertigkeiten:

- Interpretation politischer Karikaturen
- Verfassungstexte untersuchen
- Kritische Analyse von Spiel- und Dokumentarfilmen

Methodische Anregungen:

- Hinweise zur Unterrichtsorganisation und Binnendifferenzierung
- Gespräche mit Abgeordneten, Ratsmitgliedern zu einem aktuellen Konflikt
- Analyse von Zeitungsartikeln zu einem aktuellen politischen Konflikt
- Analyse von Wochenschauen aus der Bundesrepublik und der DDR zu wichtigen Ereignissen
- Analyse von Reden und Gedenksendungen zum 17. Juni 1953
- Besuch von historischen Ausstellungen zur Geschichte nach 1945
- Fahrten nach Bonn, Hannover, Berlin, zur früheren Grenze der DDR
- Vergleich älterer Geschichtsbücher aus der Zeit des Kalten Krieges
- Spielfilme zum Thema „Die 50er Jahre“ analysieren

Medien, Materialien, außerschulische Kontakte:

- Berger, Th., Müller, K.-H., (Hrsg.) Lebenssituationen 1945-1948, Frankfurt/M. 1987

- Baer, S., Die Magermilchbande, Frankfurt/M. 1985
- Kordon, K., Ein Trümmersommer, Weinheim 1985
- Schönfeldt S. Gräfin, Der Krieg ist aus – und nun?, München 1977
- Deutschland nach 1945: AV-Medien zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bis zur Mitte der 60er Jahre, hrsg. Vom Nds. Landesverwaltungsamt – Landesmedienstelle – , Hannover 1989

(NI, 6)

Sachsen-Anhalt

Gymnasium, Geschichte, Rahmenrichtlinien Gymnasium/Fachgymnasium, 2000
Jahrgangsstufe 7-10, 11-13

Sekundarstufe I: Fachspezifische Themen in den Schuljahrgängen 9/10:

Thema 14: Deutschland nach 1945 – Leben im geteilten Land ZRW: 19 Stunden

Ziele:

Die Schülerinnen und Schüler

stellen die Beziehungen der beiden deutschen Staaten von 1949 bis 1989 dar,
zeigen Folgen auf, die die Konkurrenz der Wirtschaftssysteme auf den jeweiligen Staat auslöste,
vergleichen die Systeme im Hinblick auf das Alltagsleben der jeweiligen Bevölkerung,
untersuchen den Handlungsspielraum, den die beiden deutschen Staaten für deutsch-deutsche Annäherung besaßen,
erklären die Ursachen und Bedingungen für das Ende der DDR.

Inhalte (Pflicht)

1. Zwei deutsche Staaten auf deutschem Boden

Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess
Besatzungszonen und Politik der Besatzungsmächte
Die Entstehung zweier deutscher Staaten

2. Politik im geteilten Deutschland

Integration der Bundesrepublik und der DDR in Bündnissysteme
Die Hallsteindoktrin
Vom Mauerbau zum Grundlagenvertrag und zur innerdeutschen Entspannung

3. Westliche Lebensweise

Konkurrenz der Wirtschaftssysteme: soziale Marktwirtschaft / sozialistische Planwirtschaft
Arbeitsalltag im Sozialismus und Kapitalismus, Frauen in Ost und West, Familien in Ost und West,
Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter bzw. Gastarbeiterinnen und -arbeiter
Jugend und Schule
Staatssicherheitsdienst
Der Umgang mit der Umwelt in beiden deutschen Staaten

4. "Wir sind das Volk!" – "Wir sind ein Volk!"

die Montagsdemonstrationen und der Aufbruch in der DDR
friedliche Revolution, Grenzöffnung und Vereinigung
die Kontroverse: Beitritt (Artikel 23 Grundgesetz) oder Vereinigung (Artikel 146 Grundgesetz)

Inhalte (Wahlpflicht)

I. 17. Juni 1953 – ein Fallbeispiel,
Vorgeschichte, Ereignisse und Auswirkungen,
Vergleich mit den Ereignissen von 1989

II. Landwirtschaft in der DDR

(...)

Sekundarstufe II: Themen in den Schuljahrgängen 12/13:

Grundkurs: Kurs 4: Deutschland im Widerstreit der Systeme

Anspruch:

Solange die Bundesrepublik Deutschland und die DDR bestanden, blieben sie aufeinander bezogen. Die Beziehungen und wechselseitigen Beeinflussungen zwischen beiden deutschen Staaten sowie ihre systembedingten Abhängigkeiten prägten die deutsche und europäische Nachkriegsgeschichte.

Der niveaustufengerechte Anspruch besteht darin, die Verflechtung in der Abgrenzung vor dem Hintergrund der Systemkonfrontation als herausragendes Merkmal der doppelten deutschen Zeitgeschichte zu untersuchen.

Ziele:

Die Schülerinnen und Schüler

wenden die Fachbegriffe Blockbildung, Volksdemokratie, Stalinismus und (friedliche) Koexistenz auf die deutsche und europäische Geschichte nach 1945 an,

ordnen die Geschichte der deutschen Teilung nach 1945 in europäische und Weltgeschichte ein,

untersuchen, wie sich der Gegensatz der Gesellschaftssysteme stetig vertiefte und welche Auswirkungen auf beide deutsche Staaten zu verzeichnen waren,

diskutieren, in welcher Weise geteilte Geschichte in die gemeinsame Gegenwart hineinreicht.

Inhalte:

1. Europa im Zeichen der Blockbildung

Prinzipien der Besatzungspolitik und deutschland- wie europapolitische Konzeptionen der Alliierten

Alliiertes Besatzungsregime und politischer Neuaufbau in Deutschland

Deutschland im Konflikt zwischen den Siegermächten (1947-1949), der Ausbruch des Kalten Krieges und seine Auswirkungen auf Deutschland und Europa

Ausbau der sowjetischen Hegemonie in den osteuropäischen Staaten.

2. Das geteilte Deutschland im geteilten Europa

doppelte Staatsgründung

Ost- bzw. Westintegration der beiden deutschen Nachkriegsstaaten

Das Offenhalten ihrer deutschlandpolitischen Option durch die Sowjetunion bis 1954/55 bei zunehmender Sowjetisierung der DDR, der 17. Juni 1953

Die DDR. Strukturen und Wandlungsprozesse (1949-1990)

Alltag der deutschen Teilung

Die bundesrepublikanische Diskussion um die Deutschland- und Ostpolitik nach dem Mauerbau vom 13. August 1961, Kooperation in der Konfrontation nach 1969

3. Das vereinigte Deutschland im vereinigten Europa (Pflicht)

Reformanstöße und -bewegungen Osteuropas: Ausgangs- und Bezugspunkte für Opposition und Protest in der DDR

Das Ende der staatlichen Teilung

Probleme der inneren Einheit

Leistungskurs: Kurs 4: Deutschland im Widerstreit der Systeme

Anspruch:

Solange die Bundesrepublik Deutschland und die DDR bestanden, blieben sie aufeinander bezogen.

Die Beziehungen und wechselseitigen Beeinflussungen zwischen beiden deutschen Staaten sowie ihre systembedingten Abhängigkeiten prägten die deutsche und europäische Nachkriegsgeschichte.

Der niveaustufengerechte Anspruch besteht darin, die Verflechtung in der Abgrenzung vor dem Hintergrund der Systemkonfrontation als herausragendes Merkmal der doppelten deutschen Zeitgeschichte zu untersuchen. Dabei ist die „gemeinsame Trennung“ über die politische Dimension hinaus durch soziale, ökonomische, kulturelle und mentalitätsgeschichtliche Aspekte zu erklären.

Ziele:

Die Schülerinnen und Schüler

erwerben grundlegende Kenntnisse zu politischen, sozialen, ökonomischen, kulturellen und mentalitätsgeschichtlichen Aspekten der "gemeinsamen Trennung" und erörtern deren gegenseitige Durchdringung,

wenden die Begriffe Demokratie, Parlamentarismus, Stalinismus, Zentralverwaltungswirtschaft und (soziale) Marktwirtschaft auf die deutsche, west- und osteuropäische Geschichte nach 1945 an, ordnen die Geschichte der deutschen Teilung nach 1945 in europäische und Weltgeschichte ein, untersuchen, wie mit gleichen oder ähnlichen politischen, sozialen, ökonomischen, kulturellen und mentalitätsgeschichtlichen Herausforderungen in der DDR und der BRD umgegangen wurde, erörtern Handlungsspielräume von Personen und Gruppen in den beiden Staaten diskutieren, in welcher Weise geteilte Geschichte in die gemeinsame Gegenwart hineinreicht.

Inhalte:

1. Europa im Zeichen der Blockbildung

Prinzipien der Besatzungspolitik und deutschland- wie europapolitische Konzeptionen der Alliierten
Alliiertes Besatzungsregime und politischer Neuaufbau in Deutschland

Entnazifizierung in unterschiedlichen Besatzungszonen

Deutschland im Konflikt zwischen den Siegermächten (1947-1949), der Ausbruch des Kalten Krieges und seine Auswirkungen auf Deutschland und Europa

Ausbau der sowjetischen Hegemonie in den osteuropäischen Staaten.

2. Das geteilte Deutschland im geteilten Europa

doppelte Staatsgründung

Ost- bzw. Westintegration der beiden deutschen Nachkriegsstaaten

Die „Stalin-Note“ vom 10. März 1952 als Forschungsproblem

Die Darstellung des 17. Juni 1953 in der Geschichtsschreibung von DDR und BRD

Die DDR. Strukturen und Wandlungsprozesse (1949-1990)

Die Bundesrepublik: Strukturen und Wandlungsprozesse (1949-1990)

Alltag der deutschen Teilung in der DDR und der BRD: offizielle Politik und private Lebensgestaltung

Die bundesrepublikanische Diskussion um die Deutschland- und Ostpolitik nach dem Mauerbau vom 13. August 1961, Kooperation in der Konfrontation nach 1969

(ST, 1)

Anhang II Amtsblatt des SMK, Nr. 14, vom 14. November 1995, S.329 - 334**Handreichung
des Schulausschusses der Kultusministerkonferenz
Darstellung Deutschlands im Unterricht**

Von der 273. Kultusministerkonferenz am 28./29. September 1995¹²

INHALT

- 0. Vorbemerkung
- 1. Ausgangslage
- 2. Aufgaben der Schule
 - 2.1 Die deutsche Frage und die Vereinigung
 - 2.2 Politische und vertragliche Grundlagen der Vereinigung
 - 2.3 Verhältnis zu den Nachbarn
 - 2.4 Das vereinte Deutschland in Europa
 - 2.5 Unterschiedliche Entwicklungen in beiden Teilen Deutschlands
 - 2.6 Das Grundgesetz als normativer Orientierungsrahmen für die innere Vereinigung
 - 2.7 Nachdenken über ein nationales Selbstverständnis
- 3. Hinweise

0. Vorbemerkung

Mit dem 3. Oktober 1990 ist die staatliche Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit Wirklichkeit geworden. Das Ende der 40jährigen deutschen Zweistaatlichkeit geht einher mit dem Ende der Teilung Europas und der Chance eines Neubeginns.

Der staatsrechtlichen Einheit muss das Zusammenwachsen im Inneren folgen. Nach wie vor gilt die Aussage des Bundespräsidenten von Weizsäcker zum Tag der Deutschen Einheit im Oktober 1990: „Es ist das Plebiszit eines jeden Tages, aus dem sich der Charakter unseres Gemeinwesens ergeben wird.“

Zur Herstellung der inneren Einheit Deutschlands in Verbindung mit der friedlichen Einigung Europas hat das Schulwesen seinen Beitrag zu leisten. Die nachstehende Handreichung umfasst Hinweise zur Orientierung über diese Thematik im Unterricht.

1. Ausgangslage

„Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“ Dieses vom Verfassungsgeber 1949 in der Präambel des Grundgesetzes aufgestellte Ziel wurde mit der Vereinigung der beiden Staaten in Deutschland am 3. Oktober 1990 erreicht. Eine wesentliche Voraussetzung dafür waren die Auflösungs- und Demokratisierungsprozesse im damaligen sowjetischen Machtbereich, die - auch unter dem erheblichen Druck der Ausreisewilligen - den schnellen Zusammenbruch des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems in der DDR zur Folge hatten.

Mit der Herstellung der Einheit in einem demokratischen Staatswesen wurde eine neue Phase der deutschen Geschichte eingeleitet. Außenpolitisch wird sie getragen von einem in internationale Vertragsgemeinschaften eingebundenen Staat, der die uneingeschränkte völkerrechtliche Souveränität

¹² in Halle/Saale zur Kenntnis genommen

besitzt und dessen Grenzen durch entsprechende vertragliche Bestimmungen festgelegt sind. Innenpolitisch stand an ihrem Anfang ein in der deutschen Geschichte einzigartiger gewaltfreier Aufstand in der DDR, der zunächst vor allem von Bürgerrechtlern, innerkirchlichen und ökologischen Gruppen, sehr bald aber von der großen Mehrheit der Bevölkerung getragen und zur politischen Macht entwickelt wurde. Im Verlauf dieser Entwicklung ist der Ruf „Wir sind das Volk“ durch die Willensbekundung „Wir sind ein Volk“ ergänzt und schließlich ersetzt worden.

Die Vereinigung hat dazu geführt, dass zwei deutsche Gesellschaften zusammenwachsen müssen, die sich als Folge der 40jährigen Teilung in wesentlichen Bereichen des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens verschieden entwickelt haben und für eine Übergangszeit auch weiterhin deutliche Unterschiede aufweisen. Verständigung und Zusammenwachsen können nur in Rücksichtnahme auf diese Unterschiede gelingen.

Der Vereinigungsprozess vollzieht sich vor dem Hintergrund unterschiedlicher Biographien, Alltagserfahrungen und -interpretationen. Für die Jugendlichen fällt dabei der gegenwärtige Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland zusammen mit ihrem Hineinwachsen in die Gesellschaft und ihrem Bestreben, eine eigene, selbstverantwortliche Existenz aufzubauen. Die Beschäftigung mit sich hieraus ergebenden Fragen, deren Beantwortung infolge des Vereinigungsprozesses und aufgrund wirtschaftlicher Strukturveränderungen regional und lokal unterschiedlich ausfallen wird, bietet für die pädagogische Arbeit in der Schule wichtige Anknüpfungspunkte, um Verständnis für die unterschiedlichen Bedingungen in den Ländern zu vermitteln sowie Bereitschaft dafür zu wecken, das Zusammenwachsen in Deutschland gemeinsam zu gestalten.

2. Aufgaben der Schule

2.1 Die deutsche Frage und die Vereinigung

Die „deutsche Frage“ ist im 19. Jahrhundert zunächst dadurch charakterisiert, dass nach 1815 das Interesse der deutschen Fürsten an der Wahrung ihrer einzelstaatlichen Souveränität und das Streben von Teilen der Bevölkerung in den Staaten des Deutschen Bundes nach einem Einheitsstaat und demokratischen Rechten einander gegenüberstanden. Zusätzlich war die nationale Frage durch den Streit um kleindeutsche und großdeutsche Lösungen bestimmt. Damit war das Problem verbunden, Sprach- und Kulturgrenzen in Mitteleuropa mit Staatsgrenzen in Einklang zu bringen. Das Frankfurter Parlament scheiterte letztlich an dem Versuch, den bestehenden Partikularismus zu überwinden, eine demokratische Verfassung in Deutschland durchzusetzen und die nationale Frage zu lösen. Diese Schwierigkeiten haben die Entwicklung eines Nationalstaats mit freiheitlich demokratischer Verfassungsordnung in Deutschland bis ins 20. Jahrhundert hinein nachhaltig beeinflusst. Sie prägten das Deutsche Reich von 1871 bis 1918 und in der Phase der Weimarer Republik von 1919 bis 1933 mit. Speziell der Versailler Vertrag, der die deutsche Niederlage am Ende des Ersten Weltkrieges besiegelte, bot für eine nationalistische Propaganda verhängnisvolle Ansatzpunkte. Da sich auch die Eliten in Staat und Gesellschaft der neuen Republik zum Teil verweigerten, kam es vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise und

der politischen Radikalisierung schließlich zum Scheitern der Weimarer Republik.

Der Nationalsozialismus missbrauchte nationale und soziale Ideen und brach radikal und programmatisch mit den demokratischen Traditionen. Seine verbrecherische Politik führte in die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges und in den Holocaust. Eine mehr als 40jährige Teilung Deutschlands war die Folge.

Durch den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag) vom 31. August 1990 ist die DDR der Bundesrepublik Deutschland beigetreten. Die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen wurden Länder der Bundesrepublik Deutschland. Die 23 Bezirke von Berlin bilden seitdem das Land Berlin. Durch Beschluss des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 wurde Berlin zur Hauptstadt des wiedervereinten Deutschlands.

Auf der Grundlage einer freiheitlich-demokratischen Verfassung, der föderativen Staatsstruktur und der Anerkennung der bestehenden Grenzen fand die vollzogene Vereinigung der bis dahin beiden deutschen Staaten die Zustimmung der europäischen Nachbarn und ehemaligen Siegermächte. Die Bedeutung dieses Geschehens muss der jüngeren Generation überliefert und bewusst gemacht werden.

Es ist Aufgabe der Schule, die Schülerinnen und Schüler mit den wesentlichen Momenten der Entwicklung in Deutschland vertraut zu machen und dabei auf Kontinuitäten und Brüche besonders der neueren deutschen Geschichte einzugehen.

Folgende Leitthemen werden empfohlen:

Nationalidee und Nationalbewegung, insbesondere vor dem Hintergrund der Ideen einer deutschen Nationalkultur, der französischen Revolution und der Freiheitskriege;

der deutsche Liberalismus und die wichtigsten Stationen auf dem Weg zu einer freiheitlichen und demokratischen Verfassung-, Entwicklung und Einfluss sozialer Bewegungen,

der preußisch-österreichische Dualismus und die daraus resultierenden Probleme; Konkurrenzverhältnis und wechselseitige Überlagerung von nationaler und sozialer Frage;

die historischen Interessenkonflikte zwischen Deutschland und seinen Nachbarn in West und Ost einschließlich der Folgen von Aggressionen, Expansionspolitik und Kriegen;

der Nationalsozialismus und seine Entwicklungsvoraussetzungen;

die Teilung Deutschlands und die Stationen des Weges zur Vereinigung.

2.2 Politische und vertragliche Grundlagen der Vereinigung

Deutsche Frage und Deutschlandpolitik standen nach 1945 stets in enger Wechselbeziehung zur Entwicklung des internationalen Mächtesystems und waren für die beiden 1949 gebildeten Staaten in Deutschland auf dem Hintergrund von Blockbildung und Kaltem Krieg eingebettet in die Politik der jeweiligen Bündnisse.

Seit ihrer Gründung betrieb die Bundesrepublik Deutschland eine Politik der Verständigung und Freundschaft gegenüber dem Westen mit dem Ziel der europäischen Einigung. Die gelungene Westintegration wurde zum Fundament einer Politik der Öffnung und Kooperation auch gegenüber dem Osten.

Die seit Mitte der 60er und vor allem Anfang der 70er Jahre betriebene neue Ostpolitik der Bundesregierung, der spürbare Wandel in Ostmitteleuropa sowie die seit Mitte der 80er Jahre durch eine grundlegende Öffnung gekennzeichnete Politik der Sowjetunion leiteten einen neuen Abschnitt in den internationalen Beziehungen ein und schufen damit die Voraussetzungen für die friedliche Revolution in der DDR.

Der „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ vom 12. September 1990, die Verträge über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Sowjetunion vom 9. November 1990 bzw. Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik vom 27. Februar 1992 sowie der Vertrag zwischen Deutschland und Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenzen vom 14. November 1990 bekräftigen die Anerkennung der im Gefolge des Zweiten Weltkrieges festgelegten Grenzen durch das vereinte Deutschland. Konsens bestand auch darüber, dass das vereinte Deutschland Mitglied bestehender internationaler Vertragsgemeinschaften bleiben werde.

Es ist Aufgabe der Schule zu zeigen, dass die Herstellung der Einheit Deutschlands ohne eine intensive Abstimmung und ohne das Einvernehmen mit den ehemaligen Siegermächten und anderen Vertragspartnern nicht möglich gewesen wäre.

2.3 Verhältnis zu den Nachbarn

Der vom nationalsozialistischen Regime am 1. September 1939 als Eroberungskrieg begonnene und mit der bedingungslosen Kapitulation und dem vollständigen Zusammenbruch des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945 beendete Zweite Weltkrieg hat auch zum Verlust von jahrhundertlang überwiegend von Deutschen besiedelten und kulturell geprägten ehemaligen Ostgebieten sowie zur Vertreibung der Deutschen aus diesen Gebieten und aus ihren Siedlungsgebieten in der ehemaligen Tschechoslowakei geführt.

Die während der letzten Kriegsmonate und nach Kriegsende geflohenen, umgesiedelten und gewaltsam vertriebenen deutschen Bewohner dieser Gebiete verloren ihre Heimat. Sie ist seit 1945 zur Heimat von Polen und Tschechen geworden, deren Anspruch auf eine gesicherte Zukunft in diesen Gebieten inzwischen durch Verträge anerkannt ist.

Die Zusammenarbeit Deutschlands mit Frankreich, begründet im deutsch-französischen Kooperationsvertrag vom 22. Januar 1963, und den anderen westlichen Nachbarn ist ein Beispiel dafür, wie Verständigung und Aussöhnung möglich und lebendig werden können. Die Verträge mit unseren östlichen Nachbarn sind auf das Ziel gerichtet, auch zwischen Deutschen, Polen und Tschechen ein gleich gutes und enges Verhältnis herzustellen, das der gemeinsamen Zugehörigkeit zum europäischen Kulturkreis entspricht. Ein Weg in diese Richtung führt über die Erinnerung an die jahrhundertlang miteinander durchlebte, von vielen gegenseitigen Verbindungen geprägte Geschichte und die Pflege der zum Teil in fruchtbarem Zusammenwirken geschaffenen Kultur als gemeinsames Erbe. Darüber hinaus ist die Bundesrepublik Deutschland allen Deutschen, die außerhalb der Grenzen Deutschlands leben, so auch im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, in besonderer Weise verpflichtet.

Es ist Aufgabe der Schule, Kenntnisse über die früheren deutschen Siedlungsgebiete, ihre jahrhundertlang wechselvolle Geschichte sowie ihren Beitrag zur deutschen und europäischen Kultur zu vermitteln. Ein besonderer Auftrag ergibt sich aus der historischen Chance, dass ein Staat, auf dessen Gebiet jahrzehntlang fast unversöhnlich scheinende weltpolitische Gegensätze aufeinanderprallten, zur Brücke zwischen den Völkern werden kann. So wie es in den vergangenen Jahrzehnten im Verhältnis zu unseren westlichen Nachbarn geschah und weiter geschehen wird, müssen nun auch verstärkt Kontakte mit den östlichen Nachbarn hergestellt und gepflegt werden. Das bessere gegenseitige Kennenlernen ist ein geeignetes Mittel, eine wirkliche Aussöhnung herbeizuführen, Vorurteile und Vorbehalte dauerhaft abzubauen und einander in Offenheit zu begegnen. Den Schulen im vereinten Deutschland kommt bei der Bewältigung der genannten Aufgaben, die in der Gestaltung eines neuen, vom nachbarschaftlichen Geist geprägten Europa ihr Ziel haben, eine herausgehobene Bedeutung zu.

2.4 Das vereinte Deutschland in Europa

Der „Vertrag über die Europäische Union“ vom 7. Februar 1992 sowie der am 1. Januar 1993 Wirklichkeit gewordene Europäische Wirtschaftsraum, der die Europäische Union und die Europäische Freihandelszone umfasst, sind entscheidende Etappen auf dem Weg zur europäischen Einigung. Die geographische und politische Lage des vereinten Deutschlands wird durch die Tatsache bestimmt, dass es nunmehr Nachbar von neun Staaten ist. Damit besitzt Deutschland im Prozess des zusammenwachsenden Kontinents eine wichtige Brücken- und Integrationsfunktion. Mit der Auflösung der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Blockbildung in Europa ist Deutschland aufgrund seiner Lage zum wichtigsten Durchgangs- und Transitland zwischen allen Teilen des Kontinents geworden.

Der Kreis der Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist seit Bestehen der Europäischen Gemeinschaften mehrmals erweitert worden. Zwischen den Völkern und Staaten in Europa sind vielfältige Kontakte und Verbindungen entstanden, die dazu führen, dass Europa immer mehr als gemeinsamer Raum erfahren und verstanden wird. Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang das Bekenntnis Deutschlands zu einem gemeinsamen Haus Europa, in dem sich alle Staaten und Völker in freier Selbstbestimmung einrichten. Dabei kommt es darauf an, gerade vor dem Hintergrund des deutschen Einigungsprozesses ein Europa mit föderativen Strukturen zu schaffen, das die Erhaltung der kulturellen Eigenarten, der gesellschaftlichen Vielfalt, eine ausgewogene Wirtschaftsentwicklung und Bürgernähe von Entscheidungen in den Mitgliedstaaten gewährleistet.

Es ist Aufgabe der Schule, diesen Prozess, der die Menschen in ihrer Lebens- und Berufswelt zunehmend prägt, zu erklären. Dazu gehören Kenntnisse über die Entwicklung der europäischen Einigung mit ihren bisherigen Ergebnissen, aber auch mit den praktischen Schwierigkeiten und Problemen. Ziel muss die Einsicht sein, dass europäische Zusammenarbeit und Kommunikation ohne Alternativen sind, daß wichtige Bereiche - wie z. B. der Umweltschutz oder die Arbeitsmarktpolitik - in zunehmendem Maße mit den Nachbarn abgestimmt werden müssen. Auf den Grundsatzbeschluss der Kultusministerkonferenz über „Europa im Unterricht“ vom 7. Dezember 1990 wird verwiesen.

2.5 Unterschiedliche Entwicklungen in beiden Teilen Deutschlands

Die Auseinanderentwicklung in den beiden deutschen Staaten hat während der Zeit der Teilung Deutschlands in politischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und auch in kultureller Hinsicht für die persönliche Entwicklung und die Lebensgestaltung der Menschen sehr unterschiedliche Rahmenbedingungen gesetzt.

Die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Institutionen im real existierenden Sozialismus marxistisch-leninistischer Prägung sowie der Versuch der totalen Vereinnahmung des Individuums

und der Familie brachten für die Menschen in der DDR erhebliche Belastungen mit sich. Gleichwohl hatten Selbstbehauptung und Widerstand einzelner eine beträchtliche Ausstrahlung, weshalb diese um so unnachgiebiger verfolgt wurden. Auf der anderen Seite der Grenze boten mehr als vier Jahrzehnte Aufbau und Gestaltung von parlamentarischer Demokratie, Rechtsstaat, sozialer Marktwirtschaft und pluralistischer Gesellschaft auf der Basis der Wertmaßstäbe des Grundgesetzes für den einzelnen vielfältige Möglichkeiten der Entfaltung und Mitwirkung. Gesellschaftliche und politische Auseinandersetzungen um den Unterschied zwischen Wirklichkeit und Anspruch der Verfassung waren dabei ein wichtiger Motor für demokratischen und sozialen Fortschritt. Die Frage nach der Bewertung einer mehr als 40 Jahre dauernden Lebensspanne während der Teilung stellt sich vor diesem Hintergrund für die Menschen in den alten und in den neuen Ländern in unterschiedlicher Weise. Nicht zu übersehen ist, dass die Bevölkerung in der ehemaligen DDR trotz schlechterer Ausgangsbedingungen und eines Systems politischer Unfreiheit erhebliche soziale, wirtschaftliche und kulturelle Leistungen erbracht hat. Sie bedürfen im Interesse der Verständigung und des Zusammenwachsens einer differenzierten Würdigung.

Der für viele überraschend schnelle und tiefgreifende Wandel der Verhältnisse in den neuen Ländern kann, auch wenn viele Bürger ihn seit Jahren herbeigesehnt hatten, nur allmählich bewältigt werden. Der Prozess des Zusammenwachsens wird voraussichtlich noch lang andauern. Er fordert alle Deutschen gleichermaßen heraus, und er bringt zum Teil große und schwierige Veränderungen in allen Lebensbereichen mit sich. Die Herstellung sozial gerechter und gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen ist ein wichtiges Ziel deutscher Innenpolitik. Eine angemessene Verteilung der hieraus resultierenden Lasten stellt Staat und Gesellschaft vor schwierige Aufgaben.

Mit zunehmendem Abstand von der Periode der Teilung ergibt sich das Problem der historischen Wahrheit über diese Zeit. Hierzu bedarf es der gemeinsamen Aufarbeitung der Geschichte der Teilung Deutschlands, der Entwicklung der unterschiedlichen deutschlandpolitischen Situationen und Einschätzungen sowie der Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland. Zur gemeinsamen Aufarbeitung der Geschichte der Teilung gehört auch die Aufdeckung begangenen und erlittenen Unrechts und von Gewaltmaßnahmen. Der brutal niedergeschlagene Aufstand des 17. Juni 1953, der Bau der Mauer im August 1961, der Aufbau eines allumfassenden Bespitzelungssystems und die hermetische Abriegelung der Grenze durch die Machthaber in der DDR sind dafür Zeugnis.

Millionen Bewohner des Gebietes der DDR flüchteten in den 40 Jahren ihres Bestehens in die Bundesrepublik Deutschland, viele Oppositionelle wurden zu Haftstrafen verurteilt oder zum Weggang gezwungen. Hunderte kamen bei dem Versuch, die Grenzen zu überqueren, zu Tode. Insbesondere seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre fand die politische und gesellschaftliche Opposition in der DDR ihren Ausdruck in einer wachsenden Anzahl von bürgerrechtlichen, ökologischen, friedensorientierten und innerkirchlichen Gruppen. Trotz Bespitzelung, politischer Verfolgung und Ausbürgerungsdruck entwickelten sich diese Gruppen weiter zur gesellschaftlichen Demokratiebewegung, die im Herbst 1989 in den gewaltfreien Aufstand in der DDR mündete und zum Zusammenbruch des politischen Systems führte.

Die mit dem politischen System der DDR gemachten Erfahrungen sind für die Zukunft nur dann fruchtbar, wenn sie zu einem wesentlichen Inhalt der politischen Bildung im vereinten Deutschland werden. Auf die Beschlussempfehlungen und den Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur“ vom 13. Mai 1992 (Deutscher Bundestag, Drucksache 12/2597 vom 17. Mai 1992) wird verwiesen.

Es ist Aufgabe der Schule, den Heranwachsenden die Geschichte der Teilung sowie der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen im geteilten Deutschland bewusst zu machen. Es gilt, Verständnis für die jeweilige Lebenssituation und damit verbundene Einstellungen in den nun zusammenwachsenden Teilen Deutschlands zu wecken sowie Vorbehalte und Ressentiments abzubauen bzw. nicht entstehen zu lassen. Ziel der unterrichtlichen Arbeit ist aber vor allem die Förderung der Bereitschaft, an der Bewältigung der Aufgaben mitzuwirken, die sich im Zusammenhang mit der Herstellung vergleichbarer Lebensverhältnisse ergeben.

2.6 Das Grundgesetz als normativer Orientierungsrahmen für die innere Vereinigung

Die unserer Verfassung zugrunde liegenden Prinzipien und Wertvorstellungen bilden einen wichtigen Maßstab für die Bewertung der historischen Entwicklung in Deutschland nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus. Nach der Vereinigung sind sie zugleich Ausgangspunkt für die Herausbildung eines demokratischen Konsenses sowie für die Weiterentwicklung von Demokratie und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die erfahrbare Anerkennung und Wirkung des Grundgesetzes als normativer Orientierungsrahmen entzieht einer nachträglichen Idealisierung der Verhält-

nisse in der ehemaligen DDR den Boden. Allerdings können unterschiedliche Erfahrungen und ideologische Prägungen, die das politische und gesellschaftliche Leben im Osten und Westen Deutschlands in der zurückliegenden Zeit gekennzeichnet haben, nicht unberücksichtigt bleiben. Dazu gehört, dass für die Menschen im Osten Deutschlands die Unterbrechung demokratischer Traditionen durch Willkürherrschaft, politische Entmündigung und weltanschaulichen Dogmatismus länger gedauert hat als für die Menschen im Westen.

Es ist Aufgabe der Schule darauf hinzuwirken, dass sich die junge Generation mit den Prinzipien und Wertvorstellungen des Grundgesetzes auseinandersetzt und identifiziert. Den Jugendlichen muss in der Schule bewusst gemacht werden, dass kein gesellschaftlicher Missstand und keine negative Erfahrung eine Rechtfertigung für totalitäre Ideologien und Systeme der Ungleichheit und für Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung sein kann.

2.7 Nachdenken über ein nationales Selbstverständnis

Die Veränderungen in Deutschland haben gezeigt, dass nicht allein ökonomische und soziale Tatbestände politische und institutionelle Bedingungen menschliches Denken und Handeln beeinflussen. Die Gemeinsamkeiten von Sprache, Geschichte und Kultur haben auch in der Zeit der politischen Teilung Deutschlands fortgewirkt und den Deutschen das Bewusstsein ihrer Zusammengehörigkeit vermittelt. Gerade in den kulturellen Dimensionen von Sprache, Literatur, Kunst, Musik, Wissenschaft, Philosophie und Religion haben sich die Menschen in Zeiten äußerer Bedrängnis über die Grenzen hinweg Freiräume zur Kommunikation und zu Begegnungen erhalten.

Mit der Vereinigung treffen nunmehr Einstellungen, Erfahrungen und Werthaltungen aufeinander, die nach langen Jahren der Trennung, in gewisser Weise auch der Entfremdung, neu aufeinander bezogen werden müssen. An der unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedeutung von Wissenschaft, Kunst, Forschung und Lehre, von Religion und Kultur in beiden Teilen Deutschlands war dieses ablesbar.

Die Auseinandersetzung mit der gemeinsamen Sprache, Geschichte und Kultur liefert Anknüpfungspunkte für ein Nachdenken über das Selbstverständnis des einzelnen als Staatsbürger und als Angehöriger einer Nation sowie über die eigen Nation als Ort der Verwirklichung demokratischer Freiheitsrechte und sozial gerechten Zusammenlebens. Über diese Auseinandersetzung kann zugleich deutlich werden, dass die kulturellen Entwicklungen in Deutschland zu allen Zeiten mit denen in anderen, insbesondere den europäischen Nachbarländern verknüpft waren und von diesen beeinflusst sind. Auch die so entstandene kulturelle Vielfalt hat zu einer Bereicherung geführt und ihren Niederschlag in einer Vielfalt von Lebensformen in unserer Gesellschaft gefunden.

Nationales Selbstverständnis und Nationalismus stehen in Geschichte und Gegenwart häufig in einem problematischen Verhältnis zueinander. Seit der Französischen Revolution gibt es viele Beispiele dafür, wie kurz der Weg von der Idee der Nation zum Nationalismus ist und wie rasch dieser zur Bedrohung für die Nachbarn werden kann. Viele Verfechter eines deutschen Nationalstaates im Vormärz glaubten fest an die Verbrüderung der frei und selbständig gewordenen Nationen in Europa. Die Nationalidee war auf diese Weise eng mit der Anerkennung des Eigenwerts der benachbarten Völker, ihrer Kultur und ihrer Traditionen verbunden. Nationalismus dagegen setzt auf Abgrenzung und Abwertung anderer Völker und Kulturen sowie auf die Verabsolutierung der eigenen Interessen.

Es ist Aufgabe der Schule, den Jugendlichen bei ihrer Persönlichkeitsbildung und der Bestimmung ihres Verhältnisses zur Gesellschaft Hilfestellung zu leisten. Dabei kommt der Beschäftigung und Auseinandersetzung mit den historischen und kulturellen Entwicklungen, den ideengeschichtlichen und religiösen Prägungen eine wesentliche Bedeutung zu. Den Schülerinnen und Schülern soll bewusst werden, dass kultureller Reichtum aus der Vielfalt der Formen und Begegnungen mit anderen Kulturen erwächst. Sie sollen damit konfrontiert werden, dass in Deutschland sowohl Weimar als auch Buchenwald möglich waren, und nach den jeweiligen Ursachen fragen. Das Nachdenken über die eigene Nation im Verhältnis zu anderen Nationen führt zu Fragen etwa nach der Loyalität des Bürgers zum durch die Verfassung legitimierten Staat, nach gemeinsamen Grundwerten und nach der Legitimation eigenstaatlicher Interessen bei gleichzeitiger Anerkennung zwischenstaatlicher Rechtsregeln und Institutionen.

Vor dem Hintergrund einer eigenen leidvollen Vergangenheit ist im Unterricht eine Auseinandersetzung mit den Ursachen, Wirkungsweisen und Folgen des Nationalsozialismus unverzichtbar. Dabei muss auch der unterschiedliche Umgang mit diesem Teil gesamtdeutscher Geschichte in der Bundesrepublik Deutschland und in der ehemaligen DDR aufgezeigt werden.

Das Thema der deutschen Einheit sowie Fragen zur Bedeutung und Tradition nationaler Symbole sind geeignet, mit den Schülerinnen und Schülern den Sinn und die Funktion von Gemeinschaften bis hin

zur eigenen Nation zu erörtern. In diesem Zusammenhang kommen dem Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober sowie den demokratischen Traditionen aus der Zeit vor 1848, die sich in den Nationalfarben und in der Nationalhymne niederschlagen, eine wichtige Bedeutung zu.

Vor dem Hintergrund der deutschen Vergangenheit gilt es, einsichtig zu machen, dass Deutschland als Staat nur im Verbund mit den europäischen Nachbarstaaten politisch handlungs- und überlebensfähig ist.

3. Hinweise

Es werden folgende zusätzliche Hinweise für den Unterricht gegeben:

- (1) Die Darstellung der gesellschaftlichen Wirklichkeit und des Lebensbewusstseins im Deutschland der Gegenwart ist als Unterrichtsthema vor allem Gegenstand der Fächer Geschichte, Sozialkunde/Politik, Erdkunde, aber auch andere Fächer wie Deutsch, Kunst, Musik, Religionslehre, Philosophie und Ethik.
- (2) Die Auseinandersetzung mit der Geschichte Deutschlands seit 1945, den Fragen des inneren Zusammenwachsens im vereinten Deutschland und seiner Integration in Europa ist verpflichtender Bestandteil der Fächer Geschichte, Sozialkunde/Politik, Erdkunde.
- (3) Über den Fachunterricht hinaus sind Projektveranstaltungen, die Teilnahme an entsprechenden Schülerwettbewerben, gemeinsame Aktivitäten von Schulen aus beiden ehemaligen Teilen Deutschlands und den europäischen Nachbarländern sinnvoll. Wechselseitige Schulfahrten und Schulpartnerschaften zur Vertiefung der innerdeutschen Kommunikation werden empfohlen.
- (4) Die Schülerinnen und Schüler sollen nationale Gedenkstätten und zum Kulturerbe der Welt zählende nationale Denkmäler kennen. Hierbei wird auf die Empfehlung der Kultusministerkonferenz „Zur Behandlung von Fragen des Denkmalschutzes im Unterricht“ vom 10. März 1977 und den Bericht der Kultusministerkonferenz vom 2. Juli 1993 „Zur Situation der Behandlung von Fragen des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege in der Schule“ sowie die UNESCO-Liste des Welterbes verwiesen.
- (5) Der Unterricht zum Themenbereich „Das vereinte Deutschland“ macht es in besonderem Maße erforderlich, ausländische Schülerinnen und Schüler einzubeziehen und ihr Interesse zu gewinnen. Deshalb soll der Unterricht kulturübergreifend, europäisch und weltoffen gestaltet werden, um im gemeinsamen Lernen die Fähigkeit zur Solidarität und zum friedlichen Zusammenleben zu fördern.
- (6) Die Lehr- und Lernmittel für den Unterricht sollen dem Inhalt dieser Handreichung Rechnung tragen. Die hier enthaltenen Hinweise sollen auch im Rahmen der Lehreraus- und -fortbildung angemessen berücksichtigt werden. Besonders empfohlen werden dabei gemeinsame Fortbildungsveranstaltungen für Lehrerinnen und Lehrer aus den alten und den neuen Ländern.

Internationale und nationale Verträge sowie Gesetze und Beschlüsse im Zusammenhang mit der Handreichung „Darstellung Deutschlands im Unterricht“

- *Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vom 25. März 1957*
Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch französische Zusammenarbeit
vom 22. Januar 1963
 - *Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken*
vom 12. August 1970
 - *Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen*
vom 7. Dezember 1970
 - *Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über den Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) vom 17. Dezember 1971*
- (...)

**Anhang III Amtsblatt des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport – Nr. 1
vom 30. Januar 2002**

Rundschreiben 3/02

Vom 14. Januar 2002

Gz.: 32.7 - Tel. 866 - 38 26

Curriculare Vorgaben – Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik

1. Das Brandenburgische Schulgesetz wurde durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Schulgesetzes vom 1. Juni 2001 (GVBl. I S. 62) umfassend novelliert. Die überwiegenden Änderungen sind am 1. August 2001 in Kraft getreten. Die Rahmenlehrpläne für die einzelnen Schulstufen werden unter Berücksichtigung der Änderungen des Brandenburgischen Schulgesetzes weiterentwickelt und überarbeitet. Sie werden insbesondere verbindliche Anforderungen und Inhalte (Kerncurriculum) sowie Gestaltungsfreiräume und Wahlmöglichkeiten in Bezug auf den Unterricht der Fächer, Lernbereiche, übergreifenden Themenkomplexe oder Lernfelder bestimmen. Die Umsetzung der Ziele und Grundsätze der Erziehung und Bildung gemäß § 4 des Brandenburgischen Schulgesetzes erfordert eine Auseinandersetzung mit der Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik im Unterricht aller Schulstufen. Zur Gewährleistung einer zügigen Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben wird im Vorgriff auf die Überarbeitung der Rahmenlehrpläne und deren Inkraftsetzung bestimmt, dass die

„Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik“

Kernbestandteil des Curriculums in den Fächern Geschichte und Politische Bildung ist. In der Anlage werden weitergehende Hinweise zum Unterricht gegeben.

2. Die Hinweise zum Unterricht gelten im Sinne kumulativen Lernens für alle Jahrgangsstufen, d.h. sie bedürfen schulintern der altersangemessenen Berücksichtigung in der Umsetzung in die schuleigenen Lehrpläne. Ebenso sind sie bei der Festlegung pädagogischer Ziele und Schwerpunkte der Arbeit gemäß § 7 Abs. 2 des Brandenburgischen Schulgesetzes zu berücksichtigen.
3. Die Hinweise zum Unterricht sind allen Lehrkräften sowie den Mitwirkungsgremien der Schule zugänglich zu machen. Werden die Hinweise zum Unterricht durch einen Rahmenlehrplan außer Kraft gesetzt, sind sie fünf Jahre aufzubewahren. Danach können sie formlos vernichtet werden.
4. Dieses Rundschreiben tritt am 1. Februar 2002 in Kraft.

Anlage

**Die Geschichte
der Deutschen Demokratischen Republik (DDR)**
(Hinweise zum Unterricht)

Politische Bildung Sekundarstufe I

1. Allgemeines

Es ist Aufgabe der Schulen, die Bildungs- und Erziehungsziele gemäß § 4 des Brandenburgischen Schulgesetzes im Unterricht der Fächer, Lernbereiche, übergreifenden Themenkomplexe oder Lernfelder umzusetzen. Zur Fähigkeit, Zukunft zu gestalten, gehört reflektierendes Erinnern. In den Schulen des Landes Brandenburg ist die Geschichte der DDR verpflichtender Unterrichtsgegenstand in den Fächern Geschichte und Politische Bildung, darüber hinaus Thema des Unterrichts der Fächer, Lernbereiche, übergreifenden Themenkomplexe oder Lernfelder.

Die Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR ist auch für das Verständnis der Werte und Normen des Grundgesetzes und eine demokratische Erziehung notwendig. Geschichtliche Betrachtungen setzen Anteilnahme und Distanz voraus. Es ist Aufgabe der Lehrkräfte, sich diesem Anspruch zu stellen. Gute Beispiele im Land Brandenburg zeigen, dass Lehrkräfte zusammen mit ihren Schülerinnen und Schülern, mit außerschulischen Partnerinnen und Partnern und Zeitzeugen mit hoher Sensibilität die jüngere Geschichte erfahrbar machen. Der von vielen Zeitzeugen, den Lehrkräften selbst erlebte Alltag und die bedeutsamen historischen Daten mit ihren Wirkungen auf das Leben jedes Einzelnen werden so für Schülerinnen und Schüler, für die dies bereits Geschichte ist, nachvollziehbarer und konkret.

2. Rahmenlehrpläne

Die künftigen Rahmenlehrpläne werden die verbindlich zu bearbeitenden Inhalte und Themen präzise ausweisen und den Lehrkräften deutliche Orientierungspunkte geben.

Die derzeit geltenden Vorläufigen Rahmenpläne geben zum Beispiel für die Fächer Geschichte und Politische Bildung folgende Thematisierungen vor:

Geschichte Sekundarstufe I

- Die Welt nach 1945
- BRD und DDR – Die Gründung beider deutscher Staaten
- Der Ost-West-Konflikt – Krisen in Europa
- Deutschland einig Vaterland?

Geschichte Sekundarstufe II (GOST)

- Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert: Herrschaftssystem und Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur (Rahmenthema)
- Die Teilung Deutschlands und die Geschichte der beiden deutschen Staaten bis zur Wiederherstellung der deutschen Einheit (Kursthema)
- Geschichte der bipolaren Welt 1945 – 1989 (Kursthema)

Politische Bildung Grundschule

- Grundverständnis für Pluralismus und Demokratie

Politische Bildung Sekundarstufe I

- „Wir sind das Volk“ – Volksbewegung und Parteien
- „99,89 % - Die Partei hat immer recht.“
- „Diktatur und Demokratie“
- „Ossis und Wessis“

Politische Bildung Sekundarstufe II (GOST)

- „Wir sind das Volk!“ – Demokratiemodelle im Vergleich
- „Rückgabe vor Entschädigung?“ – Der Einigungsvertrag und seine Folgen
- „Rot = braun“? – Über die Vergleichbarkeit von faschistischen und sozialistischen Ideologien und Staaten
- Zwei Staaten – eine Nation! Spaltung und Einheit Deutschlands nach 1945

Darüber hinaus ist es Aufgabe der Lehrkräfte, insbesondere auch bei dieser Thematik Formen fachübergreifenden und fächerverbindenden Arbeitens zu nutzen.

Dabei können zum Beispiel folgende Gesichtspunkte zur Geltung kommen:

- besondere Ereignisse (wie 17. Juni 1953, 13. August 1961, 9. November 1989);
- nachhaltige Interessen und Fragen der Schülerinnen und Schüler;
- lokale oder regionalspezifische Bedingungen (wie Gedenkstätten als Orte der Mahnung, Erinnerung und Begegnung, Dokumentenanalyse, Zeitzeugenberichte und Befragungen (oral history, Lesungen);
- Kooperationsmöglichkeiten (z. B. unter Beteiligung mehrerer Fächer und außerschulischer Kooperationspartner);
- Projekte, die das jeweilige Schulprofil mitprägen.

3. Materialien

Für die Unterrichtsgestaltung kann bereits jetzt auf eine Vielzahl von Materialien zurückgegriffen werden, die Hilfe bei der Themenauswahl und der thematischen Aufarbeitung geben. Insbesondere wird auf folgende Materialien hingewiesen:

Gebauer, Lehmann, Paul-Calm, unter Mitwirkung von Heinlein und Karsten: Wir sind das Volk! DDR 1989 – ein Volk erzwingt die Demokratie, Handreichung für den historisch-politischen Unterricht in den Sekundarstufen I und II, hg. v. Landesinstitut für Schule und Weiterbildung, Soest 1992

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (Hrsg.): Geschichte, Struktur und Funktionsweise der DDR-Volksbildung, Berlin 1996 / 1997, (4 Bände)

Medienpädagogisches Zentrum des Landes Brandenburg (Hrsg.): Erziehung für das Militär? Erziehung für den Frieden! – Unterrichtsmaterialien zur Auseinandersetzung mit der vormilitärischen Erziehung in der DDR, 1995

Tilman Grammes, Ari Zühlke: Ein Schulkonflikt in der DDR. Arbeitshilfen für die politische Bildung. Dokumentenband und Leitfaden zum Dokumentenband. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn/Zwickau o.A.

Jens Gieseke unter Mitarbeit von Doris Hubert: Die DDR-Staatssicherheit. Schild und Schwert der Partei. Reihe: Deutsche Zeitbilder. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2000

Gabriele Schnell: Jugend im Visier der Stasi, Landeszentrale für Politische Bildung, Potsdam 2001

Bernd Faulenbach, Annette Leo, Klaus Weberskirch: Zweierlei Geschichte. Lebensgeschichte und Geschichtsbewusstsein von Arbeitnehmern in West- und Ostdeutschland. Reihe: Klartext. Bd. 11, Essen 2000

Martin Tabaczek, Johannes Altenberend: Deutschland nach 1945. Teilung und Einheit im internationalen Kräftefeld. Geschichts-Kurse für die Sekundarstufe II. Bd. 5, Schöningh Verlag, Paderborn 1997

Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (Hrsg.): Die Schule in der DDR im Blick der Staatssicherheit, Thillm, „Materialien“, Heft 42, 2001

Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (Hrsg.): Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR: Fluchtgeschichten, Thillm, „Materialien“, Heft 51, 2001

Weitere Titel können beim Pädagogischen Landesinstitut Brandenburg (PLIB) über das Internet unter www.plib.brandenburg.de und im Medienpädagogischen Zentrum (MPZ) www.bildungbrandenburg.de, bei der Landeszentrale für politische Bildung Brandenburg und der Bundeszentrale für politische Bildung unter www.politische-bildung.de gefunden werden.

Das MPZ bietet eine Fülle von Videos und Filmen an (z. B. Dokumentationen zur DDR-Justiz, zum Umbruch 1989/90, zum Medien- und Kulturbereich der DDR, Selbstzeugnisse von DDR-Bürgerinnen und -Bürgern).

Über das Internet: www.ddr-suche.de können zur DDR-Geschichte Materialien bezogen werden. Hierzu Beispiele für Stichworte:

- Aufarbeitung
- Betrieb und Kollektiv
- Freizeit (DDR-Computer Zeitschriften und Comics)
- HO und Handel
- Mauer und Grenze
- Museen und Gedenkstätten
- Musik
- NVA
- Personen
- Staat
- Stasi
- Verkehr
- Witze

4. Institutionen

Verschiedene Institutionen bieten den Schulen Materialien an und stehen außerdem mit Referentinnen und Referenten zur Verfügung. Sie sind auch dabei behilflich, Zeitzeugen zu gewinnen. Dies sind insbesondere

a) die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Glinkastraße 35, 10106 Berlin, Internet: <http://www.bstu.de>,

-
- b) Zeitgeschichtliches Forum Leipzig, Grimmaische Straße 6, 04109 Leipzig, (Dauerausstellung Geschichte der DDR als Diktatur und der Widerstand gegen die Herrschaft der SED), Internet: www.hdg.de,
 - c) das Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR e. V., Erich-Weinert-Allee 3, 15890 Eisenhüttenstadt, (Dokumentation zur Kultur-, Sozial- und Alltagsgeschichte), Internet: www.alltagskultur.de,
 - d) die Gedenkstätte „Lindenstraße 54“, Lindenstraße 54- 55, 14467 Potsdam, (Dokumentation zur politischen Justiz in Potsdam von 1935 – 1989), Tel.: 0331/28968-03,
 - e) das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e. V., 14467 Potsdam, Am Neuen Markt 1, (Vergleichende Forschung zur Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der DDR; die DDR im deutschen und europäischen Systemkonflikt), Internet: www.zzf-pdm.de.

Auch Besuche bei den genannten Institutionen werden empfohlen, da sie über umfangreiches Anschauungsmaterial und eine Vielzahl von Dokumenten verfügen.

Dabei wird insbesondere auf die Behörde der „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ hingewiesen. In einer Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport und dieser Behörde wird u.a. festgelegt, welche Angebote diese Behörde den Schulen unterbreiten wird.

In Einzelfällen können Zeitzeugen auch im Rahmen des Zeitzeugenprogramms des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport vermittelt werden (Geschäftsstelle Gedenkstättenpädagogik, Leiter: Herr Vogel, Tel.: 0331/866 – 3870).

Anhang IV Literatur

- Balser, Andreas / Nonnenmacher, Frank: Die Lehrpläne zur politischen Bildung: Analyse und Kritik neuerer Rahmenpläne und Richtlinien der Bundesländer für die Sekundarstufe I. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag, 1997. (Studien zu Politik und Wissenschaft)
- Benner, Dietrich (Hrsg.); Göstemeyer, Karl-Franz (Hrsg.); Sladek, Horst (Hrsg.): Bildung und Kritik. Studien zum Gebrauch von Kritik im Umgang mit Bildungszielen und -problemen. Weinheim: Deutscher Studien-Verl. (1999), 233 S. Reihe: Bibliothek für Bildungsforschung. 16
- Benner, Dietrich; u.a.: Von der Unvereinbarkeit von Bildungsidee und Bildungsideal. Univ.-Prof. Dr. H. Zdarzil (Wien) zu seiner Emeritierung am 20.11.1997. Quelle: In: Pädagogische Rundschau, 52 (1998) 3, S. 303-322
- Borries, Bodo von: Geschichtliches Bewusstsein und politische Orientierung von Jugendlichen in Ost- und Westdeutschland. In: Neue Sammlung, 34 (1994) 3, S. 363-382.
- Buchstab, Günter (Hrsg.): Geschichte der DDR und deutsche Einheit. Analyse von Lehrplänen und Unterrichtswerken für Geschichte und Sozialkunde. Schwalbach, Taunus: Wochenschau Verl. (1999), VI, 288 S. Reihe: Studien zu Politik und Wissenschaft
- Eppelmann, Rainer / Faulenbach, Bernd / Mählert, Ulrich (Hrsg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Paderborn u.a.: Schöningh 2003.
- Fuhrmann, Elisabeth: "Wie soll ich denn ohne Lehrplan unterrichten?" Lehrererfahrungen im Übergang von der DDR zur BRD. In: Pädagogik, 48 (1996) 5, S. 29-31
- Grunder, Hans-Ulrich: Aspekte der Lehrplanentwicklung. In: Lehren und lernen, 28 (2002) 7-8, S. 14-21
- Hopmann, Stefan: Der Lehrplan als Maßstab öffentlicher Bildung. Aus: Bildung, Öffentlichkeit und Demokratie. Weinheim: Beltz (1998) S. 165-188. Reihe: Zeitschrift für Pädagogik. Beiheft. 38
- Keck, Rudolf W. (Hrsg.); Ritzi, Christian (Hrsg.): Geschichte und Gegenwart des Lehrplans. Josef Dolchs "Lehrplan des Abendlandes" als aktuelle Herausforderung. Baltmannsweiler: Schneider-Verl. Hohengehren (2000), 420 S.
- Knobloch, Jörg: Lehrpläne und Literaturunterricht an Hauptschulen. Fallstudie über den bayrischen Lehrplan "Lesen". Weinheim u.a.: Juventa (1998), 256 S. Zugl.: Hamburg, Univ., Diss., 1997 u. d. T.: Knobloch, Jörg: Lehrpläne als Rahmenbedingungen des Literaturunterrichts an Hauptschulen. Reihe: Veröffentlichungen der Max-Traeger-Stiftung. 29
- Leutert, Hans: Lehrpläne als staatliche Vorgaben in der DDR und Rahmenpläne heute. Wie gehen LehrerInnen mit den veränderten Bedingungen um? 1. Auflage. Aus: Erinnerung für die Zukunft. Bd. 2. Das DDR-Bildungssystem als Geschichte und Gegenwart. Eine Tagung im Pädagogischen Landesinstitut Brandenburg 6. bis 8. Dezember 1995. Ludwigsfelde-Struveshof: Pädagogisches Landesinstitut. Brandenburg (1997) S. 109-118. Reihe: Fachserie Schulstruktur und Schulentwicklung.
- Mählert, Ulrich / Weber, Hermann: Auch in der Wissenschaft wird der Ost-West-Gegensatz schwächer. Über den Stand in der DDR-Forschung. In: Frankfurter Rundschau, 26.07.2001.
- Mählert, Ulrich (Hg.): Vademekum DDR-Forschung: Ein Leitfaden zu Archiven, Forschungsinstituten, Bibliotheken, Einrichtungen der politischen Bildung, Vereinen, Museen und Gedenkstätten. Berlin: Links, 2002. (Forschungen zur DDR-Gesellschaft)
- Mätzing, Heike: "Geschichte im Zeichen des historischen Materialismus. Untersuchungen zu Geschichtswissenschaft und Geschichtsunterricht in der DDR". Vortrag anlässlich einer Buchpräsentation im Georg-Eckert-Institut. In: Internationale Schulbuchforschung, 22 (2000) 4, S. 463-473
- Mätzing, Heike: Nationalgeschichtliche Themen im Geschichtsunterricht der DDR. Die Lehrpläne Geschichte von 1966 - 1971 und 1988 im Vergleich. Aus: Bildungsgeschichte einer Diktatur. Bildung und Erziehung in SBZ und DDR im historisch-gesellschaftlichen Kontext. Weinheim: Deutscher Studien-Verlag (1997) S. 137-154
- Mickel, Wolfgang: Streit um die Nation. Die Deutsche Frage in der politischen Bildung bis zur Wende. In: Karlsruher pädagogische Beiträge, (1999) 49, S. 17-49
- Oelkers, Jürgen: Niveau schwankend, Kanon verloren. Gymnasialpädagogik und Lehrerbildung. In: Forschung & Lehre, 6 (1999) 9, S. 469-472, URL des Volltextes: <http://www.forschung-und-lehre.de/archiv/09-99/oelkers.htm>; http://www.forschung-und-lehre.de/pdf/09_99.pdf

- Osuch, Bruno: Lebenskunde. Die Geschichte eines Schulfaches im Spiegel seiner Lehrpläne. In: Humanismus aktuell, 5 (2001) 8, S. 71-78
- Pädagogisches Landesinstitut Brandenburg (Ludwigsfelde), (Hrsg.), Gruner, Petra (Red.): Das DDR-Bildungssystem als Geschichte und Gegenwart. Eine Tagung im Landesinstitut Brandenburg, 6.- 8. Dez. 1995. Ludwigsfelde-Struveshof (1997), 192 S. Reihe: Erinnerung für die Zukunft. 2
- Pädagogisches Landesinstitut Brandenburg (Ludwigsfelde), (Hrsg.): Erinnerung für die Zukunft. 2. Das DDR-Bildungssystem als Geschichte und Gegenwart. Ludwigsfelde: PLIB (1997), 192 S.
- Pasternack, Peer: Gelehrte DDR. Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Universitäten 1990 – 2000 (HoF-Arbeitsberichte 5'01). Unter Mitarbeit von Anne Glück, Jens Hüttmann, Dirk Lewin, Simone Schmid und Katja Schulze. Hrsg. von HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Wittenberg 2001. 131 S.
- Schluss, Henning: Intentionen und Legitimationsstrategien staatsbürgerlicher Erziehung und politischer Bildung. In: Zeitschrift für Pädagogik, 47 (Nov./Dez. 2001) 6, S. 869-878.
- Schmidt, Hans Joachim: Lehrpläne für die Grundschule. Aus: Einsiedler, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch Grundschulpädagogik und Grundschuldidaktik. Bad Heilbrunn, Obb.: Klinkhardt (2001) S. 312-317
- Schmitt, Karl (Hrsg.): Fünf Jahre Neugestaltung des Bildungssystems in den Neuen Bundesländern. Berlin: Berlin-Verl. Spitz (1996), 119 S. Reihe: Schriften des Hellmuth-Loening-Zentrums für Staatswissenschaften e.V., Jena. 3
- Schmoll, Heike: Dicht an der Lebenswelt der Schüler. Die grundsätzliche Ausrichtung der neuen Bildungsstandards in Baden Württemberg. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.05.2003.
- Tillmann, Klaus-Jürgen; Höhmann, Katrin; Vollstädt, Witlof; u.a.; Herausgeber: Eubel, Klaus-Dieter (Mitarb.); Rauin, Udo (Mitarb.); Williams, Sarah (Mitarb.); Carle, Ursula (Mitarb.); Fuhrmann, Elisabeth (Mitarb.); Biehl, Jörg (Mitarb.); Hopmann, Stefan (Mitarb.); Ohlhaver, Frank (Mitarb.): Lehrpläne - Fessel oder Hilfe? (Heftthema) (8 Aufsätze), In: Pädagogik, 48 (1996) 5, S. 6-35
- Toepfer, Michael: Nation und Europa in der Geschichtsdidaktik und im Geschichtsunterricht Deutschlands nach 1945 und in der Zukunft. Aus: Nation und Europa in der historisch-politischen Bildung. Schwalbach, Ts: Wochenschau Verl. (1998) S. 163-183
- Vollstädt, Witlof; u.a.: Lehrpläne im Schulalltag. Eine empirische Studie zur Akzeptanz und Wirkung von Lehrplänen in der Sekundarstufe I. Opladen: Leske u. Budrich (1999), 231 S. Reihe: Schule und Gesellschaft. 18
- Weber, Hermann: Die DDR 1945 – 1990. 3., überarb. u. erw. Auflage. München: R. Oldenbourg Verlag 2000.
- Weber, Hermann: Geschichte der DDR. Aktualisierte u. erw. Neuauflage, 2. Aufl. München: Deutscher Taschenbuch Verlag, 2000.